Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (19.05.2011)

Sand im Getriebe 90

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Im Süden und im Norden SCHULDENAUDIT sofort!

Das Los der ärmsten Länder der Welt (LDCs), alle hoch verschuldet, stand im Mittelpunkt eines UN-Gipfels in Istanbul. Gab es 1971 25 „Least Developed Countries", so sind es jetzt fast doppelt so viel: 47 LDCs gibt es, davon 33 in Afrika und 14 im asiatisch-pazifischen Raum. Ihre Bevölkerung beträgt insgesamt 800-900 Millionen – sie gehören zur ärmsten Milliarde Menschen der Welt. Unsere Medien haben dieses Ereignis fast vollständig geschwiegen. **Martin Khor** berichtet von dieser Konferenz der Ärmsten und stellt ihr Scheitern fest, weil sich die westlichen Industriestaaten weigern, ihre ohnehin mageren Versprechen, die LDCs zu unterstützen, zu erfüllen.

Die Wirtschaftkrise hat sich weltweit zu einer Krise der Staatsfinanzen gewandelt, wie sie besonders akut in den USA und den südeuropäischen Ländern zum Vorschein kommt. **Stephan Lindner** berichtet von einer Konferenz in Athen, die sich für das Konzept des **Schulden-Audit** einsetzt, den auch Attac fordert.. → *b.w.*

Martin Khor: IV. UN-Konferenz über die ärmsten Länder	**3**
Europa	
Athener Konferenz zur Schulden und Sparpolitik , Mai 2011	**4**
Stephan Lindner: Griechenland ist überall	**5**
Éric Toussaint: Acht dringende Vorschläge für ein anderes Europa	**8**
Attac gegen die „Europäische Wirtschaftsregierung"	**12**
Entwicklung – aber wie?	
Fred Schmid : "Modell China"?	**12**
Elmar Altvater: Fukushima, mon horreur	**15**
John Bellamy Foster: Schrumpf oder stirb?	**17**
SiG-Beilage „Jenseits des Wachstums" S. 19-26	
Attac Marokko zur undemokratischen Verfassungsreform	**27**
Es ist Krieg	
Manlio Dinucci (Il Manifesto): Die Invasion in Libyen	**28**
Joachim Guilliard : Zerstörung eines Landes	**29**
Horst Bethge: Militär in die Schulen?	**31**
N. Chomsky /Fidel Castro zum Tod von O. Bin Laden	**35**
ATTAC Gabun: Imperialistischer Kreuzzug in der Elfenbeinküste und Libyen	**36**

SiG90 – Beilage zum Kongress "Jenseits des Wachstums?!" in Berlin, 20. -22. Mai 2011

A. Passadakis: Solidarische Postwachstumsökonomie als Perspektive

C. Baudisch, H. Daniels, R. Haug, B. Kern, T. Tekaat: 12 Mainzer Thesen wider den globalen Kollaps

A. Bouvattier und A. Vetter: Prozesse anstoßen,Feministische Perspektiven auf die Debatte um Postwachstum

Werner Rätz, AG „genug für alle" Wachstumskritik und Grundeinkommen

A. Passadakis & M. Schmelzer: Postwachstum - 12 Fluchtlinien einer solidarischen Ökonomie jenseits des Wachstums

Éric Toussaint zeigt in „*Acht dringenden Vorschlägen für ein anderes Europa*“, wie das konkret organisiert werden kann Ein Schulden-Audit ist etwas anderes als ein „Haircut“, es ist die Überprüfung der Schulden (z.B. entstanden durch Rüstungsimporte aus Deutschland) auf ihre Legitimität hin. Die Schuldenfrage - entstanden u. a. aus in der Vergangenheit nicht gezahlten Steuern der Bourgeoisie und der gehobenen Mittelschicht - entwickelt sich für Europa und die Welt zum aktuellen Kernproblem, an dem sich alle gesellschaftlichen Widersprüche zeigen und zuspitzen.

Europäische Staaten werden – wie in den Schuldenkrisen der Dritten Welt - politisch erpresst und geknebelt. Gesellschaften werden ihrer demokratischer Handlungsfähigkeit beraubt, die Schuldknechtschaft ist die Peitsche für das Durchdrücken vom sozialen Kahlschlag. Frau Merkel möchte Griechenland jetzt sogar Rentenalter und Urlaubslänge vorschreiben. Argentinien konnte sich 2001 erfolgreich wehren. Wird die junge Generation in Griechenland, Portugal und Spanien sich mit einem „arabischen Impuls“ gegen die Zerstörung ihrer Zukunft wehren können??

Fred Schmid geht auf die inzwischen viel diskutierte Frage ein „*Wie meistert China die Krise?*

Seit Jahrzehnten wird das Thema “Grenzen des kapitalistischen Wachstums“ debattiert - mit geringen praktischen Folgen. Spätestens seit Fukushima weiß allerdings jeder: so geht es nicht weiter, radikales Umsteuern ist dringend notwendig. **Elmar Altvater** fasst die Diskussionen zusammen: **„***Das Energiemodell der vergangenen Jahrzehnte(…) muss schleunigst aufgegeben werden. Doch prompte Auswege sind schwer zu finden. Natürlich, erneuerbare Energien könnten die Alternative sein. Doch wird das nur dann gehen, wenn nicht nur der Treibstoff ersetzt wird, sondern wenn auch die Energiewandlungssysteme, mit ihnen die Lebens- und Produktionsweise, wenn also auch gesellschaftliche und Naturverhältnisse umgestaltet werden. Solare Energie und solidarische Wirtschaft, das könnten tragende Säulen eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts sein.*“

In einer autonom gestalteten Beilage zum berliner Kongress „Jenseits des Wachstums?!" hat die Vorbereitungsgruppe unterschiedliche Positionen zusammengestellt. Im Vorfeld des Kongresses gab es dazu heftige Debatten, sodass es sich hier keineswegs um Positionen von Attac-D handelt. So stellt z.B. **John Bellamy Foster** fest.*“ Die Annahme, die Schrumpfungs-Idee könne gleichermaßen auf die reichen Staaten des Zentrums und die armen Länder der Peripherie angewendet werden, ist grundverkehrt.*“ Ebenso wie Altvater begrüßt er die Radikalisierung grüner Gesellschaftskritik, sieht aber auch ihre Begrenzung, wenn sie Eigentums- und Machtfragen verharmlost oder außen vor lässt.

Mit dem Thema Wachstum und Ressourcenverbrauch hängen auch die neuen Kriege und die Bundewehr-Reform zusammen**. Horst Bethke** stellt fest „*Landesverteidigung, noch immer der grundgesetzliche Auftrag der BW, ist out, die „Armee im Einsatz“ ist gefragt*“ zur „*Sicherung der Ressourcen und Rohstoffe, Offenhaltung der Transportwege, Sicherung der Auslandsinvestitionen*.“ – und er beschreibt das starke „*Bemühen um die institutionelle Verankerung des Militärischen im Bildungswesen.“*

Gegen den Irak-**Krieg** gelang der globalisierungskritischen Bewegung 2003 eine historisch große Mobilisierung und Attac war ein Teil dieser Anti-Kriegs-Bewegung. Seit März 2011 bombardiert die NATO Libyen mit dem durch die UNO nicht legitimierten Ziel: Regime Change. Es ist, was diesen Krieg betrifft, beschämend still in der globalisierungskritischen Bewegung, obwohl es um eines ihrer Kernthemen geht. Es mag nützlich sein, sich daran zu erinnern, dass Attac sich noch zum 60ten Jahrestag der Gründung der NATO u. a. 2009 in Strassburg an der Kampagne zur Auflösung der NATO beteiligt hatte. (siehe SiG 76) **Manlio Dinucci** analysiert für die italienische Zeitung „Il Manifesto“ u. a. die Finanzinteressen des Westens in Libyen. „*Eines ihrer Ziele ist es, die finanziellen Institutionen der Afrikanischen Union zu sabotieren, deren Entstehung zu einem großen Teil durch libysche Investitionen möglich gemacht wurde. Bis jetzt hat der IWF die afrikanische Wirtschaft gesteuert und den Weg für multinationale Konzerne und Investment-Banken in Amerika und den USA geebnet. Indem sie Libyen attackieren, versuchen die „Willigen“ genau diejenigen Körperschaften zu zerstören, die eines Tages die finanzielle Unabhängigkeit Afrikas ermöglichen könnten.“*

Joachim Guilliard vergleicht das Chaos, das im Irak angerichtet wurde, mit dem Desaster in Libyen.

Noam Chomsky, der wohl bekannteste Intellektuelle der USA, und **Fidel Castro** äußern sich zum Tod von Osama Ben Laden. **ATTAC Gabun** verurteilt die Rolle der französischen Regierung bei den Interventionen in der Elfenbeinküste und Libyen. Gefordert wird *“eine tiefgehende Reform der Vereinten Nation für mehr Konsens bei den Entscheidungen und eine lautere Stimme der ‚schwachen`’ Länder“*

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Martin Khor

Die IV. UN-Konferenz über die ärmsten Länder

Scheitern von LDC-IV: Trauerspiel in Istanbul

Das Los der ärmsten Länder der Welt (LDCs) stand im Mittelpunkt eines UN-Gipfels, an dem fast 50 Regierungschefs und hunderte von Ministern teilnahmen. 47 LDCs gibt es, davon 33 in Afrika und 14 im asiatisch-pazifischen Raum. Ihre Bevölkerung beträgt insgesamt 800-900 Millionen – sie gehören zur ärmsten Milliarde Menschen der Welt.

Noch 1971 gab es erst 25 LDCs. Seither hat sich ihre Anzahl verdoppelt. Und nur drei LDCs ist es gelungen, den LDC-Status zu verlassen und zum Entwicklungsland zu avancieren. Dennoch haben die LDCs im letzten Jahrzehnt recht gute wirtschaftliche Wachstumsraten erzielt. Doch dies war im Wesentlichen den hohen Rohstoffpreisen und nicht einem Durchbruch der LDCs in der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung geschuldet.

*** Keine Bereitschaft der Industrieländer**

Der Rohstoffboom ebbte aufgrund der globalen Rezession in den Jahren 2008/2009 ab. Doch im letzten Jahr zogen die Rohstoffpreise erneut an, doch dieser Trend könnte sich erneut abschwächen, wenn die Weltwirtschaft erneut einbricht, was zu erwarten ist. In der Tat sind die LDCs gegenüber den Fluktuationen der Weltwirtschaft sogar verwundbarer als zuvor, und die Aussichten sowohl für die LDCs als auch für die Weltwirtschaft sind alles andere als rosig.

Die IV. UN-Konferenz für LDCs (kurz: LDC-IV) war vor diesem Hintergrund eine wichtige Gelegenheit, um zu überprüfen, was seit der letzten Konferenz vor einem Jahrzehnt geschehen war und ob die Industrieländer ihre Versprechen, die LDCs zu unterstützen, erneuern würden. Leider waren die reichen Länder dazu überhaupt nicht bereit. Viele europäische Ökonomien sind in einer Schuldenkrise. Die US-Politiker sind besessen von der Idee, die Regierungsausgaben zu kürzen, und Japan befindet sich nach dem Erdbeben und dem Tsunami in einem Ausnahmezustand.

Das am 13. Mai angenommene Aktionsprogramm von Istanbul stellt fest, dass die Länder, die bereits mehr als 0,2% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) als Hilfe an die LDCs geben, das auch weiterhin tun werden. Diejenigen, die das 0,15%-Ziel bereits erreicht haben, werden versuchen, auf 0,2% zu kommen. Und alle anderen werden versuchen, das 0,15%-Ziel bis 2015 zu erreichen oder zumindest ihre Bestes in dieser Richtung tun.

*** Einseitige Verpflichtungen der LDCs**

Dieses schwache Statement mit seinen Schlupflöchern wurde durch die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die an der Konferenz teilnahmen, zurückgewiesen. „Der Aktionsplan ist völlig zahnlos und lässt die Menschen in den LDCs in einer schlechteren Situation als zuvor. Wir sind enttäuscht und desillusioniert, sagte Arjun Karki, der das zivilgesellschaftliche Forum auf LDC-IV leitete. „Für das Scheitern von LDC-IV sind die Industrieländer verantwortlich“, fügte Thida Khus, Direktor von Silaka, eine kamboschanischen NGO hinzu.

In der Tat scheint das Aktionsprogramm mehr Verpflichtungen seitens der LDCs zu enthalten, als Verpflichtungen der reichen Länder, sie bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, was eine deutliche Abkehr von früheren LDC-Konferenzen darstellt. Beispielsweise ist der Klimawandel eine Hauptfrage für die LDCs, die sich zunehmenden Überflutungen, sinkender landwirtschaftlicher Produktivität und anderen Problemen gegenüber sehen. Doch im Aktionsprogramm gibt es keine Zusage, die LDCs mit Finanzen oder Technologie zu unterstützen, die über die allgemeinen Prinzipien, die anderswo erklärt wurden, hinaus gingen.

Gleichwohl haben sich die LDCs verpflichtet, ihre nationale Klimapolitik in Sachen Anpassung und Minderung nach dem Mainstream auszurichten und in die nationalen Entwicklungspläne zu integrieren. Diese Verpflichtung geht über das hinaus, was die LDCs im Rahmen der UN-Klimakonvention übernommen haben.

*** Handelspolitischer Lichtblick?**

In puncto Handel war das umstrittenste Thema die Gewährung eines zoll- und quotenfreien Marktzugangs für Produkte aus LDCs. Die Entwicklungsländer versuchten, die Hongkong-Entscheidung von 2005 voranzutreiben, die die reichen Länder beauftragt, für 97% der LDC-Produkte einen zollfreien Status einzuräumen. Dies sollte auf 100% der LDC-Produkte ausgeweitet werden. Enttäuschenderweise kam nur heraus, die Hongkong-Entscheidung „rechtzeitig umzusetzen“.

Dennoch ist dieser Beschluss der LDC-Konferenz ein gewisser Fortschritt, da er den Weg für eine “Early-Harvest”-Regelung in der stockenden Doha-Runde bereiten könnte, d.h. eine Annahme der bisher erzielten Ergebnisse, ohne die Runde insgesamt abzuschließen. Allerdings: So gering die Fortschritte der LDCs im Ergebnis dieser Konferenz sein mögen – selbst diese könnten noch zunichte gemacht werden, wenn sich zur Unterzeichnung von Freihandelsabkommen bereitfinden, wie sie die EU derzeit anstrebt (

Martin Khor ist Direktor des South Centre, Genf. Er kommentiert im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung regelmäßig aktuelle Probleme aus der Sicht des Südens. Der vorliegende Kommentar erschien online am 17.5.2011 unter www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org.

Tagesseminar der Attac AG Lateinamerika am 18.6.2011 in Berlin:
Lateinamerikas Kampf um die zweite Befreiung

Beim Seminar wollen wir uns mit der Rolle externer Akteure befassen, ohne dabei die internen Konflikte in Lateinamerika zu leugnen. Der „Kampf um die zweite Befreiung Lateinamerikas“ ist noch längst nicht gewonnen!
http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/tagesseminar-2011/

Athener Konferenz zur Schulden und Sparpolitik Mai 2011

Aktions- und Solidaritätserklärung

Die Erklärung wurde von folgenden Organisationen unterschrieben: Konferenz-Initiative for the Greek Audit Commission - European Network on Debt and Development - The Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM) - The Bretton Woods Project, UK - Research on Money and Finance, UK - Debt and Development Coalition Ireland - Afri - Action from Ireland - WEED - World Economy Environment Development, Germany - Jubilee Debt Campaign, UK - Observatorio de la Deuda en la Globalización, Spain

Athen, 8. Mai 2011

Wir Vertreter/innen von Bewegungen und Aktivist/innen aus aller Welt sind in Athen zusammengekommen, um die Lehren aus den internationalen Wirtschaftskrisen zu ziehen und illegitimen Schulden den Kampf anzusagen sowie für deren Annullierung zu mobilisieren.

Unsere Solidarität gehört jenen Menschen in Europa, die gegen ungerechte Sparprogramme kämpfen, die ihnen von Regierungen, der EU und dem IWF auferlegt wurden, wie beispielsweise in den „Memoranda of Understanding" (Vereinbarungen) veranschaulicht wird. Wir fordern, einen Plan für wirtschaftliche Maßnahmen zu formulieren, der den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, statt einer winzigen gesellschaftlichen Elite zu dienen.

Viele Entwicklungsländer leben seit den 1970ern in Schuldenkrisen. Nach Perioden ungezügelter Kreditvergabe durch die internationale Finanzwelt sahen sich einige der Ärmsten auf der Welt mit Kürzungen ihrer Einkommen und Sozialleistungen konfrontiert, als der IWF im Gegenzug für den Rettungsschirm, der für die Banken und Kapitalgeber/innen gespannt wurde, eine drastische Sparpolitik verhängte.
Diese Sparmaßnahmen waren ungerecht und haben nicht zur wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Stattdessen haben sie die Abhängigkeit der verschuldeten Länder von der Macht der Finanzmärkte erhöht und die Regierungen dadurch weniger rechenschaftspflichtig gegenüber ihrer Bevölkerung gemacht.
Erst als eine Handvoll Länder ihre Rechte einforderte und sich gegen die Verhängung der Sparpolitik, gegen den Rettungsschirm für die Kapitalgeber/innen und gegen die erdrückende Schuldenlast auflehnte, wurde eine Erholung, zumindest für kurze Zeit, ermöglicht. So geschah es etwa 2001 in Argentinien.
Andere Länder können sich diese Erfahrung zunutze machen, darunter Ägypten, Tunesien und die ganze arabische Welt, die jetzt für Demokratie kämpfen und mit den verabscheuungswürdigen Schulden ihrer diktatorischen Regime konfrontiert sind.

Heute, im Gefolge der internationalen Wirtschaftskrise, sind periphere Länder der EU mit einer weitreichenden Schuldenkrise konfrontiert, in die sie durch die Geschäftspolitik des globalen Finanzsystems wie auch den institutionellen Rahmen und die Wirtschaftspolitik der EU gebracht wurden, die systematisch die Interessen des Kapitals begünstigen. Der Wachstums- und Stabilitätspakt hat die Arbeiter/innen in der ganzen Eurozone unter Druck gesetzt, während die Europäische Zentralbank die Interessen der Großbanken unterstützt hat. Die EU ist in einen mächtigen Kern und eine schwache Peripherie gespalten worden. Die aufgelaufenen Schulden der Peripherie sind ein Ergebnis des Abstands zum Kern, aber auch der Vertiefung der Ungleichheit zwischen den sehr Reichen und dem Rest der Gesellschaft. Arbeiter/innen und Arbeitslose, Kleinbäuer/innen, kleine und mittelständische Betriebe sind jetzt gezwungen, die Last dieser Schulden zu tragen, auch wenn sie nicht von ihnen profitiert haben.

Spar- und Privatisierungsmaßnahmen werden die Ärmsten in der Gesellschaft am schlimmsten unter Druck setzen, während über diejenigen, die die Krise hervorgerufen haben, ein Rettungsschirm gespannt wird. Der Pakt für den Euro wird den Druck auf die Arbeiter/innen verschärfen. Die Reichen und die Großunternehmen werden auch weiterhin Steuern umgehen, die für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft genutzt werden könnten. Wenn diese Maßnahmen nicht angefochten werden, werden sie immense Auswirkungen auf Europa haben und das Machtverhältnis für viele Jahre zugunsten des Kapitals und zu Ungunsten der Arbeiter/innen drastisch verändern.

Dem Versuch, die arbeitende Bevölkerung und die Armen die Kosten der Krise tragen zu lassen, während die sehr Reichen ungeschoren davon kommen, werden sich diejenigen, die in der Schusslinie stehen, widersetzen. Die Menschen in Griechenland, Irland und Portugal, aber auch in Polen, Ungarn, Slowenien und anderswo in Mittel- und Osteuropa lehnen sich gegen die Sparpolitik der EU und des IWF auf, widersetzen sich der internationalen Finanzmacht und weisen die Sklaverei der Schuldenpolitik zurück. Wir fordern die Menschen in der ganzen Welt auf, Solidarität mit den Bewegungen in diesen Ländern zu zeigen, die gegen die Schuldenpolitik ihre sich anschließende verheerende Politik kämpfen.

Insbesondere fordern wir Unterstützung für:

• **Die demokratische Schuldenrevision** als konkreten Schritt zur Schuldengerechtigkeit. Revisionen, die die Zivilgesellschaft und die Arbeiter/innenbewegung einbeziehen, wie jene in Brasilien, ermöglichen es der Bevölkerung, festzustellen, welche Teile der öffentlichen Verschuldung illegal, illegitim, verabscheuungswürdig oder einfach unerträglich sind. Sie geben der arbeitenden Bevölkerung die Informationen und die Autorität die notwendig sind, um die Zahlung illegitimer Schulden zu verweigern. Schuldenrevisionen ermutigen außerdem zu demokratischem und transparentem verantwortlichem Handeln innerhalb der öffentlichen Verwaltung. Wir erklären unsere Solidarität mit Schuldenrevisionen in Griechenland und Irland und sind bereit, bei der praktischen Umsetzung zu helfen.

• **Staatliche und demokratische Antworten auf die Schuldenkrise.**
Regierungen müssen in erster Linie ihrer Bevölkerung gegenüber verpflichtet sein, nicht unverantwortlich handelnden Institutionen wie der EU oder dem IWF. Die Bevölkerung von Ländern wie Griechenland muss entscheiden, welche politischen Maßnahmen ihre Chancen auf wirtschaftliche Stabilität verbessern und ihren sozialen Bedürfnissen Rechnung tragen können. Hoheitliche Staaten behalten die Macht, ein Zahlungsmoratorium zu verhängen, wenn die Schulden die Existenzgrundlage der arbeitenden Bevölkerung zunichte machen. Die Erfahrungen von Ecuador in den Jahren 2008 bis 2009 sowie von Island in den Jahren 2010 bis 2011 zeigen, dass es möglich ist, radikale und staatliche Antworten auf den Umgang mit Schulden zu haben, die selbst die Stornierung des illegitimen Teils dieser Schulden beinhalten. Selbst UN-Resolutionen legalisieren die Einstellung von Zahlungen, wenn dies unvermeidlich ist.

• Wirtschaftliche Umstrukturierung und Umverteilung statt Schulden.
Die Dominanz der neoliberalen Politik und die Macht der internationalen Finanzmärkte haben zu niedrigem Wachstum, steigender Ungleichheit sowie zu bedeutenden Krisen und zur Erosion demokratischer Prozesse geführt. Es ist zwingend erforderlich, dass Volkswirtschaften durch Übergangsprogramme auf eine andere Grundlage gestellt werden, die auch Kapitalkontrolle, eine strenge Regulierung und selbst eine Vergesellschaftung der Banken einbezieht. Dazu gehören auch eine Industriepolitik, die auf öffentliche Investitionen setzt, eine öffentliche Kontrolle strategischer Wirtschaftssektoren und die Achtung der Umwelt. Das erste Ziel sollte der Schutz und der Ausbau von Arbeitsplätzen sein.
Von entscheidender Bedeutung ist auch, dass Länder eine weitreichende Umverteilungspolitik beschließen. Die Steuerbemessung sollte durch Besteuerung des Kapitals und der Reichen breiter und progressiver werden und damit die Mobilisierung inländischer Ressourcen als Alternative zu den Schulden ermöglichen.
Eine Umverteilung sollte auch die Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit, Bildung, Verkehr und Renten beinhalten sowie den Druck auf Löhne und Gehälter lockern.

Dies sind die ersten Schritte, um den Bedürfnissen und Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung gerecht zu werden und das Kräfteverhältnis zum Großkapital und zu den Finanzinstitutionen zu verbessern. Diese Schritte würden es den Menschen in Europa und darüber hinaus auf der ganzen Welt erlauben, eine bessere Kontrolle über ihre Existenzgrundlagen, ihr Leben und den politischen Prozess zu übernehmen. Sie würden auch der jungen Generation Europas Hoffnung geben, die sich derzeit mit einer düsteren Zukunft mit Arbeitsplatzknappheit, Niedriglöhnen und fehlenden Zukunftsaussichten konfrontiert sieht. Deshalb ist der Kampf gegen die Schulden in Griechenland, Irland, Portugal und anderen Ländern Europas im Interesse der arbeitenden Bevölkerung überall.
Quelle: http://www.cadtm.org/Declaration-from-the-Athens

Stephan Lindner

Griechenland ist überall

Aktivisten mobilisieren gegen EU-Kungelei und »Spar«-Diktat. Teilnehmer einer Konferenz in Athen setzen sich für Schuldenaudit ein

Die Athener Konferenz "Schulden und Sparprogramme: Vom globalen Süden zu Europa" (5.-8. Mai 2011) war die bisher größte Veranstaltung des griechischen Komitees zur Einsetzung einer Kommission für ein Schuldenaudit. Die Tagung war der erste systematische Versuch, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die seit langem in Solidaritätskampagnen für Schuldenstreichung im Süden kämpfen, mit sozialen Bewegungen in den unter der EU-Austeritätspolitik leidenden Ländern zusammenzubringen. Mitveranstalter waren daher Organisationen wie z. B. das Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM), das Europäische Netzwerk zu Schulden und Entwicklung (Euro dad) und WEED.
Wir veröffentlichen hier Auszüge aus dem Blog von Stephan Lindner (KoKreis-Mitglied von Attac Deutschland) – SiG-Red.

Ein Jahr drastischer Sozialkürzungen und deren Folgen

Dass die Konferenz dieser Tage stattfindet, ist alles andere als Zufall. Heute auf den Tag genau vor einem Jahr hat das griechische Parlament die bis dahin wohl einschneidensten Sozialkürzungen in der neueren griechischen Geschichte beschlossen. An diesem Tag gingen in Athen hunderttausende Menschen dagegen auf die Straße. Leider endete die Demo in einem Desaster. Drei Menschen starben, als eine Bank brannte.

Die Folgen der Krise sind allgegenwärtig, und dass es heute anscheinend keine großen Massenproteste gab, heißt nicht, dass es keinen Widerstand gibt. (…)
Vor kurzem musste die griechische Regierung einräumen, dass das Haushaltsdefizit auch im letzten Jahr größer als geplant ausfiel. Statt der prognostizierten 9,4% soll es 10,5% betragen haben. Grund dafür ist, dass die Rezession Griechenland härter traf als geplant und entsprechend auch die Kosten für Arbeitslosengeld höher ausfielen. Wegen der Sparpolitik der Regierung ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland mittlerweile auf 15,1% gestiegen (Stand März).
Statt allerdings daraus die Konsequenz zu ziehen, dass die Sparpolitik gescheitert ist und andere Wege zu beschreiten, soll eine der neusten Forderungen der Troika nun darauf hinaus laufen, weitere Gelder in den Sozialkassen zu streichen. Die "Troika", das sind Abgesandte von EU, IWF und Europäischer Zentralbank, die die Sparpolitik der griechischen Regierung begutachten und weitere Forderungen stellen. Von ihrem Votum hängt ab, ob die griechische Regierung im Juni eine weitere Rate aus den im letzten Jahr als "Rettungspaket" beschlossenen Geldern bewilligt bekommt. Selbst die Redaktionen deutscher Fernsehmagazine haben mittlerweile mitbekommen, welch katastrophale Folgen diese Einsparungen bereits im griechischen Gesundheitssystem haben (siehe dazu einen Beitrag von Frontal 21).

Am 5.5. fand die Auftaktveranstaltung statt. Nach einer Begrüßungsrede gab es zwei Podien mit jeweils 4-5 Sprechern. Auf dem ersten Podium berichteten Griechen über die Situation hier vor Ort und die tieferen Ursachen der Krise. Die über 300 Plätze des Veranstaltungsraumes reichten bei weitem nicht aus und viele mussten in den Gängen oder der Tür stehen. Die allermeisten im Publikum, wie in Athen sicher auch nicht anders zu erwarten, waren Griechen. Die Veranstalter haben eine Top-Simultanübersetzung mit Kopfhörer organisiert, so dass es auch für uns Nicht-Griechen problemlos möglich ist, allen Veranstaltungen zu folgen.

Arbeitslosigkeit / Prekarität

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist derzeit mit über 15% (Stand März) auf Rekordniveau. Ca. 1000 Griechen verlieren derzeit jeden Tag zusätzlich ihren Job und selbst die, die noch einen Job haben, verdienen oft zu wenig, um davon Leben zu können. Viele Griechen haben deshalb nicht nur einen Job, sondern drei oder vier, um einigermaßen damit über die Runden zu kommen. S muss jemand, nach seinem Studium, sechs Stunden pro Tag arbeiten, um am Ende des Monats etwas mehr als 500 Euro zu verdienen. Solche Jobs sind in Griechenland mittlerweile keine Ausnahme mehr, sondern werden immer mehr zur Regel. Da die Preise dieselben sind wie bei uns, teilweise noch höher, kann man auch hier davon nicht leben. Wenn jemand keine Verwandten hat, die ihn unterstützen können, dann ist, vor allem gegen Ende des Monats, Hungern angesagt. Oft fehlt auch das Geld für die alltäglichsten Dinge wie Klopapier. Dazu muss man auch wissen, dass es in Griechenland Arbeitslosengeld nur für einen begrenzten Zeitraum gibt und die Menschen danach praktisch ohne Unterstützung daste-

hen. Wer keine Familie hat, die ihn unterstützt, ist im Fall von Arbeitslosigkeit schnell aus Almosen angewiesen.

Ein großes Problem ist auch, dass die Menschen hier keinerlei Perspektive haben, dass es besser wird. Vieles ließe sich sicher leichter ertragen, wenn es die Hoffnung gäbe, dass dies der Weg durch einen Tunnel ist, an dessen Ende es wieder Licht gibt. Diese Hoffnung hat hier aber keiner. Im Gegenteil: Die Menschen wissen sehr genau, dass sie mit der gegenwärtigen Politik nur immer tiefer in die Krise stürzen. Sie fühlen sich wie Versuchskaninchen in einem großen sozialen Experiment, in dem versucht wird, was man den Menschen alles zumuten kann. Das sollte auch uns eine Mahnung sein, denn wenn eine bestimmte Politik in Griechenland erfolgreich ist, dann droht auch in anderen Ländern die Gefahr, dass sich diese Politik wiederholt.

Für den 11.5. hatten die beiden größten griechischen Gewerkschaften, die des Privatsektors und die für den öffentlichen Dienst, zu einem 24stündigen Generalstreik aufgerufen. Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten am Nachmittag in der Athener Innenstand.
http://www.griechenland.net/news_details.php?siteid=11419
Leider kam es dabei auch zu brutalen Polizeiübergriffen. Dabei soll es dutzende Verletzte gegeben haben. Bei indymedia Athen gibt es ein Video von den Polizeiübergriffen (http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=el&article_id=1288989) und zahlreiche Bilder (http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=el&article_id=1289114).
Bericht der Griechenland-Zeitung: http://www.griechenland.net/news_details.php?siteid=11427

Kritik an Deutschland

Deutschland war hier während des ganzen Abends allgegenwärtig. Es gab praktisch keinen Redner, der in seinem Vortrag nicht auf die verheerende Politik zu sprechen kam, die die Deutsche Regierung in der EU allgemein und gegenüber Griechenland im speziellen betreibt.
Besonders erbittert ist man hier, wenn Deutsche Konzerne auch noch von der Krise profitieren. So hat sich z.B. die deutsche Telekom für einen Schnäppchenpreis die griechische Telekom unter den Nagel gerissen. Sie musste nicht nur einen äußerst niedrigen Preis dafür bezahlen, sondern konnte auch noch alle möglichen "Altlasten", wie z.B. die Pensionsansprüche der Beschäftigten, beim griechischen Steuerzahler abladen. Auch die Waffengeschäfte, auf deren Durchführung die deutsche Bundesregierung trotz Schuldenkrise gegenüber Griechenland besteht und die von deutschen Firmen wie Siemens begangene Korruption waren Thema.

Am heftigsten aber brachte das Thema der Nicht-Bezahlten deutschen Kriegsschulden die Emotionen in Wallung. Ein Redner bekam donnernden Applaus, als er darauf hinwies, dass eigentlich nicht Griechenland Deutschland, sondern umgekehrt Deutschland Griechenland Geld schulden würde. Im Zweiten Weltkrieg war Griechenland während der Besatzung durch Nazi-Deutschland zur Plünderung freigegeben. Im Großraum Athen verhungerten während des zweiten Weltkriegs über hunderttausend Menschen, weil die Wehrmacht Nahrungsmittel zur Versorgung der deutschen Truppen in Afrika und der deutschen Bevölkerung abtransportieren ließen. Die deutschen Besatzer transportierten auch das Gold der griechischen Zentralbank ab und erhoben Zwangsanleihen bei der griechischen Bevölkerung. Um den Widerstand der Griechen gegen diese Plünderung zu brechen, wurden im Krieg gegen die Partisanen als Vergeltungsmaßnahen ganze Dörfer ausradiert.
Die deutsche Bundesregierung hatte sich über Jahrzehnte hinweg geweigert, über dieses Thema mit der griechischen Regierung auch nur zu sprechen. Als sich das Thema im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung nicht länger aufschieben ließ, wurden die deutschen Kriegsschulden in einem internationalen Dokument einfach für nichtig erklärt. Wer einen Schuldenerlass durchsetzen kann, ist eben immer auch eine Machtfrage. Kein Wunder, dass die Griechen deshalb angesichts der deutschen Politik besonders frustriert sind.

Griechenland unter dem deutschen Faschismus

Lakis Santas, der vergangenen Samstag im Alter von 89 Jahren starb, war einer der beiden Griechen, die am 30. Mai 1941 die Hakenkreuzfahne auf der Akropolis einholten und damit ein Fanal für den Widerstand gegen die Besatzung durch Nazi-Deutschland setzte. Während der Besatzungszeit durch die Nazis war Griechenland praktisch zur Plünderung freigegeben. Allein im Großraum Athen verhungerten damals mehr als Hundertausend Menschen, weil dringend benötigte Nahrungsmittel durch die Wehrmacht einfach abtransportiert wurden. Zehntausende wurden im Partisanenkrieg ermordet.
Der andere der beiden, Manolis Glesos, lebt noch ist auch Mitglied in dem Komitee, dass hier die Schuldenkonferenz ausrichtet. Manolis Glesos leistete auch gegen die griechische Militärdiktatur Widerstand, wurde mehrmals in Abwesenheit zum Tode verurteilt und saß schließlich viele Jahre im Gefängnis. Als er schließlich frei kam, wurde er in den 80er Jahren Bürgermeister einer kleinen Gemeinde auf der Insel Naxos. Er nutzt sein Amt, um aus dem Dorf eine ökologische Mustergemeinde zu machen. Bis heute ist dieses Dorf das einzige in ganz Griechenland, dass sich autark ausschließlich aus regenerativen Energien versorgt.

Schuldenaudit! Die Erfahrungen von Ländern des Südens

Eine der Hauptforderungen der Konferenz ist die nach einem öffentlichen Schuldenaudit, bei dem alle Dokumente, die mit den Schulden zusammenhängen veröffentlicht werden, um dann in einem öffentlichen und transparenten Verfahren zu klären, wie damit umzugehen ist.
Die Referenten aus den Ländern des Globalen Südens schilderten ihre Gedanken zur Lage in Griechenland. Und viele sagten, dass sie nicht nur nachvollziehen könnten, in welcher Lage viele Griechen heute sind, sondern dass sie leider auch wüssten, wie das ganze weitergeht, wenn sich niemand wehrt. Was jetzt in Griechenland passiere, sei genau das selbe Programm, das der IWF auch in allen Ländern des Südens praktiziert habe. Nie habe es die wirtschaftlichen Probleme der betroffenen Staaten gelöst, sondern immer verschlimmert. Die Programme seien nur in einem Punkt erfolgreich: Großbanken und Konzernen ihre Profite zu sichern.

Aus Südamerika waren Menschen da, die dort selbst in Finanzministerien über viele Jahre mit dem IWF verhandeln mussten. Sie machten deutlich, dass es ab einem bestimmten Punkt zu einem Schuldenerlass keine Alternative mehr gebe, weil die Zinsfunktion eine exponentielle Funktion ist und ab einem bestimmten Grad der Staatsverschuldung einfach nicht mehr möglich sei, die Kredite zu bedienen, selbst dann, wenn die Zinsen stark gesenkt würden.
Aus Ecuador wurde von einem erfolgreichen Schuldenaudit berichtet, bei dem die Gläubiger aus Angst davor, überhaupt nichts mehr zu bekommen, freiwillig auf mehr als zwei Drittel ihrer Forderungen verzichteten.
Aus den Philippinen wurde berichtet, dass dort Kredite aus Waffenkäufen mit Norwegen neu verhandelt wurden, was ein Muster für ähnliche Kredite bezüglich deutscher Waffenlieferungen an Griechenland sein könne. Die philippinische Referentin erzählte, dass sie am Rande der Konferenz in einem Interview dazu befragt worden sei, dass die griechische Regierung die IWF-Programme für die Philippinen als Beispiel einer erfolgreichen Sanierung für Griechenland darstelle. Sie warnte davor, diese Propaganda zu glauben. Viele Familien könnten dort nur überleben, weil sie Verwandte haben, die im Ausland arbeiten und Geld nach Hause überweisen. Es gäbe fast keine Familie mehr, bei der nicht mindestens ein Familienmitglied ausgewandert sei. Viele Kinder würden ohne Vater oder Mutter aufwachsen.
Donnernden Applaus bekam sie, als sie

darauf aufmerksam machte, dass viele auch in Griechenland leben würden und die Anwesenden darum bat, trotz der Krise ihre Landsleute nicht zu vergessen.

Jagd auf Migranten

In Griechenland finden in letzter Zeit immer öfter regelrechte Hetzjagden der Polizei auf Menschen statt, die ohne gültige Papiere im Land leben. Die letzter derartige Großaktion in Athen fand erst vor knapp zwei Wochen statt. Damals kamen 438 Menschen in Untersuchungshaft. 52 davon waren Immigranten, die danach abgeschoben werden sollten (http://www.griechenland.net/news_details.php?siteid=11333). Ein großes Problem für ohne Papiere im Land lebende ist, dass sie nicht arbeiten dürfen. Das drängte viele Einwanderer regelrecht die Kriminalität.
Die Art der griechischen Regierung, mit diesem Problem umzugehen ist es, dass sie die Strafen für Arbeitgeber, die Einwanderer ohne gültige Papiere beschäftigen, kürzlich verdoppelt hat.

Haircut ist keine Lösung

Immer wieder wurde auch deutlich, dass der jetzt so heiß diskutierte Haircut keine Lösung ist. Bei diesem Verfahren dominieren die Interessen der Gläubiger. Es werden nur so viele Schulden erlassen wie im Augenblick gerade nötig. Das Land steht weiter unter IWF-Aufsicht und nach einigen Jahren ist der Schuldenstand der gleiche wie vorher. Interessant in diesem Zusammenhang auch: Bei einem vom IWF ausgehandelten Schuldenerlasse schaffen es Großbanken häufig sehr erfolgreich, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, während diejenigen, die bluten müssen, meist die Kleinanleger sind.

Raus aus dem Euro?

Zum Abschluss fand gestern noch eine spannende Diskussionsrunde zu der Frage statt, ob Griechenland im Euro bleiben solle oder besser wieder die Drachme einführe. Beide Seiten brachten sehr bedenkswerte Punkte vor. Aus Argentinien war vorher schon zu hören gewesen, dass eine sehr wichtige Maßnahme war, als dort der Staatsbankrott erklärt wurde, gleichzeitig Kapitalverkehrskontrollen einzuführen. Das wäre bei einem Verbleib in der EU eigentlich nicht möglich. Die andere Seite argumentierte, dass es besser wäre, in der EU zu bleiben und dort gemeinsam mit den anderen Schuldnerstaaten zu kämpfen. Statt selbst kampflos zu gehen, sollte man doch besser seine Möglichkeiten in der EU nutzen und sich im Zweifelsfalle besser von den anderen rauswerfen lassen. Dann werde man sehen, ob es so weit komme.
Finanzstarke Länder wie Deutschland hätten ein großes Interesse am Erhalt der Eurozone, weil sonst ihre Währung stark aufwerte, was ihrer Exportindustrie sehr schade. Dem Applaus nach zu urteilen war die Mehrheit im Publikum eindeutig auf der Seite derjenigen, die für einen Verbleib in der Eurozone plädierten. Es gab aber auch viel Skepsis und vor allem war immer wieder zu hören, wenn alles nichts helfe, könne man später immer noch austreten. Es hängt alles vieles davon ab, wie sich die Kräfteverhältnisse in der EU weiter entwickeln, was unter anderem auch von uns in Deutschland abhängt, ob dieses Europa noch eine gemeinsame Zukunft hat.

Widerstand

Eine letzte Podiumsrunde fand mit mit Vertretern von Gruppen aus Griechenland statt, die davon berichteten, wie und wogegen sie bei sich konkret den Widerstand organisieren.
Da waren z.B. Bauern, die sich darüber ärgerten, dass es in Griechenland eine Menge landwirtschaftliche Betriebe gibt, die nur auf dem Papier existieren, um Subventionen abzukassieren, während für die hart arbeitenden Bauern dann kein Geld mehr da ist. Außerdem käme es vor, dass ein Produkt, wenn es vom Land in das 300 km entfernte Athen transportiert wird, dann auf einmal im Preis um mehr als 3000% steige, die Bauern davon aber kaum etwas sähen.
Aus Thessaloniki berichtete eine Frauengruppe, dass sie dafür kämpft, dass die Gemeindeverwaltung einer Kita endlich wieder das ihr zustehende Geld ausbezahlt. Dort gibt es deshalb seit Tagen für die Kinder kein Essen mehr.
Ebenfalls aus Thessaloniki wurde von einer Gruppe berichtet, die gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr kämpft. Dort sind kurz hintereinander die Fahrpreise einmal um 100% und dann nochmal um 30% angehoben worden. Viele können sich das schlicht nicht leisten, weil sie nicht einmal wissen, wovon sie ihr Essen bezahlen sollen. Als die Gruppe den Ursachen auf den Grund ging, stellte sich heraus, dass der Nahverkehr eine private Gesellschaft ist und die Kommune Zuschüsse gekürzt hatte. Da die Betreiber aber nicht auf ihre Gewinne verzichten wollten, wurde das alles auf die Fahrpreise umgelegt. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Last der Krise vor allem auf die kleinen Leute abgewälzt wird. Jetzt wird kollektives Schwarzfahren und gemeinsame Proteste organisiert.
Diese Proteste, die es an vielen Orten in Griechenland gibt, werden aber auch zunehmend kriminalisiert.

Gestern ging die Konferenz mit der Verabschiedung der Resolution "Declaration from the Athens Conference on Debt and Austerity; Statement of action and solidarity May 2011" zu Ende. (S. oben)

Zum Schluss noch etwas zu der Gruppe hier vor Ort, die die Konferenz organisiert hat. Dazu gehört auch eine Gruppe von Menschen, die vor einiger Zeit einen Film gedreht hat, der hier in Griechenland schon fast so etwas wie Kult-Status hat: **Deptocracy (Herrschaft der Schulden)**.
Der Film wurde mittlerweile mehr als 1.000.000 Mal im Internet aufgerufen.
Es gibt auch eine Version mit englischen Untertiteln.
Obwohl es aber im ganzen Land viel Widerstand gibt, ist es oft ein großes Problem, dass er sehr zersplittert ist. Bisher haben es die Initiatoren der Initiative für ein Schuldenaudit sehr gut verstanden, sich aus all diesen Ränkespielen heraus zu halten. Die Initiative hat in Griechenland deshalb noch viel Potential, all die zersplitterten Proteste zu einen und so etwas wie ein gemeinsames Dach zu bilden.
Auf die Gruppe, die hier die Konferenz organisiert hat, kommt in den nächsten Tagen viel Arbeit zu. Heute hat mit einer der Initiatoren erzählt, dass sie bereits über 1.000 Anfragen aus ganz Griechenland haben, um von der Konferenz und den Plänen für ein Audit der Staatsschulden zu berichten.

Wie erfolgreich der Protest in Griechenland am Ende sein wird, wird aber auch davon abhängen, wie viel Unterstützung aus anderen Ländern kommt. In Irland gibt es mittlerweile auch eine Initiative für ein Schulden-Audit. Ein wesentlicher Faktor wird aber auch die Unterstützung aus Deutschland sein, denn unsere Regierung gibt im Moment in der EU bei der Sparpolitik den Takt vor. Bisher ist hier von Solidarität aus Deutschland noch nicht viel zu spüren, was hier nicht wenige verbittert. Es liegt an uns, das zu ändern.

Vollständiger Text: http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag/euro-krise/athen-blog/

Letzte Meldung:

***Attac Deutschland begrüßt die Proteste in Spanien**, die gestern trotz der Versammlungsverbote in Madrid und zahlreichen anderen spanischen Städten stattfanden. Wir gratulieren der Bewegung in Spanien, dass sie weiter eindrucksvoll protestieren konnte. (…) Merkels Angriffe auf die angeblich faulen Griechen, Spanier und Portugiesen fördern eine antieuropäische Stimmung und Rassismus(…) Statt Deutsche gegen Griechen auszuspielen, setzt sich Attac für eine Wirtschaftspolitik ein, die die sozialen und demokratischen Rechte stärkt.*

*Im Internet sammelt das europäische Attac-Netzwerk derzeit **Unterschriften** gegen den Angriff auf soziale und demokratische Rechte in Europa (S. SiG 90, Seite 12). Außerdem unterstützt Attac den Aufruf des griechischen Komitees für eine Kommission, die die griechischen Staatsschulden überprüft (**Schulden-Audit**). Am **31. Mai** ist Attac Mitveranstalter einer **Konferenz in Brüssel**, auf der Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa darüber beraten wollen, wie sie den Widerstand gegen Austeritätspolitik grenzüberschreitend besser koordinieren und wirkungsvoller gestalten können.* (19.5.2011)

Éric Toussaint
Acht dringende Vorschläge für ein anderes Europa

Die Krise erschüttert die Europäische Union bis in die Grundfesten. Für einige Länder hat sich die Schlinge der öffentlichen Verschuldung zugezogen und die Finanzmärkte drücken ihnen die Luft ab. Mit aktiver Unterstützung der aktuellen Regierungen, der EU Kommission, der europäischen Zentralbank und des IWF bereichern sich die Geldinstitute, die die Krise hervorgerufen haben, und spekulieren mit den Staatsschulden. Die Unternehmer nutzen die Situation aus, um eine brutale Offensive gegen eine Reihe von Wirtschafts- und Sozialgrundrechten weiter Teile der Bevölkerung zu starten.

Die Defizite des öffentlichen Haushalts müssen reduziert werden, und zwar nicht durch die Verringerung der öffentlichen Sozialausgaben, sondern durch erhöhte Steuereinnahmen, indem man Steuerbetrug im großen Stil bekämpft und indem Kapitalbesitz, Finanztransaktionen, Vermögen und Einkommen reicher Haushalte höher besteuert werden.
Um dieses Defizit zu reduzieren, müssen ebenfalls die Rüstungsausgaben radikal verringert werden, sowie andere Ausgaben, die sozial vollkommen unnütz sind und der Umwelt schaden.
Im Gegenzug ist es unabdingbar, die Sozialausgaben zu erhöhen, besonders um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression auszugleichen.
Aber darüber hinaus muss diese Krise als Möglichkeit gesehen werden, mit der kapitalistischen Logik zu brechen und eine radikale Veränderung der Gesellschaft durchzuführen. Die neu zu erschaffende Logik muss folgende Charakteristika aufweisen: mit dem Produktivismus brechen, die ökologischen Prinzipien durchsetzen, die verschiedenen Formen der Unterdrückung (Rasse, Patriarchat usw.) abschaffen und die Gemeingüter fördern.

Dafür muss eine Anti-Krisenfront gebildet werden, sowohl auf europäischer Ebene als auch lokal, zur Bündelung der Energie, mit der ein Kräfteverhältnis geschaffen werden kann, das die Umsetzung radikaler, auf soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz ausgerichteter Lösungen ermöglicht. Seit August 2010 hat das Komitee zur Abschaffung der Schulden in der Dritten Welt (CADTM) acht Vorschläge formuliert, die die aktuelle Krise in Europa betreffen[1]. Von zentraler Bedeutung ist die Notwendigkeit, die Abschaffung des illegitimen Teils der öffentlichen Schulden herbeizuführen. Zu diesem Zweck empfiehlt das CADTM die Durchführung eines Audits über die öffentliche Verschuldung, unter Aufsicht der Bevölkerung. Dieses Audit muss, unter gewissen Umständen, mit einer einseitigen und souveränen Aufhebung der Rückzahlung der öffentlichen Verschuldung einhergehen. Das Ziel dieses Audits ist es, die Abschaffung/Ablehnung des illegitimen Teils der öffentlichen Verschuldung zu erreichen und die Restschuld stark zu reduzieren.

Die Verringerung der öffentlichen Verschuldung ist eine notwendige Bedingung, reicht aber nicht aus, um die Länder der EU aus der Krise zu führen. Sie muss von einer Reihe von Maßnahmen großen Ausmaßes in verschiedenen Bereichen begleitet werden.

„Enger geht nicht!“

1. Durchführung eines Audits der öffentlichen Verschuldung, um den illegitimen Teil zu streichen.

Ein Großteil der öffentlichen Verschuldung der EU Länder ist illegitim, da er durch eine mutwillige Politik von Regierungen entstanden ist, die beschlossen haben, systematisch eine soziale Klasse, nämlich die kapitalistische Klasse, und andere favorisierte Schichten zu privilegieren, zum Nachteil der restlichen Gesellschaft. Die Senkung der Besteuerung hoher Einkommen, der Vermögenssteuer, der Gewinnabgaben für Privatgesellschaften hat dazu geführt, dass die öffentliche Hand die Verschuldung erhöhen musste, um das Loch zu stopfen, das durch diese Senkung gerissen wurde. Dadurch wurde auch die Steuerlast für kleinere Haushalte, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, erheblich erhöht. Dazu kam seit 2007-2008 die Rettung privater Kreditinstitute, die für die Krise verantwortlich waren, die für die öffentlichen Finanzen teuer zu stehen kam und die öffentliche Verschuldung explodieren ließ. Die geringeren Einnahmen durch die von den privaten Kreditinstituten verursachte Krise mussten wiederum durch massive Kredite ausgeglichen werden. Dieser generelle Rahmen belegt ganz klar einen großen Teil der öffentlichen Verschuldung mit dem Titel der Illegitimität.

Hinzu kommen in vielen Ländern, die durch die Finanzmärkte erpresst werden, andere offensichtliche Gründe für eine solche Illegitimität. Die nach 2008 neu vereinbarten Schulden wurden in einem Kontext beschlossen, in dem die Banken (und andere private Geldinstitute) Geld nutzten, das zu geringen Zinssätzen von den Zentralbanken bereitgestellt wurde, um Spekulationen zu tätigen und die öffentliche Hand zu zwingen, höhere Zinskosten hinzunehmen.
Außerdem wurden in Ländern wie Griechenland, Ungarn, Lettland, Rumänien oder Irland die Darlehen des IWF mit Bedingungen versehen, die eine Verletzung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bevölkerung darstellen. Noch schlimmer, diese Bedingungen bevorteilen einmal mehr die Banken und andere Kreditinstitute. Auch deshalb sind sie als illegitim bezeichnet worden.
Und in einigen Fällen schließlich wird die öffentliche Meinung mit Füßen getreten: nachdem zum Beispiel im Februar 2011 die Iren mit großer Mehrheit gegen die Parteien abgestimmt haben, die den Banken Geschenke machten, und die die Bedingungen der Europäischen Kommission und des IWF akzeptiert haben, verfolgt nun die neue Regierungskoalition alles in allem die gleiche Politik wie ihre Vorgänger.
Allgemeiner gesagt, beobachtet man in einigen Ländern eine Ausgrenzung der Legislative zugunsten einer Politik der vollendeten Tatsachen, die von der Exekutive auferlegt wird, die wiederum Vereinbarungen mit der EU Kommission und dem IWF trifft. Die Exekutive präsentiert diese Vereinbarung dann dem Parlament, das ihr zustimmen oder sie ablehnen kann. Es passiert sogar, dass eine Debatte ohne Abstimmung bezüglich höchst wichtiger Themen organisiert wird. Die Tendenz der Exekutive, die Legislative in eine Abfertigungshalle zu verwandeln, verstärkt sich.

In diesem äußerst beunruhigenden Zusammenhang und mit dem Wissen, dass eine Reihe von Ländern früher oder später mit dem konkreten Risiko der Zahlungsunfähig-

keit durch fehlende Liquidität zu kämpfen haben werden, und dass die Rückzahlung einer illegitimen Verschuldung prinzipiell nicht akzeptabel ist, ist es angebracht, sich deutlich für eine Aufhebung der illegitimen Verschuldung auszusprechen. Die Kosten für diese Aufhebung müssen von denjenigen getragen werden, die an der Krise Schuld sind, also den privaten Geldinstituten.

Für Länder wie Griechenland, Irland, Portugal oder osteuropäische Länder (und außerhalb der EU, wie Island) d. h. für Länder, die von Spekulanten, dem IWF und anderen Organisationen wie der EU Kommission erpresst werden, ist es angebracht, auf einen einseitigen Zahlungsaufschub für ihre öffentliche Verschuldung zurückzugreifen. In den Ländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind, wird dieser Vorschlag immer beliebter. Ende November 2010 haben sich in Dublin in einer mit 500 Personen durchgeführten telefonischen Meinungsumfrage 57 % der befragten Iren dafür ausgesprochen, lieber die Rückzahlung der Schulden auszusetzen (default in Englisch) als um Nothilfe beim IWF und in Brüssel zu bitten. « Default! say the people » (das Volk sagt Aussetzen) titelte der Sunday Independent, meistgelesene Tageszeitung der Insel. Laut CADTM muss ein solcher einseitiger Zahlungsaufschub mit einem Audit der öffentlichen Verschuldung kombiniert werden (unter Beteiligung von Bürgervertretern). Das Audit soll es ermöglichen, der Regierung und der öffentlichen Meinung, Beweise und Argumente vorzulegen, die zur Abschaffung/Ablehnung des Teils der Verschuldung notwendig sind, der als illegitim eingestuft wird. Internationales und nationales Recht der Länder bieten eine legale Basis für eine solche souveräne einseitige Vorgehensweise der Abschaffung/ Ablehnung der Schulden.

Alle Länder, die eine Aussetzung der Rückzahlung anstreben, werden vom CADTM (mit seiner Erfahrung über die Verschuldung auf der südlichen Halbkugel) vor einer ungenügenden Maßnahme gewarnt, wie zum Beispiel der schlichte Aufschub (Moratorium) der Schuldenrückzahlung, die sich als kontraproduktiv erweisen könnte. Notwendig ist ein Zahlungsaufschub ohne zusätzliche Stundungszinsen auf die nicht zurückgezahlten Summen.

In anderen Ländern, wie Frankreich, Großbritannien oder Deutschland ist es nicht unbedingt notwendig, während des Audits einen einseitigen Zahlungsaufschub zu verhängen. Das Audit sollte auch dort abgehalten werden, um das Ausmaß der vorzunehmenden Abschaffung/Ablehnung zu bestimmen. Wenn die internationale Konjunktur sich verschlechtert, kann die Aussetzung der Schuldenrückzahlung sogar für Länder aktuell werden, die sich vor der Erpressung der privaten Kreditgeber sicher glaubten.

Die Beteiligung von Bürgervertretern ist eine unabdingbare Bedingung, um die Objektivität und die Transparenz des Audits zu gewährleisten. Diese Auditoren müssen von Vertretern verschiedener betroffener Staatsorgane gestellt werden, sowie von Spezialisten auf dem Gebiet von Finanzaudits, von Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen, Verfassungsexperten, Vertretern sozialer Bewegungen... Dadurch werden die verschiedenen Verantwortlichkeiten während des Verschuldungsprozesses bestimmt und die nationalen wie internationalen Verantwortlichen dazu gezwungen, sich vor der Justiz zu erklären. Falls die bestehende Regierung sich diesem Audit gegenüber unzugänglich zeigt, muss das Audit von einer reinen Bürgerkommission ohne Mitwirkung der Regierung durchgeführt werden.

Es ist auf jeden Fall legitim, dass private Institutionen und Personen mit hohem Einkommen, die Anteile an der Staatsverschuldung besitzen, auch die Last der Streichung dieser unrechtmäßigen Verschuldung übernehmen, da sie zu einem großen Teil die Verantwortung für die Krise tragen, von der sie zudem noch profitiert haben. Die Tatsache, dass sie die Kosten der Schuldenstreichung tragen müssen, ist nur eine gerechte Rückkehr zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Es muss ein Register über die Anteilseigner der Staatsverschuldung geführt werden, damit die Bürger mit schwachem und mittlerem Einkommen entschädigt werden können.

Falls das Audit das Vorliegen von Straftaten aufzeigt, die mit der illegitimen Verschuldung zusammenhängen, so müssen die Täter streng bestraft werden und Entschädigungszahlungen leisten und aufgrund der Schwere ihres Vergehens dürfen sie einer Gefängnisstrafe nicht entgehen. Die Behörden, die ungerechtfertigte Darlehen vergeben haben, müssen vor Gericht Rechenschaft ablegen.

Bezüglich der Verschuldung, die nicht illegitimerweise entstanden ist, wird es angemessen sein, von den Gläubigern ein Entgegenkommen zu erwarten, was die Höhe der Verschuldung und den Zinssatz angeht sowie durch eine Verlängerung der Rückzahlungsfrist. Auch hier ist es angebracht, Inhaber kleinerer Staatsanleihen zu bevorzugen, indem sie normal ausgezahlt werden sollten. Darüber hinaus sollte die Höhe des Teils des Staatsbudgets, der zur Rückzahlung der Schulden vorgesehen ist, nach oben hin begrenzt werden, in Abhängigkeit von der Wirtschaftslage, von der Möglichkeit der öffentlichen Hand, diese Rückzahlungen zu leisten und von der Höhe der nicht reduzierbaren Sozialausgaben. Was in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg gemacht wurde, sollte hier als Anregung dienen. Der Londoner Vertrag von 1953 über die deutsche Verschuldung bestand vor allem darin, die Höhe der Verschuldung um 62 % zu reduzieren und sah vor, dass das Verhältnis zwischen Abtrag der Schulden und Exporteinnahmen nicht über die 5 % Grenze steigen dürfte.[2]. Man könnte ein solches Verhältnis folgendermaßen definieren: die Rückzahlung der Schulden darf 5 % der Staatseinnahmen nicht überschreiten. Es muss auch ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden, die 2007 - 2008 begonnen hat: ein Verbot, private Schulden zu verstaatlichen; die Verpflichtung, die Politik der öffentlichen Verschuldung permanent zu auditieren unter Mitwirkung von Bürgern; Unverjährbarkeit von Straftaten im Zusammenhang mit ungerechtfertigter Verschuldung; Nichtigkeit der illegitimen Verschuldung…

2. Die Kürzungspläne stoppen, sie sind ungerecht und vertiefen die Krise.

Übereinstimmend mit den Forderungen des IWF haben die Regierungen der europäischen Länder sich dafür entschieden, ihre Bevölkerung mit einer strengen Sparpolitik zu belegen, mit starken Einschnitten bei öffentlichen Ausgaben: Entlassungen im öffentlichen Dienst, Einfrieren oder sogar Reduzieren der Beamtengehälter, reduzierter Zugang zu einigen lebenswichtigen und sozialen öffentlichen Diensten, Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Hingegen fordern – und erhalten - Staatsunternehmen eine Gebührenerhöhung, während Kosten für Gesundheit und Bildung ebenfalls einer Steigerung unterliegen. Der Rückgriff auf besonders ungerechte Erhöhungen der indirekten Besteuerung – besonders der Mehrwertsteuer – wird häufiger. Staatsunternehmen werden massiv privatisiert. Die jetzt angewandte Härtepolitik wird auf ein Niveau gehoben, der seit dem zweiten Weltkrieg nicht erreicht wurde. Die Auswirkungen der Krise werden durch angebliche Abhilfemaßnahmen gewaltig ansteigen, die vor allem die Interessen der Anleger schützen sollen. Kurz gesagt, die Banker trinken, das Volk muss die Zeche zahlen!

Aber die Bevölkerung nimmt die Ungerechtigkeit dieser Reformen, die von umfassenden sozialen Rückschritten gekennzeichnet werden, immer weniger in Kauf. Relativ gesehen sind es die Angestellten, die Arbeitslosen und die geringverdienenden Haushalte, die den größten Beitrag leisten müssen, damit die Staaten auch weiterhin ihre Gläubiger mästen können. Unter den am meisten Betroffenen nehmen die Frauen die erste Stelle ein, denn die jetzige Organisation der Wirtschaft und der patriarchalen Gesellschaft lässt sie besonders deutlich die vernichtenden Auswirkungen der sozialen Unsicherheit, Teilzeitarbeit oder Unterbezahlung spüren. Sie werden direkt betroffen vom Abbau öffentlicher Sozialleistungen und zahlen einen hohen Preis. Der Kampf

für die Einführung einer anderen Handlungslogik ist nicht zu trennen vom Kampf für die absolute Einhaltung der Frauenrechte.

3. Eine wirkliche europäische Steuergerechtigkeit und eine gerechte Verteilung des Reichtums einführen. Verbot von Transaktionen mittels Justiz- und Steuerparadiesen. Den massiven Steuerbetrug der großen Unternehmen und der Superreichen bekämpfen.

Seit 1980 sind die direkten Steuern auf die höchsten Einkommen und die großen Unternehmen ständig gesunken. So sind in der Europäischen Union von 2000 bis 2008 die Einkommenssteuersätze und die Unternehmenssteuern um 7 beziehungsweise 8,5 Punkte gesunken. Diese hunderte Milliarden Euros an Steuergeschenken wurden hauptsächlich in die Spekulation und Anhäufung von Reichtümern der Reichsten geleitet.

Man muss eine umfassende Reform des Steuersystems mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit (Reduktion der Einkommen und des Vermögens der Reichsten, um die der Mehrheit der Bevölkerung zu erhöhen) mit seiner Harmonisierung auf europäischer Ebene kombinieren, um Steuerdumping zu verhindern.(3) Das Ziel ist eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen, insbesondere über eine progressive Einkommenssteuer für die Reichsten (der Grenzsteuersatz auf die höchste Einkommensstufe muss bis auf 90% ansteigen (4)), eine Vermögenssteuer ab einem bestimmten Vermögen und eine Unternehmenssteuer. Diese Erhöhung der Einnahmen muss mit einer schnellen Senkung der Preise für lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen einhergehen (Grundnahrungsmittel, Wasser, Elektrizität, Heizung, öffentlicher Nahverkehr, Schulmaterial ...), besonders durch eine starke und gezielte Senkung der Mehrwertsteuer auf diese lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen. Es muss auch eine Steuerpolitik verfolgt werden, die den Umweltschutz bevorzugt, indem sie umweltbelastende Industrien abschreckend besteuert.
Die EU muss eine Finanztransaktionssteuer einführen, insbesondere auf den Devisenmärkten, um die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen.

Entgegen ihrer Absichtserklärungen haben die verschiedenen Länder der G 20 es abgelehnt, Justiz- und Steuerparadiese zu schließen. Eine einfache Maßnahme im Kampf gegen die Steuerparadiese (die jedes Jahr den Ländern des Nordens, aber auch des Südens Ressourcen entziehen, die für die Entwicklung ihrer Bevölkerung lebensnotwendig sind) besteht für ein Parlament darin, allen Personen und Unternehmen auf seinem Territorium zu untersagen, Transaktionen vorzunehmen, die über ein Steuerparadies laufen, bei einer Strafe in Höhe der betreffenden Summe. Darüber hinaus sind jene schwarzen Löcher der Finanzwelt, der kriminellen Transaktionen, der Korruption und der Weiße-Kragen-Kriminalität völlig abzuschaffen.

Der Steuerbetrug entzieht der Gesellschaft erhebliche Mittel und wirkt sich negativ auf die Arbeitsplätze aus. Den Finanzämtern müssen maßgebliche öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diesen Betrug effizient zu bekämpfen. Die Ergebnisse müssen öffentlich bekannt gegeben und die Schuldigen schwer bestraft werden.

4. Den Finanzmärkten Grenzen setzen, insbesondere durch die Erstellung eines Registers der Eigentümer von Wertpapieren, sowie das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und von Spekulation in zahlreichen Bereichen. Eine europäische Rating-Agentur ist ins Leben zu rufen.

Die Spekulation stellt weltweit ein Mehrfaches des gesamten produzierten Reichtums dar. Die ausgeklügelte Architektur der Finanzmechanik macht diese völlig unkontrollierbar. Sie erzeugt nämlich ein Räderwerk, das die Realwirtschaft ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt. Die Undurchsichtigkeit der Finanztransaktionen ist die Regel. Um die Gläubiger an der Quelle zu besteuern, muss man sie identifizieren. Es muss Schluss gemacht werden mit der Diktatur der Finanzmärkte. Die Spekulation muss in zahlreichen Bereichen untersagt werden. Ein Spekulationsverbot sollte für Staatsanleihen, Währungen und Lebensmittel5 gelten. Ungedeckte Leerverkäufe müssen ebenfalls verboten 6 und die Credit Default Swaps streng reguliert werden. Man muss die Freihandmärkte für Derivate schließen; das sind echte schwarze Löcher, da sie sich jeder Regulierung und Überwachung entziehen.

Der Sektor der Rating-Agenturen muss ebenfalls stark reformiert und eingeschränkt werden. Sie taugen keinesfalls zu irgendwelcher wissenschaftlich objektiven Messung, sondern sind strukturelle Werkzeuge der neoliberalen Globalisierung und haben wiederholt soziale Katastrophen ausgelöst. In der Tat führt die Abstufung der Note eines Landes zum Zinsanstieg der gewährten Kredite. Aus diesem Grund verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation des Landes noch mehr. Durch das Herdentier-Verhalten des Spekulanten werden die schon vorhandenen Schwierigkeiten um ein Mehrfaches erhöht und belasten die Bevölkerung noch stärker. Da jene Agenturen stark unter dem Einfluss der nordamerikanischen Finanzwelt stehen, spielen sie weltweit eine führende Rolle, deren Verantwortung bei der Auslösung und Entwicklung der Krisen von den Medien nicht hinreichend ins Licht gerückt wird. Die wirtschaftliche Stabilität der europäischen Staaten wurde in die Hände dieser Rating-Agenturen gelegt, ohne Schutzmechanismen, ohne ernsthafte Kontrollmöglichkeiten von Seiten der öffentlichen Gewalt. Die Schaffung einer öffentlichen Rating-Agentur ist unumgänglich, um dieser Sackgasse zu entkommen.

5. Die Banken unter Kontrolle der Bürger

Nach Jahrzehnten des finanziellen Abdriftens und der Privatisierungen ist es höchste Zeit, den Kreditsektor in die öffentliche Hand zu überführen. Die Staaten müssen ihre Kontroll- und Richtungsweisungsfähigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit zurückerhalten. Sie müssen ebenfalls über Instrumente verfügen, die Investitionen sowie die Finanzierung der Staatsausgaben mit einem minimalen Rückgriff auf Anleihen bei privaten oder ausländischen Institutionen ermöglichen. Die Banken sind ohne Entschädigung zu enteignen und in die öffentliche Hand unter Kontrolle der Bürger zu überführen.

In gewissen Fällen kann die Enteignung von Privatbanken zu Kosten für den Staat führen infolge der Schulden, die jene angehäuft haben können. Diese Kosten müssen über das Vermögen der großen Aktionäre zurückgewonnen werden. Denn die privaten Gesellschaften, die Bankaktionäre sind und die Banken an den Abgrund geführt haben, wobei sie dabei selber saftige Profite machten; halten einen Teil ihrer Vermögen in anderen Wirtschaftsbereichen. Man muss also auf das Gesamtvermögen der Aktionäre zurückgreifen. Es geht darum, die Vergesellschaftung der Verluste zu vermeiden. Das Beispiel Irlands ist typisch, die Art und Weise, wie die irische Allied Bank verstaatlicht wurde, ist nicht annehmbar. Man muss die Lehren daraus ziehen.

6. Vergesellschaftung zahlreicher Unternehmen und der seit 1980 privatisierten Dienste.
Charakteristisch für die vergangenen 30 Jahre war die Privatisierung zahlreicher Unternehmen und öffentlicher Dienstleistungen. Von Banken bis zur Industrie über Post, Telekommunikation, Energie und Transport haben die Regierungen ganze Teile der Volkswirtschaft der Privatwirtschaft überlassen und hiermit jede Möglichkeit eingebüßt, die Wirtschaft zu regulieren. Diese öffentlichen Güter, durch gemeinsame Arbeit erzeugt, müssen in den öffentlichen Bereich zurückgehen. Es geht darum, neue Staatsunternehmen zu schaffen, und die öffentlichen Dienstleistungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten, um zum Beispiel auf die Probleme des Klimawandels zu antworten, z. B. mit der Schaffung eines öffentlichen Dienstes zur Isolierung von Wohnungen.

7. Die Arbeitszeit radikal verkürzen, um Arbeitsplätze zu schaffen bei gleichzeitiger Anhebung der Löhne und Renten.

Den Reichtum anders zu verteilen ist die beste Antwort auf die Krise. Der Anteil der Löhne am erzeugten Reichtum ist seit mehreren Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, während Gläubiger sowie Unternehmen ihre Profite gesteigert haben, mit denen sie dann spekuliert haben. Durch Anhebung der Löhne ermöglicht man nicht nur der Bevölkerung, in Würde zu leben, sondern man steigert auch die Mittel, die zur Finanzierung des Sozialsystems und der Rentensysteme dienen.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung und durch die Schaffung von Arbeitsplätzen verbessert man die Lebensqualität der Arbeitenden und schafft Arbeitsplätze für die Arbeitssuchenden. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung bietet auch die Möglichkeit, in einen anderen Rhythmus zu wechseln, eine andere Art des gesellschaftlichen Lebens zu führen und vom Konsumrausch Abstand zu nehmen. Die für die Freizeit gewonnene Zeit sollte den Menschen ermöglich, sich aktiver am politischen Leben zu beteiligen, die Solidarität zu stärken und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie kulturelle Aktivitäten zu fördern.

8. Eine andere, auf Solidarität basierende Europäische Union demokratisch neu gründen.

In den Abkommen, die derzeit die EU, die Eurozone und die EZB organisieren, müssen mehrere Bestimmungen abgeschafft werden. Zum Beispiel müssen die Artikel 63 und 125 des Vertrags von Lissabon, die jegliche Kontrolle von Kapitalbewegungen und jede Hilfe für einen Staat in Not untersagen, gestrichen werden. Auch muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgegeben werden. Darüber hinaus müssen die aktuellen Verträge im Rahmen eines wirklich demokratisch verfassungsgebenden Verfahrens durch neue ersetzt werden, und schlussendlich muss ein Solidaritätspakt der Völker für Arbeitsplätze und Ökologie erstellt werden.

Die Währungspolitik sowie das Statut und die Praxis der Europäischen Zentralbank (EZB) müssen von Grund auf umgedacht werden. Die Unfähigkeit der politischen Macht, die EZB zur Geldschöpfung zu zwingen, ist ein schweres Hindernis. Mit der Schaffung einer solchen EZB, die über den Regierungen und somit den Völkern steht, hat die Europäische Union eine katastrophale Wahl getroffen: hiermit wurden die Menschen den Finanzmärkten untergeordnet, und nicht umgekehrt.
Während viele Sozialbewegungen den zu rigiden und zutiefst ungeeigneten Status der EZB anprangerten, wurde sie gezwungen, als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, ihre Richtung zu ändern und modifizierte in aller Eile die Rolle, die ihr zugedacht worden war.
Unglücklicherweise tat sie das aus schlechten Gründen: Nicht um die Interessen der Völker zu berücksichtigen, sondern um die der Gläubiger zu schützen. Das ist der Beweis, dass die Karten neu gemischt und verteilt werden müssen.
Die EZB muss die Staaten direkt finanzieren können, die sich für soziale und Umweltziele einsetzen, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung vollkommen entsprechen.

Derzeit werden sehr unterschiedliche wirtschaftliche Aktivitäten wie Investitionen in den Bau eines Krankenhauses oder in ein rein spekulatives Projekt auf ähnliche Weise finanziert.
Die Staatsmacht muss mindestens versuchen, unterschiedliche Zinssätze je nach Projekt einzuführen: Niedrige Zinssätze sollen sozial gerechten und umweltverträglichen Investitionen vorbehalten bleiben, und bei spekulativen Operationen müssen sehr hohe, nötigenfalls ja sogar unerschwingliche, auferlegt werden; auch ist es ebenfalls wünschenswert, solche in gewissen Bereichen einfach zu verbieten (siehe oben).

Ein Europa, auf Solidarität und Kooperation gegründet, soll es ermöglichen, sich von der Konkurrenz und dem Wettbewerb abzuwenden, die die Standards "nach unten" ziehen. Die neoliberale Logik hat zu einer Krise geführt und ihr Scheitern offenbart. Sie hat die sozialen Standards verschlechtert: weniger sozialen Vorsorge, weniger Arbeitsplätze, weniger öffentliche Dienstleistungen. Die Wenigen, die von dieser Krise profitiert haben, haben dabei die Rechte der Mehrheit mit Füßen getreten. Die Schuldigen haben gewonnen, die Opfer zahlen.
Diese Logik, die allen Gründungstexten der Europäischen Union zugrunde liegt, Stabilitäts- und Wachstumspakt in erster Linie, muss heftig angegriffen werden, sie ist nicht mehr vertretbar. Ein anderes Europa, dessen Grundlage Kooperation zwischen den Staaten und Solidarität zwischen den Völkern ist, muss vorrangiges Ziel werden. Deshalb dürfen Haushalt- und Steuerpolitik nicht mehr überall gleich sein, weil die europäischen Ökonomien starke Unterschiede aufweisen, sondern sie müssen koordiniert werden, damit sich endlich eine fortschrittliche Lösung abzeichnet.

Globale Politik auf europäischer Ebene, mit massiven öffentlichen Investitionen zur Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze in den wichtigsten Bereichen (von lokalen Dienstleistungen bis zu erneuerbaren Energien, vom Kampf gegen Klimawandel bis zu sozialen Infrastrukturen) sind unbedingt erforderlich.

Für das CADTM muss dieses andere demokratische Europa sich für unabdingbare Prinzipien einsetzen: Verstärkung der Steuer- und Sozialgerechtigkeit mit dem Ziel der Anhebung von Lebensstandard und -qualität seiner Einwohner, Entwaffnung und radikale Kürzung der Militärausgaben (eingeschlossen der Rückzug europäischer Truppen aus Afghanistan und der Abzug der NATO), Entscheidung für nachhaltige Energien ohne Rückgriff auf Atomkraft, Ablehnung von GMO. Sie muss auch die Politik der „Festung Europa“ gegenüber den MigrantInnen entschieden aufgeben, und eine wirklich faire und solidarische Partnerschaft mit den Völkern der Südhalbkugel entwickeln.

Anmerkungen /Quellen:

[1] siehe auch http://www.cadtm.org/Juntos-para-imponer-otra-logica Wir übernehmen diese acht Vorschläge hier und aktualisieren sie ständig und erläutern sie.
[2] Siehe Éric Toussaint, Banque mondiale : le Coup d’État permanent, CADTM-Syllepse-Cetim, 2006, chapitre 4.
(3) Denken wir an Irland, das eine Rate von nur 12,5% auf die Gewinne der Gesellschaften praktiziert.
(4) Ein Steuerzinssatz von 90% wurde in den Vereinigten Staaten den Reichen seit der Präsidentschaft von Franklin Roosevelt in den 1930 er Jahren auferlegt.
(5) Vgl. Damien Millet und Eric Toussaint, La crise, quelles crises? Aden-CADTM-Cetim, 2010, Kapitel 6
(6) Ungedeckte Leerverkäufe ermöglichen die Spekulation auf das Fallen des Wertes eines Papiers beim Verkauf zu Ende der Laufzeit, obwohl man das Papier gar nicht besitzt. Die deutschen Behörden haben den ungedeckten Verkauf verboten, wohingegen die französischen Behörden und die anderen Länder gegen diese Maßnahme waren.

Quelle: http://www.cadtm.org/Huit-propositions-urgentes-pour
Erscheinungsdatum des Originalartikels: 19/04/2011; Übersetzung in Tlaxcala veröffentlicht: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4602, Überarbeitung der Übersetzung durch die SiG Redaktion, 8.5.2011

1.-3. Juli 2011 in Namur (Belgien) Sommeruniversität vom CADTM

http://www.cadtm.org/spip.php?page=article_pdf&id_article=6662

Europäisches Attac-Netzwerk
Protestiert gegen die „Europäische Wirtschaftsregierung“!

09.05.2011, Pressemitteilung

Unter massivem Zeitdruck und weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit sollen in Brüssel noch vor dem Sommer Pläne für eine weitreichende "Europäische Wirtschaftsregierung" beschlossen werden. Deren Kernelemente sind Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen, Abbau der öffentlichen Dienste, niedrigere Steuern für große Unternehmen und Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte in den EU-Staaten. Die EU-Kommission soll weit reichende Kompetenzen erhalten, sich mit Strafsanktionen in die nationale Wirtschaftspolitik einzumischen, sollten ihren neoliberalen Sparvorgaben nicht umgesetzt werden.

Dagegen organisiert sich ein europaweiter Protest. Das Europäische Attac-Netzwerk und zahlreiche weitere Organisationen haben eine europaweite Petition an die Europaparlamentarier gestartet (www.oureurope.org). "*Wir fordern die Abgeordneten auf, die Pläne der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen bei ihrer* ***Abstimmung am 8. Juni*** *zu stoppen"*, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich. Frédéric Lemaire von Attac Frankreich ergänzt: "*Es ist demokratiepolitisch nicht hinnehmbar, dass dieser Angriff auf das soziale und demokratische Europa in kürzester Zeit und ohne öffentliche Debatte durchgepeitscht werden soll."* (…)
Mehr: http://www.attac.at/9508.html

Die Krisenursachen werden ignoriert

Der Kern der neuen Regelungen umfasst eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP), ohne jedoch dessen grundlegende Konstruktionsfehler zu beheben, und die „makroökonomische Überwachung". Beide Instrumente werden für die Eurozone mit Sanktionen bis hin zu saftigen Strafzahlungen durchgesetzt. Mit dem verschärften SWP werden strengere Ausgabendisziplin und noch rascherer Abbau der Staatsschulden oberste Leitnorm der Wirtschaftspolitik. Dabei scheint es nicht um einen sinnvollen Abbau der hohen Schuldenbelastung - die im Übrigen nicht durch „unverantwortliche Mitgliedsstaaten", sondern durch die Folgen der Krise und Bankenrettungspakete in die Höhe geschnellt ist - zu gehen, sondern de facto um einen radikalen Abbau des Staates an sich. In der jetzigen Situation so radikal und einseitig auf einen akkordierten Sparkurs zu setzen wird die europäische Wirtschaft auf Jahre (wenn nicht Jahrzehnte) schwächen und Arbeitsmarkt- sowie soziale Probleme verschärfen - was übrigens auch der IMF befürchtet. Durch die damit verbundene dauerhafte Schwächung der Einnahmenseite wird es auch zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Schuldensituation kommen. (…)
Mehr:
http://www.attac.at/wirtschaftsregierung.html
http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag/euro-krise/

Umfangreiche Analysen von Attac Frankreich zu dem Euro und der EU (leider nur auf Französisch):
http://www.france.attac.org/se-former-sur-la-gouvernance-economique-et-le-pacte-pour-leuro
http://www.oureurope.org/9483.html?&L=4

Referendum in Italien am 12.-13. Juni –Auch die Italiener, die im Ausland leben, sollten die Forderung nach einer ÖFFENTLICHEN Wasserversorgung unterstützen!

Fred Schmid
"Modell China"?

Wie meistert China die Krise? Ist das chinesische Krisenmanagement nachhaltig erfolgreich? Gelingt dem Land der Sprung von der nachholenden Entwicklung zur Schrittmacher-Technologie? Wie löst das Riesenreich die gewaltigen sozialen und ökologischen Probleme?
Diese Fragen sind für die Ausstrahlung Chinas auf Schwellen- und Entwicklungsländer von großer Bedeutung. Vor allem für die asiatischen Länder ist die ökonomische Bedeutung Chinas jetzt in der Weltwirtschaftskrise gewaltig gewachsen. Diese Länder bestreiten den Großteil ihres Handels mit China. 2008 waren unter den zehn größten Lieferländern an China acht asiatische: Allen voran Japan, Südkorea, Taiwan – an vierter und fünfter Stelle USA und Deutschland, dann folgten wieder fünf asiatische Lieferanten. Die chinesische Wirtschaftsdynamik hat bewirkt, dass Südostasien – mit Ausnahme Japans – Wachstumsregion blieb. "*Die schnelle Umsetzung des chinesischen Konjunkturpakets hilft offensichtlich einer ganzen Reihe von Ländern in Asien und Ozeanien*", stellte Andreas Rees, Chefvolkswirt von Unicredit, bereits Mitte 2009 fest. "*China hat die Rolle als regionale Konjunkturlokomotive übernommen*" (FTD, 2.7.09), die seit zwei Jahren voll unter Dampf steht. Denn China ist aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gestärkt hervorgegangen. Umgekehrt hat das westliche Leitbild "Marktwirtschaft" unter der Krise dramatisch gelitten.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) rechnet in diesem Zusammenhang damit, dass sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Ausstrahlung und Sogwirkung Chinas gegenüber anderen Ländern verstärken wird. In einer vertraulichen Studie hat der Geheimdienst für die Bundesregierung die Auswirkungen der Krise in drei Szenarien analysiert. Das zweite Szenario, das sogenannte China-Szenario, hält der BND für das wahrscheinlichere. BND-Präsident Uhrlau: "*Dieses geht davon aus, dass China stärker und schneller von den Wachstumsimpulsen der Konjunkturprogramme profitiert als andere. Erholt sich China schneller, wird sein Gewicht in der Region und gegenüber den anderen Spielern steigen. Wird China der Motor der wirtschaftlichen Gesundung, wird das Land auch international aus einer anderen Position heraus operieren und die Spielregeln stärker mitbestimmen wollen*." (HB, 2.6.2009).

John Naisbitt, Verfasser des Weltbestsellers "Megatrends" und Professor am Naisbitt China Institute, kommt in "Chinas Megatrends" zu dem Ergebnis: "*Für viele Staaten*

der Welt ist China auf dem Weg, ein verlockendes Alternativmodell zu bieten – eines, das in absehbarer Zeit zu einer wirklichen Herausforderung für die westliche Demokratie als Regierungsform werden kann." (Naisbitt,11).

Auch Fareed Zakaria geht davon aus, dass sich der "Aufstieg der Anderen" (Buchtitel) durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigen wird: "*Fortan wird es mühsamer sein, der Welt amerikanische Ideen zu verkaufen, und der Versuch wird nicht immer erfolgreich sein. Die Entwicklungsländer werden sich die Wirtschaftspolitik heraussuchen, die ihren Interessen am dienlichsten ist, und zwar mit wachsendem Selbstvertrauen. China bietet ein alternatives Entwicklungsmodell an. Aufstrebende Nationen werden sich immer öfter daran – oder auch an Brasilien oder Indien – ein Beispiel nehmen.*" (Zakaria, 21).

China ist für zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer Fürsprecher, durch seinen verblüffenden Erfolg aber auch Vorbild und Hoffnungsträger geworden. Für die meisten Länder der Welt gab es bis vor kurzem nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: "*Anschluss an den Westen oder Isolation*", wie es Mark Leonard formulierte. Integration in das neoliberale Globalisierungsregime oder die Gefahr, boykottiert und in die ökonomische Apartheid gesperrt zu werden. Jetzt ist ein alternatives Entwicklungsmodell entstanden, das ein eigenständiges Kraftfeld und weitgehend unabhängiges Kooperationsregime entwickelt. Der US-Zukunftsforscher John Naisbitt schreibt: "*China verändert nicht nur die weltwirtschaftlichen Bedingungen, das chinesische Modell fordert auch den Status der westlichen Demokratien heraus, die bisher glaubten, sie verfügten über das einzige Regierungsmodell, das Armut reduzieren und wirtschaftlichen Aufstieg hervorbringen kann.*" (zit. nach HB, 14.5.2010).

Welche Komponenten des chinesischen Modells sind es, die es für Entwicklungs- und Schwellenländer attraktiv machen?

Der entscheidende Faktor ist wohl die **Rolle des Staates** und des staatlichen Sektors in der Wirtschaft. Der chinesische Staat unter Führung der Kommunistischen Partei hat entscheidende wirtschaftspolitische Instrumente nicht aus der Hand gegeben, er kann in das Wirtschaftsgeschehen wirksam eingreifen. "*Genauso attraktiv wie die chinesischen Wachstumsraten ist die Tatsache, dass der chinesische Staat die Kontrolle über seine Wirtschaftspolitik behält*", schreibt Leonard. *"Im Gegensatz zu den asiatischen Tigerstaaten, die ihren Aufstieg in den achtziger Jahren mit westlicher Hilfe erzielten, hat sich China von der Kontrolle internationaler Entwicklungsorganisationen und Finanzinstitutionen befreit.*" (Leonhard, 163f).

Das gelang auch deshalb, weil Peking die Finanz-, Banken- und Währungshoheit behielt. Die entscheidenden Banken sind alle staatlich und beschränken sich ganz altmodisch vor allem auf die Kreditvergabe. Der Devisenhandel ist reglementiert und die Währung nicht frei konvertierbar, der Kurs staatlich festgelegt. Das hatte zur Folge, dass China weder in der Asienkrise 1997 noch im Vorfeld der Finanzkrise 2008 der internationalen Finanz- und Währungsspekulation ausgesetzt war. Schließlich erfolgten die Öffnung zum Weltmarkt und der Einlass ausländischen Kapitals, insbesondere der TNK, nicht plötzlich, sondern schrittweise und über viele Experimente, wie z.B. Sonderwirtschaftszonen und Joint Ventures.

Das chinesische Modell ist gewissermaßen zum Gegenmodell des "Washington Consensus" geworden. Der Washington Consensus – Konferenz 1990 in Washington – wurde bislang von IWF und Weltbank propagiert und schreibt eine Anzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen vor, die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollen. Danach sind staatliche Eingriffe in die Wirtschaft tabu, ist Privatisierung oberstes Ziel, werden weitestgehende Deregulierung und Liberalisierungen verlangt und im Schuldenfall Strukturanpassungen, strenge Haushaltsdisziplin und Schocktherapien verordnet. Der Washington Konsens feiert jetzt in der Eurozone mit dem Diktat von Deutschland/Frankreich und EZB gegenüber hochverschuldeten kleinen EU-Ländern wie Griechenland, Portugal und Irland fröhliche Urständ.

Als Gegenmodell zu diesem Washington-Konsens gilt mittlerweile der "Peking-Konsens" als Entwicklungsmodell. Eberhard Sandschneider, Lehrstuhlinhaber für die Politik Chinas an der FU Berlin, schreibt: "*Der Peking-Konsens hingegen verfolgt das Prinzip eines starken Staates mit weitreichenden ökonomischen und politischen Interventionsrechten. Der Krieg um Modelle hat längst begonnen. Skeptische amerikanische Stimmen weisen darauf hin, dass das chinesische Entwicklungsmodell hohe Attraktivität unter Entwicklungsländern erlangt hat, die sich von dem bevormundenden Einfluss des Westens emanzipieren wollen*" (Sandschneider, 132). "*Mit seinem Versprechen, die Kontrolle des Staates aufrechtzuerhalten und trotzdem ein schnelles Wirtschaftswachstum zu erzielen, ist der Gelber-Fluss-Kapitalismus (Chinas – F.S) eine Hoffnung für Entwicklungsländer der ganzen Welt.*" (Leonard, 75).

Kommt hinzu, dass das chinesische Modell "preisgünstiger" ist, wie Xie Boyang, stellvertretender Vorsitzender der Allchinesischen Vereinigung der Industriellen und Kaufleute, betont: "*China hat einen Entwicklungsweg eingeschlagen, bei dem sich die Kosten im Rahmen halten. Zwar verfügt der Westen über einen hohen technischen Standard, aber die Kosten sind zu hoch. Eine Entwicklung der afrikanischen Wirtschaft auf dieser Grundlage ist zu kostenintensiv und kann daher nur wenig Früchte tragen*" (BRS, 10.6.2010).

Was Chinas Modell so attraktiv macht? Es hat den Beweis erbracht, dass damit eine erfolgreiche nachholende Entwicklung möglich ist – für eine Volkswirtschaft, in der ein Fünftel der Menschheit lebt. Und diese Entwicklung war möglich ohne politische und soziale Verwerfungen – im Gegenteil: Seit der Politik der Öffnung wurde die Armut zurück gedrängt, erhöhte sich der Lebensstandard kontinuierlich. Und schließlich: Im bisherigen Verlauf der Weltwirtschaftskrise kann China darauf verweisen, dass es diese Krise weit besser meistert als die neoliberal ausgerichteten Ökonomien des Westens.

Einen weiteren entscheidenden Unterschied zu den westlichen Marktwirtschaften bildet die **Rolle des Plans**, als Instrument der bewussten Lenkung der Wirtschaft. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft wird nicht dem spontanen Moment des Marktes überlassen, sondern erfolgt mittelfristig in Fünfjahrplänen. Der zwölfte FJP für die Zeit von 2011 bis 2015 wurde Ende 2010 von der NDCR, der Nationalen Kommission für Entwicklung und Reform (früher: Plankommission) verabschiedet. In den Fünfjahrplänen werden struktur- und entwicklungsbestimmende Zielstellungen festgelegt, in Fragen des Wirtschaftswachstums, der volkswirtschaftlichen Proportionen, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Entwicklung Stadt-Land, der einzelnen Provinzen, Energieeffizienz, der Ökologie, usw. Aber nur in Form einer Rahmenplanung, nicht als konkretistische Detailplanung. Ziel ist die Verbindung von Plan und Markt. Mit staatlichen Eingriffen und Planwirtschaft gelang es Peking auch, von der extremen Exportorientierung stärker auf Binnenkonjunktur umzupolen.

Ein wesentlicher Hebel zur Umsetzung staatlicher Zielvorgaben ist der nach wie vor bedeutsame **staatliche Sektor** in der chinesischen Wirtschaft. Mit der Privatisierung ihrer Staatsbetriebe hat sich der Staat in den kapitalistischen Ökonomien wirtschafts- und konjunkturpolitisch weitgehend entmannt, ein wichtiges Instrument aus der Hand gegeben, gestalterisch in das ökonomische Geschehen einzugreifen. Nicht so in China. Mit 122 zentral unterstellten staatlichen Unternehmensgruppen in strategischen industriellen Schlüsselbereichen, existiert nach wie vor ein starker staatlicher Sektor, der noch weitgehend die Kommandohöhen der Wirtschaft kontrolliert (vgl. Peters, jw, 1.10.09). Es besteht allerdings die Gefahr, dass der Privatisierungsprozess in China auch diese Festungen staatlichen Wirtschaf-

tens schleift (s. Kasten "Privatisierung mit chinesischem Antlitz", Seite 58/59).

Die neoliberal geprägte Wirtschaftspresse beklagt, dass im Rahmen der Krisenbekämpfung der staatliche Sektor an Bedeutung gewonnen habe. Die FTD (21.4.10) zitiert Barry Naughton von der University of California: *"Die Konjunkturmaßnahmen haben staatliche Firmen gestärkt und den Einfluss der Regierung ausgebaut*". Sie begreifen nicht, dass es gerade der qualitative Vorteil einer teilstaatlichen Wirtschaft ist, öffentliche Investitionen und Konjunkturspritzen über staatliche Betriebe möglichst schnell in den Wirtschaftskreislauf zu bringen. Das erklärt auch die schnelle Umsetzung des chinesischen Konjunkturprogramms. Die 'Süddeutsche Zeitung' (4.3.10) sieht die Staatsbetriebe als "*die großen Gewinner eines deutlichen und nachhaltigen Linksrucks der chinesischen Politik*". Und sie zitiert einen ehemaligen Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften: "*Die Reformen Deng Xiaopings werden zurückgeschraubt. Es findet eine systematische Renationalisierung gesamter Wirtschaftsbereiche statt*". Die oben angeführten Fakten bestätigen das nicht. "*Sozialismus chinesischer Prägung", "Sozialistische Marktwirtschaft", eine "Art Staatskapitalismus unter dem Kommando der KP", "Staatlich kontrollierter Kapitalismus", "Wohlfahrtsstaat*" nach schwedischem Modell – es fällt schwer, den chinesischen Weg zu einer modernen Volkswirtschaft in ein Schema zu pressen und zu kategorisieren. Ganz sicher ist es kein "*Neoliberalismus mit chinesischem Antlitz*`", wie David Harvey behauptet (Harvey, 150 ff), und schon gar nicht ist China eine von der Herrschaft der Bourgeoisie geprägte "*imperialistische Macht*", wie Renate Dillmann unterstellt (Dillmann, 346 ff). Schon eher ist es ein nachholender Fordismus mit Massenproduktion, steigenden Masseneinkommen und damit Massenkonsum.

Francis Fukuyama schrieb vor zwanzig Jahren in seinem Buch "Das Ende der Geschichte": "*Der Triumph der westlichen Idee ist vor allem dadurch offensichtlich, dass es an lebensfähigen, systemischen Alternativen zum westlichen (Neo)Liberalismus fehlt*". Kishore Mahbubani, Professor an der Universität von Singapur und Autor des Buches "*Die neue asiatische Hemisphäre: Die unwiderstehliche Verlagerung der globalen Macht nach Osten",* hält dagegen und unterstreicht, dass in den erfolgreichen asiatischen Gesellschaften genau dieser westliche (Neo)Liberalismus fehlt. (zit. nach jw, 22.12.09).

Für die Schwellenländer hat der aufgezeigte chinesische Weg durchaus und in vielen Punkten Vorbildcharakter. Er zeigt, dass eine **nachholende Entwicklung bei gleichzeitiger Verbesserung des Lebensstandards** der Bevölkerung möglich ist. Das ist ein grundlegender Unterschied zu den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen, die IWF und Weltbank den Entwicklungsländern als Entwicklungsperspektiven verordneten und die große Teile der Bevölkerungen zusätzlich in die Armut stürzten, Bildungs- und Sozialprogramme zusammenstrichen und die Wirtschaft monokulturell auf Exporte und die Bedürfnisse des Metropolenkapitals ausrichteten. Zudem erbrachte China den Beweis, dass es die Krise besser meisterte, in der Krise nicht gelähmt war, sondern Weichen zu neuen sozialen, ökologischen und binnenwirtschaftlichen Entwicklungsrichtungen stellte.

Allerdings ist der chinesische Entwicklungspfad bislang nicht weniger ressourcenverschlingend und umweltzerstörend als die davor beschrittenen Industrialisierungswege. Es war eine nachholende Entwicklung, kein "überholen ohne einzuholen". Auch China konnte keine Entwicklungsetappe überspringen. Allerdings gibt es vage Anzeichen dafür, dass China auf der jetzt erreichten Entwicklungsstufe eine schnellere und massivere Umorientierung auf Energieeinsparung und regenerative Energien gelingt, als dem Westen, wo solche Weichenstellungen durch die Übermacht der Öl- und Stromkonzerne anhaltend blockiert werden.

Ist China auch ein alternatives Gesellschaftsmodell? Zunächst ist die gegenwärtige Entwicklung für den Westen eine Herausforderung mit gesellschaftspolitischen Dimensionen. Und zwar gerade in Krisenzeiten wie gegenwärtig, in denen sich der Niedergang (decline) von USA und EU beschleunigt: Im Westen explodierende Staatsdefizite – in China gesunde Staatsfinanzen; in den USA eine marode Infrastruktur – hier ein gigantischer Ausbau; dort permanenter Sozialabbau – in China Aufbau und Verbesserung der Sozialsysteme; in den Industrieländern zunehmende Arbeitslosigkeit und Reallohnauszehrung – dort jährlich acht Millionen neue Arbeitsplätze und Stärkung der Massenkaufkraft; hier ein überschuldeter und erschöpfter US-Verbraucher – in China ein Konsumrausch der Mittelschichten und steigender Lebensstandard; im Westen wachsende Armut – im Osten langsame Überwindung von Hunger und Elend; in den USA Deindustrialisierung – in China der rasante Aufbau einer High-Tech-Industrie; hier Depression – dort Optimismus.... Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dieser Entwicklungspfad – so er sich in China angesichts zunehmender Ungleichverteilung und Reichtumsakkumulation überhaupt durchhalten lässt – kann bei konsequenter Fortsetzung zu einem höheren Lebensstandard als im Westen führen. Es ist insofern ein – primär quantitativer – Fortschritt. Es ist jedoch bislang kein Fortschreiten in Richtung eines alternativen und attraktiven Konsum- und Gesellschaftsmodells, es **ist kein Gegenpol zu westlicher Produktionsweise und westlichem Lifestyle.** China setzt wie der Westen auf Konsumismus, auf den ressourcenvergeudenden "american way of life". Der Soziologe Giovanni **Arrighi:** "*Für eine Welt der größeren Verteilungsgerechtigkeit wird ein neues Entwicklungsmodell benötigt, das weniger verschwenderisch ist als das von den USA gestiftete Modell des Massenkonsums. Bedauerlicherweise gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die herrschenden Eliten in China – von denen im Westen ganz zu schweigen – sich der Notwendigkeit bewusst sind, ein solches alternatives Modell zu entwerfen*." (Arrighi, 74). Und weiter: "*China kann sich nicht emanzipieren, ohne dass es zum Beispiel ökologische Lösungen, neue Konsummuster, neue Produktionstechnologien erarbeitet. Andernfalls ersticken sie sich selbst, bevor sie die ganze Welt ersticken*." (ebenda, S. 88).

Dieser **Emanzipationsprozess** könnte Gestalt annehmen, **wenn sich zwei Prozesse in der nächsten Zeit verstärken**:

- Die **Herausbildung einer gewerkschaftlichen Gegenmacht** und ihre Formierung zur Arbeiterbewegung, wie sie in den Arbeitskämpfen in China in der jüngsten Zeit im Keim sichtbar wurde (vgl. dazu auch Müller).
- Die **Weiterentwicklung der "vertikalen Demokratie**". (Naisbitt): "*In der derzeit in China entstehenden vertikalen Demokratie werden die Visionen und Ziele des Landes in einem interaktiven Prozess von Spitze und Basis gleichermaßen geformt. Die Regierung setzt die Prioritäten und steckt den politischen Rahmen ab, innerhalb dessen jeder Bürger seine eigene Rolle gestalten und seinen Beitrag zum Ganzen leisten kann. Dies schafft eine Struktur, in der alle von der herrschenden Vielfältigkeit profitieren, während zugleich Ordnung und Harmonie aufrechterhalten bleiben.*" (Naisbitt, 87). Mit der wachsenden Mobilmachung der Basis in den verschiedenen Formen – z.B. in den Betrieben – wächst nach Naisbitt die Dynamik und Effizienz dieses Interaktionsprozesses (ebenda, 55ff). Diese vertikale Demokratie wird gegenwärtig in verschiedenen Formen, Etappen, Experimenten (z.B. Chongquing-Experiment der Bürgerbeteiligung) weiterentwickelt (s. auch Leonard, 77ff).

In China geht man mit Neuerungen immer nur schrittweise und in Experimenten vor, gemäß der Devise Deng Xiaopings: "*Von Stein zu Stein ertasten wir unseren Weg durch den Fluss*".

aus: isw-report 83/84: Fred Schmid: China. Krise als Chance? – Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht. Dezember 2010, www.isw-muenchen.de

SiG-Artikel über China: u.a. Hefte 68, 84

Elmar Altvater

Fukushima, mon horreur

Oder der Traum ökonomischer Rationalität gebiert ungeheure Katastrophen

Der Ko-Vorsitzende der Partei „DIE LINKE“, Klaus Ernst, hat nach den deutschen Landtagswahlen am 27. März 2011 das magere Ergebnis für die Linke (in Rheinlandpfalz 3,1% bzw. 2,8% in Baden-Württemberg) und den zweistelligen Gewinn der Grünen so erklärt: Von dem Richtungswahlkampf, in dessen Mittelpunkt nach der Katastrophe von Fukushima die Atompolitik stand, hätten ausschließlich die Grünen profitiert. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit sei in den Hintergrund getreten. Sein Fazit: „Wenn alles verstrahlt ist, hilft auch kein Mindestlohn“.

So ist es. Selbst über die Weltwirtschaftskrise, die ja weiter drückt und schmerzt und so manchen Staat an den Rand der Pleite und den Euroraum fast zum Kollaps gebracht hat, wird weniger geredet als über das nukleare Desaster im 9000 km von Europa entfernten Japan. Das ist Globalisierung konkret.
Zulieferer- und Handelsketten, Finanztransaktionen und Migration, Kulturaustausch, Internet und Mobiltelefon, nicht zu vergessen die formellen und informellen Meetings im Rahmen der G8, der G20 usw., haben eine nicht nur virtuelle, sondern sehr reale Nähe geschaffen. Und nun könnte radioaktives Material möglicherweise per Container aus Japan in alle Welt verstreut werden. Gehört der Container, das Symbol und Vehikel der Globalisierung, abgeschafft, müssen nach der Lockerung von Zoll- und Personenkontrollen neue Radioaktivitätskontrollen eingeführt werden?Wo liegen also die Grenzen der Globalisierung? Die Antwort ist: In der Natur, wie schon Friedrich Engels mit seinem Monitum aus der „Dialektik der Natur“ weitsichtig ausführt*: „Schmeicheln wir uns… nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns… so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, …sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn…“*. Ökonomische Rationalität verwandelt sich, wenn die Produktiv- und Destruktivkräfte weit genug entwickelt sind, und dies ist im Nuklearzeitalter der Fall, nicht nur in Irrationalität, sondern in Katastrophen.

Die Natur und unser Verhältnis zur Natur rücken weit nach vorn auf die Agenda. Bislang bemühten sich die Parteien, vor allem „ökonomische Kompetenz“ zu zeigen; mit diesem Anspruch hat die SPD in Hamburg die Landtagswahl im Februar 2011 gewonnen. Meistens ist dies das Versprechen eines rücksichtslosen wirtschaftspolitischen Opportunismus. Dessen Rationalität besteht darin, dass mächtige Kapitalgruppen bedient werden und ihren Medien nach dem Mund geredet wird. Gemessen wurde und wird kompetentes Wirtschaften an der wirtschaftlichen Wachstumsrate eines Landes oder einer Region. Darauf hat sich eine Maxi-Koalition verständigt, in der auch viele Strömungen der LinkeN mitmachen: Mit Wachstum und besser noch mit einer „Wachstumsbeschleunigung“, lassen sich die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit bewältigen. Ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz gehört daher in die Wundertüte der konservativ-liberalen Koalition in Deutschland. Das könnte wieder einmal ein Plagiat sein, Angela Merkel hat wie ihr Ex-Verteidigungsminister abgeschrieben. Von wem? Von der linken Lula-Regierung in Brasilien, die schon seit 2007 ein „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ – und zwar ökonomisch ziemlich erfolgreich, doch mit einer vernichtenden ökologischen Bilanz - umsetzt.

„Grünes“ und nachhaltiges Wachstum hingegen versprechen mit einem „Green New Deal“ die Grünen, was auch immer sie darunter verstehen. Auf der Notwendigkeit von Wachstum, sozial ausgeglichen und ressourcenschonend, beharrt, wenn auch nicht einhellig DIE LINKE. Offenbar ist Wachstum immer noch der ideologische und politische Stabilitätsanker in einer Gesellschaft, die, wie Günther Anders in den 1950er Jahren schrieb, *„die Produktion (des) eigenen Untergangs pausenlos betreibt“* und diesen Betrieb nur durch immer mehr Ressourcen- und Energieverbrauch, also durch Wachstum meint, bis zum bitteren Ende fortsetzen zu können.

Doch geht das überhaupt?

Zweifel sind angebracht. Denn der *„Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer“*, wie Francisco de Goya sie in seinen „Caprichos“ zeichnete. Es ist etwas geschehen, was in keinem Drehbuch der mainstream-Ökonomie vorgesehen war: Erst der Meltdown der Weltfinanzen nach dem Subprime-Debakel in den USA und dem Bankrott der Lehmann-Bank. Hohn und Spott auf die Theorie der effizienten, weil neoliberalisierten Finanzmärkte. Dann kamen die Pleiten in der „realen Wirtschaft“ und die sprunghafte Steigerung der Staatsverschuldung, die den Euroraum erbeben lässt. Die Probleme der Ökonomie lassen sich, so die Hoffnung, mit viel Geld aus öffentlichen Kassen bewältigen. Das ist ein Irrtum, der vor allem jene teuer zu stehen kommt, die nicht mobil genug sind, um ihre Steuerzahlungen durch Kapitalflucht „optimieren“, d.h. am Fiskus vorbei minimieren zu können. Aber Empörung über Steuervermeidung oder –hinterziehung oder ökonomische und soziale Ungerechtigkeit werden von schrillen ökologischen Alarmglocken übertönt.

An einen Katastrophen-Alarm hat man sich schon so gewöhnt, dass man „den Schlaf der Vernunft“ fortsetzen könnte. Der Klimawandel ist als nicht zu änderndes Geschick beinahe ins Alltagsleben der Menschen eingebettet. Es ist bekannt, dass die Verbrennungsprodukte der fossilen Energieträger für etwa 120 Jahre in der Erdatmosphäre bleiben und sie aufheizen. Die Naturgesetze sind verantwortlich. Einmal verbrauchte fossile Reserven stehen zwar kein zweites Mal zur Verfügung. Als Energieträger sind sie weg, doch die so nützlichen Kohlenwasserstoffe sind dabei in das so schädliche Kohlendioxid verwandelt worden.
Nichts geht in der Natur verloren, sagen die Hauptsätze der Thermodynamik, aber in einem irreversiblen Prozess löst die Konzentration des CO2 in der Atmosphäre die Klimakatastrophe mit ihren Sekundär- und Tertiärfolgen aus, vor denen die Klimawissenschaftler warnen: Überschwemmungen und Dürreperioden zu Zeiten und an Orten, wo sie nicht passieren dürften, Gletscherschmelze und Verschwinden der polaren Eiskappen, „ungewöhnliche Wetterereignisse“. Die Hitze in Russland während des Sommers 2010 hat an die 55000 Menschenleben gefordert, rechnen die Rückversicherer in ihren jährlichen Schadensbilanzen vor.

An diesem Punkt angelangt, kann man anfangen, das gelernte Einmaleins der Kostenrechnung auf die Klimakatastrophe anzuwenden und ökonomisch „rational“ entscheiden, ob man den Klimawandel laufen lassen und die Schäden in Kauf nehmen oder mit Vorsorgemaßnahmen bekämpfen sollte.
Das Vorsorgeprinzip folgt direkt aus der von Hans Jonas in seinem „Prinzip Verantwortung“ hervorgehobenen Diskrepanz zwischen der räumlichen und zeitlichen Reichweite unseres Handelns, die ja mit dem wirtschaftlichen Wachstum immer größer wird, und unserem Wissen über die Folgen des Handelns. Diese Inkongruenz hat die Paradoxie zur Folge, dass einerseits unser Wissen wie die Wirtschaft auch geometrisch wächst, dass wir andererseits jedoch immer weniger wissen können, welche unbeabsichtigten Nebenfolgen unser absichtgeleitetes Handeln wann und wo haben wird. Das hat Jürgen Habermas als „neue Unübersichtlichkeit“ gedeutet.

Das politische Vorsorgeprinzip folgt aus dem philosophischen Prinzip Verantwortung. Das Vorsorgeprinzip ist umkämpft. Niemand wird es unvernünftig finden, aber die zu ziehenden Konsequenzen sind dennoch umstritten, zumindest so lange wie der (Aber)glaube vorherrscht, mit der Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ließen sich die meisten Weltprobleme bewältigen. Wer dem Vorsorgeprinzip zur politischen Bedeutung verhelfen will, muss sich gegen die sich alternativlos darstellende Rationalität und Selbstgewissheit der Ökonomie als Wissenschaft richten und die Lobbygruppen bekämpfen, die

den kurzfristigen Profit über die langfristige Vorsorge stellen. Die Möglichkeit der Katastrophe als Folge dieser Rationalität wird verdrängt. So wird der Umschlag rationaler Handlungsmuster in die gesamtgesellschaftliche Irrationalität aus dem Horizont von Denken und Handeln geräumt.

Das zeigt sich nicht erst am Ende der fossilen Energiekette, bei der Emission von Treibhausgasen, bei einem irrationalen Effekt strikt rationalen Handelns, sondern bereits an ihrem Anfang, bei der Förderung der fossilen Energieträger. Auch da sind Katastrophen offensichtlich nicht auszuschließen.
Die Ölverseuchung des Golfs von Mexico vor gut einem Jahr nach der Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon hat vor Augen geführt, mit welch enormen Risiken die Förderung des sogenannten „nicht-konventionellen" Öls aus der Tiefsee verbunden ist, nachdem das „konventionelle" Öl zur Neige geht. Dem fossilen Zeitalter, das mit der Kohle und der industriellen Revolution gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann, geht also der Brennstoff aus. Das ist eine Revolution, ob sie so genannt und wahrgenommen wird oder nicht. Der Energieträger und dessen Wandlungs- und Nutzungssysteme, die die Moderne ebenso wie die Postmoderne angetrieben haben, gehen zur Neige oder werden obsolet.
Die das 20. Jahrhundert prägende fossile, fordistische oder auch post-fordistische Kultur verschwindet. Die wird jedoch nicht kampflos aufgegeben. Um den Zugang zu den Resten der Ressourcen und um Einfluss auf Vermarktung und Preisbildung werden mörderische Kriege geführt, im Irak und in Libyen, im Niger-Delta oder im Sudan.

Lange wurde geglaubt, das Atomzeitalter sei die Alternative zur Epoche von Kohle, Öl und Gas.
Der Schrecken von Hiroshima und Nagasaki im August 1945 hat die ungeheure Zerstörungskraft der Nuklearenergie ins menschliche Gedächtnis eingegraben. Er hat aber auch die Illusion genährt, diese ungeheure Energie als „Atome für den Frieden" in der Welt nach dem schrecklichen 2. Weltkrieg nutzbar machen zu können. Das Symbol der ersten Weltausstellung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1958 in Brüssel war das 102 Meter hohe Atomium, ein Nachbau der Eisenkristallstruktur in 165milliardenfacher Vergrößerung. Das Atom war auf Rolltreppen begehbar, gezähmt und den Menschen zu Diensten. Der atomare Optimismus fand in Deutschland sein durchweg kritisches Organ in der Zeitschrift „Atomzeitalter". Doch seit den 1960er Jahren kam immer mehr Skepsis auf, zumal die Zahl der Atommeiler zunahm und das Problem der Entsorgung nuklearer Abfälle immer gravierender wurde.

Zur Vorsorge, dem Prinzip, das auf der UNCED-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 und dann in der EU-Umweltgesetzgebung verbindlich vereinbart worden ist, gehört die sichere Entsorgung. Nur so kann der nukleare Zyklus vom Uranbergbau zur Endlagerung abgebrannter Brennstäbe geschlossen werden: Uran wird aus der Erdkruste gefördert und so angereichert, dass seine Kernenergie kontrolliert in Wärmeenergie umgesetzt werden kann. Diese wiederum kann zur Betreibung von Dampfturbinen und auf diesem Umweg zur Stromerzeugung genutzt werden.
Doch auch hier zeigt es sich, dass nach dem ersten thermodynamischen Hauptsatz nichts verloren geht. Die abgebrannten nuklearen Brennstäbe bleiben erhalten und müssen sicher gelagert werden, und zwar über zehntausende von Jahren. Entsorgung heißt vollständige Isolierung gegenüber natürlicher Erosion und menschlichen Eingriffen. Dass das nicht über 10.000, ja noch nicht einmal über 30 Jahre möglich ist, hat die Katastrophe von Fukushima gezeigt. Wenn der nukleare Zyklus sich schließt, dann also als Explosion mit nuklearem Fallout. Der Zyklus wird durch die Katastrophe geschlossen, und das macht die nukleare Technologie so gefährlich.

Fukushima.

Ein schöner Name für ein ganz großes Unglück der Menschheitsgeschichte, und anders als „Hiroshima, mon amour" für eine Liebesgeschichte ein viel zu garstiger, verstrahlter Ort. Ob der Schrecken, „l'horreur" von Fukushima indes die Augen öffnet, sei dahingestellt. Das ist ja nach Tschernobyl auch nicht geschehen. Und nach Fukushima? US-Präsident Obama hat trotzig angekündigt, weitere Atommeiler aus energiepolitischen Gründen bauen zu lassen. Die Türkei plant neue AKWs sogar in erdbebengefährdeten Regionen. Südkorea sieht keinen Anlass, die geplanten 14 neuen Atomkraftwerke nicht zu bauen und die Kapazität von 18,4 Gigawatt bis 2024 auf 35,9 Gigawatt nicht fast zu verdoppeln. Atomkraftwerke sollen nach Autos, Halbleitern und Schiffen der südkoreanischen Exportoffensive Dampf machen. Atomkraftwerke eine Ware – der Kauf-, Kredit-, Nutzungs- und Wartungsvertrag mag sich auf drei oder vier Jahrzehnte erstrecken, doch für die Folgen von Produktion und Nutzung der Ware AKW ist die menschliche Gesellschaft in ihrer gesamten Geschichte zuständig, und zwar über zehntausende von Jahren (die Halbwertzeit von Plutonium 239 beträgt 24110 Jahre), also über einen Zeitraum, der mehr als doppelt so lang ist wie der von den ersten Anfängen der mesopotamischen Frühgeschichte vor 11.000 Jahren bis in die Gegenwart.

Wissen die Atomkraftbefürworter eigentlich, was sie tun?

In Deutschland hat die Regierung Merkel gleich mehrfach nach der japanischen Katastrophe die Atomenergie in Frage gestellt, nachdem sie vor weniger als einem Jahr den von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie mit einem Beschluss über die Verlängerung der Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke rückgängig gemacht hatte. Nun aber werden die ältesten Reaktoren für drei Monate vom Netz genommen, um während eines befristeten Moratoriums die Sicherheit überprüfen zu können. Eine Ethik-Kommission soll die Überprüfung begleiten. In der EU sollen alle 143 Kernkraftwerke einem Stresstest unterworfen werden.
Was die Regierung von ihrem Beschluss hält, hat der Wirtschaftsminister Brüderle auf einer Besprechung mit dem BDI ausgeplaudert. Gemäß Gesprächsprotokoll wies Brüderle *"erläuternd darauf hin, dass angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen Druck auf der Politik laste und die Entscheidungen daher nicht immer rational seien"*.
Brüderle ist wie ein Vorzeige-Homunculus oeconomicus mit einer Rationalität ausgestattet, die ihn nicht 24000 Jahre in die Zukunft ahnen, sondern von der Vorder- bis zur Hinterseite des Bretts vor dem Kopf blicken lässt. Eine Trauergestalt, die sich aber zutraut, in die Zukunft weisende Energiepolitik konzipieren zu können. Das ist wie generell mit der Wirtschaftskompetenz: Kompetente Energiepolitik bedient die kurzfristigen Profitinteressen der Energiekonzerne.

Die atomare Energie ist anders als von den Brüderles aller Nationen erhofft und versprochen keine Alternative zu den fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas. Dies ist die wichtigste Lehre aus der Nuklearkatastrophe von Fukushima. Sie hat die fast vergessenen oder verdrängten Lektionen von Tschernobyl und Harrisburg bestätigt.
Die weltweit agierende Atomlobby verweigert sich ihnen, und die Politik folgt ihr darin, möglicherweise aus einem Grund, den Hermann Scheer in seinem ganz kurz vor seinem Tode im Oktober 2010 veröffentlichten Buch über den „energethischen Imperativ" erwähnt: *„Die Atomtechnik ist in allen Atomwaffenstaaten eine ‚Double-Use-Technik'. Atomare Rüstung ohne eigenes atomtechnologisches Potenzial ist nicht denkbar… Die Atomenergienutzung zu beenden bedeutet, die Abrüstung der Atomwaffen realisieren zu müssen."*
Kernkraftwerke schrecken ab, nicht nur weil sie Zeitbomben sind, sondern weil sie das technische Know-how und das Potenzial zum Bau der nuklearen Bombe dokumentieren. Weshalb sonst wird der Iran am Bau eines Atomreaktors gehindert?

Das Energiemodell der vergangenen Jahrzehnte, in dessen Zentrum sich Kohle, Öl, Erdgas und Atom befinden, muss schleunigst aufgegeben werden. Doch prompte Auswege sind schwer zu finden. Natürlich, erneuerbare Energien könnten die Alternative sein. Doch wird das nur dann gehen, wenn nicht nur der Treibstoff ersetzt wird, sondern wenn auch die Energiewandlungssysteme, mit ihnen die Lebens- und Produktionsweise, wenn also auch gesellschaftliche und Naturverhältnisse umgestaltet werden. Solare Energie und solidarische Wirtschaft, das könnten tragende Säulen eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts sein.

Der Text ist in leicht veränderter und redigierter Form im Mai 2011 in den "Blätter für deutsche und internationale Politik" erschienen

LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

John Bellamy Foster
Schrumpf oder stirb?

Jüngst haben führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler *neun Grenzwerte* für einen sicheren Betriebsbereichs unseres Planeten aufgestellt. Drei von ihnen – für Klimawandel, Artenvielfalt und den Stickstoffkreislauf – sind bereits überschritten, während wir uns anderen, etwa für Frischwasserverbrauch und die Übersauerung der Weltmeere, stetig nähern. Ökologisch gesehen hat die Wirtschaft eine unheimliche Größe und Aufdringlichkeit entwickelt. Sie sprengt die planetarischen Grenzwerte und stört die biogeochemischen Kreisläufe des Planeten. In Folge dessen ist das Wirtschaftswachstumsparadigma der Moderne wieder einmal in die Kritik geraten. In Europa ist 2008 eine große intellektuelle Bewegung entstanden, die radikal-grünes Denken wiederbelebt. Bekannt wurde sie als *Degrowth Economics* (Schrumpfungs-Wirtschaft); sie ist besonders mit den Arbeiten von Serge Latouche verbunden.
Ironischerweise überschneidet sich der kometenhafte Aufstieg von Schrumpfung (engl. *degrowth*, frz. *décroissance*) in den letzten drei Jahren mit Wirtschaftskrisen und Stagnation, wie wir sie seit den 1930er Jahren nicht mehr erlebt haben. Die Idee der Schrumpfung zwingt uns zu der Frage, ob eine solche in einer kapitalistischen Wachs-oder-stirb-Gesellschaft realisierbar ist – und wenn nicht, was das für den Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung bedeutet.
Laut der Website des europäischen Degrowth-Projekts (www.degrowth.eu) bedeutet Schrumpfung die freiwillige Verkleinerung der Nationalökonomie einschließlich einer Verringerung des Bruttoinlandsproduktes. >Freiwillig< weist hier auf die Bevorzugung von voluntaristischen Lösungen hin – allerdings nicht so individualistisch und ungeplant wie bei der Bewegung der Freiwilligen Einfachheit (*Voluntary Simplicity*) in den USA, wo (gewöhnlich besserverdienende) Einzelpersonen sich individuell entscheiden, aus dem bestehenden, konsumorientierten Marktmodell auszusteigen. Für Latouche steht Schrumpfung für einen großen sozialen Wandel: eine radikale Umkehr von Wachstum als Hauptziel der modernen Wirtschaftsweise zu seinem Gegenteil.

Falsche Versprechen

Eine Prämisse der Schrumpfungs-Bewegung ist, dass sich angesichts der planetarischen ökologischen Katastrophe das Versprechen grüner Technologie als falsch erwiesen hat. Das kann dem Jevons-Paradox zugeschrieben werden. Es besagt, dass höhere Effizienz im Energie- und Ressourcenverbrauch nicht zu Umweltschutz, sondern zu größerem Wirtschaftswachstum und damit zu mehr Umweltverschmutzung führt. Die zwangsläufige Schlussfolgerung verschiedenster wirtschafts- und umweltpolitischer Vordenker ist, dass es einer drastischen Veränderung der seit der industriellen Revolution bestehenden Entwicklungstendenz bedarf (etwa Paul Sweezy bereits in den 1980ern, vgl. *Monthly Review* 6/1989). Dies deckt sich mit den Forderungen des ökologischen Ökonomen Herman Daly, der bereits seit geraumer Zeit die Notwendigkeit eines statischen Wirtschaftsmodells betont – in Rückgriff auf John Stuart Mills Begriff des *Stationären (oder Statischen) Staates*. Wenn sich das Wachstum auf einen Stand einpendelt (wovon Klassische Ökonomen ausgehen), könne die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft hin zu den qualitativen Aspekten des Lebens verschoben werden, statt sich nur auf quantitative Expansion zu konzentrieren.
Die Ansicht, dass das Wachstum der überentwickelten Ökonomien zu stoppen oder diese sogar zu schrumpfen sind, geht auf Nicholas Georgescu-Roegen und sein Buch *The Entropy Law and the Economic Process* (1971) zurück.
Schrumpfung als solche wird jedoch selbst von ihren Befürwortern nicht als dauerhafte Lösung angesehen. Sie ist lediglich ein Weg, die Größe einer Volkswirtschaft auf ein Leistungsniveau zu reduzieren, das in einer statischen Wirtschaft dauerhaft gehalten werden kann. Für die großen Volkswirtschaften würde dies bedeuten, dass sie um bis zu ein Drittel des heutigen Niveaus geschrumpft werden müssten.

Widersprüche

Freilich wäre dies im heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht einfach so durchzusetzen. Die für das europäische Degrowth-Projekt einflussreichen Arbeiten Latouches bleiben in diesem Punkt widersprüchlich - nicht aufgrund der Idee der Schrumpfung an sich, sondern wegen des Versuches, das Problem des Kapitalismus zu umgehen. Unter dem Titel *The Globe Downshifted* schreibt Latouche (2006) zum Beispiel: „*Eine auf wirtschaftlicher Schrumpfung basierende Gesellschaft kann es im Kapitalismus nicht geben. Jedoch ist Kapitalismus ein irreführend einfaches Wort für eine lange und komplexe Geschichte. Die Kapitalisten loszuwerden, Lohnarbeit und Geld abzuschaffen und den Privatbesitz von Produktionsmitteln zu verbieten, würde die Gesellschaft ins Chaos stürzen. Es würde großangelegten Terrorismus mit sich bringen [...] Wir müssen einen anderen Weg aus Entwicklung, Ökonomismus (der Glaube an die Vorrangstellung wirtschaftlicher Faktoren) und Wachstum finden: einen, der nicht die Aufgabe der sozialen Institutionen bedeutet, die die Wirtschaft sich einverleibt hat (Geld, Märkte, sogar Lohn), sondern der diese gemäß anderer Prinzipien neu einbettet.*“
Latouche versucht auf diese Weise, einen Graben zwischen dem Schrumpfungs-Projekt und der sozialistischen Kritik am Kapitalismus zu ziehen. Nach ihm sei
1. ein umweltverträglicher Kapitalismus zumindest theoretisch denkbar;
2. könnten keynesianische und mit der Sozialdemokratie verbundene „fordistische“ Regulierungsansätze den Kapitalismus bändigen und auf den tugendhaften Pfad des Öko-Kapitalismus führen, und
3. sei Schrumpfung nicht darauf ausgerichtet, die Dialektik kapitalistischer Lohnarbeit aufzubrechen oder sich in den Privatbesitz an Produktionsmitteln einzumischen.
In anderen Schriften führt Latouche aus, dass Schrumpfung kompatibel mit fortschreitender Inwert-Setzung (etwa Steigerung des kapitalistischen Mehrwerts) und materielle Gleichheit unerreichbar sei. Latouche plädiert explizit für etwas, was er als „reformistische Lösung“ des Umwelt-Problems bezeichnet, bei der die Internalisierung der externen umweltpolitischen Kosten der kapitalistischen Wirtschaft letztendlich in eine Revolution münden werde. Ironischerweise ist diese Haltung identisch mit derjenigen der neoklassischen Umweltökonomie. Demgegenüber geht die ökologische Ökonomie gerade davon aus, dass eine Internalisierung der ökologischen Kosten in die aktuelle kapitalistische Wirtschaftsweise nicht möglich ist.

Die Klassenfrage

Wie der griechische Philosoph Takis Fotopoulos kritisch feststellt, wird von den Vertretern der Schrumpfungs-Idee die ökologische Krise selbst „*als allgemeines Problem beschrieben, mit dem die Menschheit aufgrund des Verfalls der Umwelt konfrontiert ist, ohne zu erwähnen, dass diese Krise für die verschiedenen Klassen sehr unterschiedliche Auswirkungen hat. Zum Beispiel werden die ökonomischen und sozialen Folgen der ökologischen Krise primär mit der Vernichtung von Leben und der Lebensgrundlage der unteren sozialen Schichten – ob in Bangladesh oder in New Orleans – bezahlt und weitaus weniger von den Eliten und der Mittelschicht.*“ Die Schrumpfungs-Theorie – zumindest bei Latouche und anderen – greift allein das Wirtschaftswachstum an und nicht die Kapitalakkumulation. Es fällt ihren Vertretern schwer, der heute realexistierenden Wirtschaftskrise und -stagnation, die zu Arbeitslosigkeit und einem ökonomischen Verfallsprozess geführt hat, wie es sie seit den 1930er Jahren

nicht mehr gegeben hat, ins Auge zu sehen. Die im März 2010 in Barcelona verabschiedete *Degrowth Declaration* konstatierte dazu lediglich: *„Sogenannte Anti-Krisen-Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums werden die Ungleichheiten und Umweltbedingungen langfristig verschlechtern.“*
Konfrontiert mit realer Schrumpfung aus 2008/9 und der Notwendigkeit eines Übergangs zu nachhaltiger Schrumpfung, schlug der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Joan Martinez-Alier, der unlängst der Schrumpfungs-Bewegung beigetreten ist, palliativ einen kurzfristigen Keynesianismus oder auch „Green New Deal“ vor. Durch staatliche Investitionen in grüne Technologien und Infrastruktur sollen das Wirtschaftswachstum angekurbelt und die steigende Arbeitslosigkeit eingedämmt werden. Dieser Vorschlag wird als kompatibel mit der Idee der Schrumpfung verstanden, solange ein solcher grüner Keynesianismus zur Maßgabe für fortgesetztes Wirtschaftwachstum werde. Anstatt ein Konzept zu entwickeln, wie Arbeitsplätze geschaffen werden, die einer nachhaltigeren Gesellschaft zuträglich sind, ziehen es die Schrumpfungs-Theoretiker vor, radikal kürzere Arbeitszeiten zu fordern und das Recht auf Entlohnung von Erwerbstätigkeit zu trennen (indem sie ein garantiertes Grundeinkommen fordern). Dies soll ermöglichen, dass das Wirtschaftssystem schrumpft und parallel alle Familien ein garantiertes Einkommen haben – während gleichzeitig die grundlegende Struktur der Kapitalakkumulation und des kapitalistischen Marktes unangetastet bleibt.
Es ist schwer, sich die Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen und ein Bürgergeld anders vorzustellen denn als Elemente im Übergang zu einer postkapitalistischen (also sozialistischen) Gesellschaft. Wie Marx bereits feststellte, lautet die Regel des Kapitals: „Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ Um mit dem kapitalistischen Gesetz vom Mehrwert zu brechen oder die Ausbeutung durch Arbeit grundlegend zu hinterfragen (die beide durch eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeiten und ein garantiertes Grundeinkommen bedroht wären), muss die größere Frage nach einem Systemwechsel gestellt werden. Doch dies soll anscheinend vermieden werden. Ein sinnvoller Ansatz zur Schaffung einer neuen Gesellschaft müsste im Übrigen nicht nur Einkommen und Freizeit sichern, sondern auch das menschliche Bedürfnis nach einer nützlichen, kreativen, nicht-entfremdeten Arbeit befriedigen.

Schrumpfung und der Süden
Noch problematischer ist die Haltung der Schrumpfungs-Theoretiker gegenüber dem globalen Süden. „Schrumpfung,“ schreibt Latouche (2004), *„muss für den Süden genauso gelten wie für den Norden, wenn der Versuch eine Chance haben soll, die Gesellschaften des Südens davon abzuhalten, blindlings in die Sackgasse der Wachstumswirtschaft zu rennen. Solange dies noch möglich ist, sollten sie nicht auf Entwicklung zielen, sondern auf Befreiung – und die Hindernisse wegräumen, die sie davon abhalten, sich anders zu entwickeln [...] Die Länder des Südens müssen sich aus ihrer ökonomischen und kulturellen Abhängigkeit vom Norden lösen und ihre eigene Geschichte wiederentdecken.“* Durch das offensichtliche Fehlen einer adäquaten Imperialismustheorie und in Ermangelung eines Hinweises auf die riesige Kluft an Ungleichheit, die die reichsten von den ärmsten Staaten trennt, reduziert Latouche das immense Problem der Unterentwicklung zu einem Problem der kulturellen Autonomie und der Unterwerfung unter den westlichen Wachstumsfetisch.
Im Gegensatz dazu schreibt Herman Daly 1977: *„Es ist totale Zeitverschwendung und moralisch falsch, unterentwickelten Ländern die Heilslehre der statischen Wirtschaft vorzubeten, bevor die überentwickelten Staaten überhaupt Maßnahmen ergriffen haben, ihr Bevölkerungswachstum oder ihren Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch einzudämmen. [...] Eine wichtige Kraft, die erforderlich ist um überentwickelte Länder in Richtung einer statischen Wirtschaft zu treiben, ist die Empörung der „Dritten Welt“ über ihren Überverbrauch [...] Der Ansatzpunkt der Entwicklungsökonomie sollte das „Unmöglichkeitstheorem“ sein [...], dass eine verbrauchsstarke Massenkonsumwirtschaft in Stil der USA für eine Welt mit 4 Milliarden Menschen unmöglich ist, und, selbst wenn sie durch ein Wunder erreicht würde, sie nur von kurzer Dauer wäre*. (1977, Kap.7)
Die Annahme, die Schrumpfungs-Idee könne gleichermaßen auf die reichen Staaten des Zentrums und die armen Länder der Peripherie angewendet werden, ist grundverkehrt. Die meisten Länder des Südens können sich mit ihrem geringen Pro-Kopf-Einkommen eine Schrumpfung der Wirtschaft nicht leisten. Sie brauchen eine nachhaltige Entwicklung, die die Grundbedürfnisse, wie Zugang zu Wasser, Nahrung, medizinische Versorgung, Bildung etc., hilft zu befriedigen. Dafür ist eine radikale Veränderung der sozialen Strukturen nötig – weg von den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus/Imperialismus.

Co-Revolution
Es ist heutzutage unbestreitbar, dass das Wirtschaftswachstum hauptverantwortlich für den ökologischen Verfall ist. Seine gesamte Theorie jedoch im Umsturz einer abstrakten Wachstumsgesellschaft zu verankern, bedeutet, jede historische Perspektive zu verlieren und Hunderte Jahre Sozialwissenschaft zu verwerfen. So wichtig die Schrumpfungs-Idee ökologisch gesehen auch ist - wirklich bedeutungsvoll kann sie nur als Teil einer Kritik der Kapitalakkumulation und eines Übergangs zu einer nachhaltigen, egalitären, gemeinschaftlichen Gesellschaftsordnung, in der die vereinigten Produzenten die Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft im Interesse nachfolgender Generationen und der Erde selbst regeln (Sozialismus/Kommunismus, wie Marx ihn definiert hat).
Was gebraucht wird, ist eine „co-revolutionäre Bewegung“ (David Harvey), die die Kritik an umweltfeindlichem Wachstum (nebst zugehöriger Bewegungen) mit traditioneller Kapitalismuskritik und Kritik an Imperialismus, Patriarchat und Rassismus zusammenbringt. In der allgemeinen Krise unserer Zeit ist eine solche übergreifende, co-revolutionäre Bewegung durchaus vorstellbar. Ihr Ziel wäre es, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die Wertsteigerung des Kapitals nicht länger die Gesellschaft beherrscht. „Sozialismus ist nützlich“, schrieb Ernst Friedrich Schumacher in *Small is Beautiful*, genau weil er die Möglichkeit schafft, „die Religion der Ökonomie“ – die „moderne Tendenz zu totaler Quantifizierung auf Kosten einer Würdigung qualitativer Unterschiede“ – zu bezwingen (1973, Kap. 17).

In einer nachhaltigen Gesellschaftsordnung müssten die Menschen aus den wohlhabenderen Ökonomien (besonders aus hohen Einkommensschichten) lernen, mit weniger Konsumgütern auszukommen. Gleichzeitig könnten die Befriedigung wirklicher menschlicher Bedürfnisse und die ökologische Nachhaltigkeit grundlegende Prinzipien eines Zusammenlebens werden, das menschliche Gegenseitigkeit und qualitative Verbesserungen, sogar Fülle, mit sich bringt. Eine solche Strategie ist vereinbar mit dem Anspruch, Menschen sinnvolle Arbeit zu bieten, die nicht von blinder Fixierung auf Produktivität dominiert wird. In diesem Sinne muss der ökologische Kampf nicht nur abstrakt auf Schrumpfung, sondern konkreter auf De-Akkumulation ausgerichtet sein – also weg von einem System, das nur auf die endlose Anhäufung von Kapital ausgerichtet ist. An seine Stelle sollte eine neue co-revolutionäre Gesellschaft treten, die sich der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt annimmt.

Leicht gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung von „Degow or Die?“, in: Red Pepper (online), Nov. 2010.
Aus dem Englischen von Claudia Taudte

Literatur
Daly, Herman, 1977: *Steady-State Economics: The Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth*, San Francisco
Serge Latouche: Minuswachstum: Die falsche Kritik der Alternativökonomen TAZ Le Monde diplomatique Nov 2004
Ders., 2006: The Globe Downshifted, in: *Le Monde diplomatique*, Jan. 2006 [engl. Ausg.],
Schumacher, E. F., 1973*: Small Is Beautiful: Economics As If People Mattered*, London

SiG90 – Beilage zum Kongress "Jenseits des Wachstums?!" in Berlin, 20. -22. Mai 2011

zusammengestellt von Larry Swingle im Namen der Attac-Vorbereitungsgruppe des Kongresses

Seit Jahrzehnten wird das Thema "Grenzen des kapitalistischen Wachstums" debattiert - mit geringen praktischen Folgen. Spätestens seit Fukushima weiß allerdings jeder: so geht es nicht weiter, radikales Umsteuern ist dringend notwendig. Im Vorfeld des Kongresses gab es heftige Debatten, eine einheitliche Positionierung von attac Deutschland gibt es dazu nicht – dafür aber einen starken Bedarf an Klärung.

Beiträge von Referenten des Kongresses findet man unter http://www.jenseits-des-wachstums.de/index.php?id=9372

Über die Beiträge dieser Beilage gibt Alexis Passadakis einen Überblick. (SiG-Redaktion)

Alexis J. Passadakis: Solidarische Postwachstumsökonomie als Perspektive

Eine grundsätzliche ökonomische Orientierung auf hohe Wachstumsraten und die damit einher gehenden Vernutzung der natürlichen Ressourcen kann nicht weiter gehen. „*Die Biosphäre ist bereits derart geplündert und fragil, dass Naturausbeutung zur privaten Anhäufung von Reichtum gestoppt werden muss. Dies aber setzt ein Ende des Wachstums im Norden voraus*", erklärte Nicola Bullard von der NGO „Focus on the Global South" dazu auf dem Weltsozialforum in Dakar im vergangenen Februar.
Weder stofflich noch auf der Wertebene, gemessen als Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist ein weiteres Wachstum der klassischen Industrieländer ein gangbarer Weg, wenn die Durchsetzung sozialer & ökologischer Rechte weltweit als eine Perspektive sozialer Bewegungen verfolgt werden soll.

In „**12 Thesen wider den globalen Kollaps**" (Kurzfassung) begründet eine Attac-Gruppe die Notwendigkeit einer Ökonomie jenseits des Wachstums a.) mit der Zerstörung der Umwelt und b.) damit, dass in internationaler Perspektive die Wachstumsökonomie zu sozialer Spaltung und weiterer Konzentration von Reichtum führt.
Ohne feministische Perspektiven ist eine emanzipatorische Postwachstumsökonomie nicht machbar betonen **Adèle Bouvattier** und **Andrea Vetter**. Gewarnt wird vor neofeudalistischer/neoliberaler Wachstumskritik, wie sie vom CDU-nahen Thinktank „Denkwerk Zukunft" von Meinhard Miegel propagiert wird und eine Verschärfung der ungleichen Verteilung von bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern vorsieht, wenn durch Sozialkahlschlag aus angeblich ökologischen Gründen soziale Sicherung und Sorgearbeit vollständig durch die Familien getragen werden soll.

Eine emanzipatorische Antwort auf die Frage nach sozialer Sicherung in einer Postwachstumsökonomie formuliert **Werner Rätz**. Nur mit einer Einkommensperspektive wie einem bedingungslosen Grundeinkommen lassen sich breite Bevölkerungsschichten für einen sozial-ökologischen Umbau gewinnen. Ohne Umverteilung und neue Formen sozialer Sicherung würde sonst auch der ökologisch schädlichste Arbeitsplatz verteidigten werden, wenn die Alternative die Gefahr sozialer Deklassierung bedeuten würde.

Mit den „**12 Fluchtlinen einer Solidarischen Postwachstumsökonomie**" skizzieren Alexis Passadakis und Matthias Schmelzer die Konturen eines den globalisierungskritischen Diskurs fortschreibenden politischen Projektes einer „Solidarischen Postwachstumsökonomie": ein solches zielt nicht auf die Rettung „der Welt", sondern auf konkrete soziale Rechte. Die Perspektive ist ein neuer Anlauf zu sozialökologischer Gleichheit, zu einem Egalitarismus, der die ökologischen Grenzen berücksichtigt. Angesichts dessen sind Umverteilung und Demokratisierung wichtige Prinzipien. Zwar hat ein Umbau auch technologische Aspekte, vor allem aber ist er eine Machtfrage.

Diese SIG-Sonderbeilage versammelt einige Beiträge, die im Vorfeld des Kongresses „Jenseits des Wachstums?!" bei den Diskussionen in Attac und entstanden sind.

Mehr Info: www.postwachstum.net

Conny Baudisch, Hartwig Daniels, Roman Haug, Bruno Kern, Theo Tekaat
12 Mainzer Thesen wider den globalen Kollaps

Entstehungsgeschichte
Dieses Thesenpapier ist aus einem intensiven Diskussionsprozess innerhalb von ATTAC sowie mit BündnispartnerInnen und SympathisantInnen entstanden: Beim ATTAC-Kapitalismuskongress in Berlin im März 2009 und bei der ATTAC-Sommerakademie in Karlsruhe im August 2009 haben wir zu diesem Thema Workshops mit ca. 70 bzw. 30 TeilnehmerInnen durchgeführt, auf denen engagiert debattiert wurde. Eine erste Zusammenfassung dieser Diskussion haben wir darauf den TeilnehmerInnen der Workshops und zahlreichen Organisationen sowie kompetenten Einzelpersonen innerhalb und außerhalb von ATTAC zugesandt. Die Reaktionen darauf halfen uns, unsere Thesen zu präzisieren und manches differenzierter darzustellen. Die zentralen Thesen, Fragen und Kontroversen des vorliegenden Thesenpapiers sind das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses. Es versteht sich nicht als Manifest oder Programm, sondern als ein Diskussionsimpuls, der dazu beitragen will, einen wachstumskritischen Diskurs bei allen sozialen Bewegungen stärker zu etablieren und konkrete Alternativen zum allgegenwärtigen Wachstumsdogma zu entwickeln. Die Thesen einschließlich der dazu gehörenden Erläuterungen und Kommentare findet man im Internet auf der Web-Site : http://www.attac.de/aktuell/jenseits-des-wachstums/texte/

A) **Ausgangspunkt**

Unser Wirtschafts- und Sozialsystem muss aus mehreren Gründen grundlegend umgebaut werden. Nach unserer Meinung sind insbesondere zwei Hauptgründe für die Notwendigkeit dieses Umbaus anzuführen:
a) Der Einsatz von Kohle, Öl und Erdgas bei der Verbrennung und bei chemischen Prozessen führt zum Anstieg des CO_2-Gehaltes der Atmosphäre mit der bekannten Folgen-Kette: Erwärmung der Erde, Abschmelzen der Gletscher, Anstieg des Meeresspiegels und wahrscheinlich katastrophale Veränderung der Lebensbedingungen für Flora und Fauna. Das bedeutet für große Teile der Weltbevölkerung eine Bedrohung der Lebensgrundlagen durch u.a. Überflutung, Dürre- und Hungerkatastrophen, Trinkwasserknappheit, epidemische Ausbreitung von Infektionskrankheiten.
Die CO_2-Emission muss also radikal reduziert werden.
b) Während weltweit immer mehr Menschen ökonomisch und sozial völlig ausgegrenzt werden, läuft in den Industrieländern zurzeit gesellschaftspolitisch ein Prozess der Re-Feudalisierung: Einkommen und Vermögen konzentrieren sich mehr und mehr in den Händen einer kleinen Oberschicht. Dieser Prozess muss gestoppt werden.
Um den Umbau unseres Wirtschaftssystems zielführend planen zu können, wurden folgende 12 Thesen formuliert:

B) Thesen zur Senkung der CO_2-Emission:

These 1: Die CO_2-Emission ist rigoros zu begrenzen. Das Ziel heißt: eine weltweite Reduktion innerhalb der nächsten vierzig Jahre um mindestens die Hälfte. Für die Industrieländer bedeutet das aufgrund ihrer bisherigen überproportionalen Emissionen eine Reduktion um etwa 90%.

These 2: In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass der Ausbau der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen die CO_2-Emission ganz wesentlich reduzieren wird. Zwar ist der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen notwendig, er wird jedoch in der geplanten Form nicht annähernd ausreichen, das geforderte Reduktionsziel zu erreichen.

These 3: Technische Lösungen zur Reduzierung der CO_2-Emission wie CO_2 - Abscheidung und –Speicherung (Carbon Capture and Storage) oder das Elektro-Auto können zwar die CO_2-Emission verringern. Diese Effekte werden aber nicht wesentlich zur CO_2-Senkung beitragen. Auch durch eine sogenannte „Effizienzrevolution“ ist die geforderte CO_2-Reduktion nicht erreichbar.

These 4: Das von den GRÜNEN, aber auch einigen sozialen Bewegungen propagierte „qualitative Wachstum“, also ein Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes ohne Energie- und Rohstoff-Verbrauch (New Green Deal), ist ebenso eine Schimäre wie die „saubere Dienstleistungsgesellschaft“.

C) Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

These 5: Das Gesundschrumpfen der Wirtschaft und die deutliche Verringerung des Konsums sind mindestens in den reichen Ländern unvermeidlich.
Eine Ökonomie, die zu deutlichem „Gesundschrumpfen“ gezwungen sein wird, um letztendlich einen nachhaltigen Gleichgewichtszustand zu erreichen, stellt Wirtschaftssystem und Politik vor nie gekannte Herausforderungen. Dieser Wandel der Ökonomie wird politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn Reichtum umverteilt und soziale Gerechtigkeit hergestellt wird.

These 6: Wir müssen als soziale Bewegung die „Quadratur des Kreises“ bewältigen: Wir brauchen eine Strategie der Nachhaltigkeit mit einem ***Weniger*** an Produktion und Konsum, aber mit einem ***Mehr*** an Lebenszufriedenheit und Lebensqualität als heute. Bisherige Ansatzpunkte greifen zu kurz, wenn sie **nur** auf eine gerechtere Verteilung des bestehenden Reichtums zielen, denn dieser Reichtum selbst ist schon nicht nachhaltig erzielbar.

These 7: Wachstum des Brutto-Inlandproduktes (BIP) bedeutet größeren Ressourcenverbrauch. (s. These 3). Nicht nur deshalb ist das BIP als Zielgröße des Wirtschaftens ungeeignet. Wir brauchen andere Indikatoren, um die Wirtschaft zu steuern. Die neuen Zielgrößen müssen dazu führen, dass weniger Energie und Rohstoffe verbraucht und die Bürger zufriedener mit ihren Lebensbedingungen werden („Glückliches Schrumpfen“).

These 8: Der **Kapitalzins** erzwingt Wachstum oder Umverteilung von unten nach oben: In einer **schrumpfenden** Wirtschaft sinken die Einkommen der in der Realwirtschaft Beschäftigten. während die Vermögen der Kapitalbesitzer weiterhin steigen. Deshalb sind Kapitalgewinne rigoros zu begrenzen und die Finanzmärkte streng zu regulieren.

These 9: Vieles spricht dafür, dass der Zwang zum Wachstum unvermeidlich aus der kapitalistischen Organisationsweise unserer Wirtschaft folgt. Dann muss Logik der Kapitalverwertung um ihrer selbst willen durchbrochen werden. Das kann nur schrittweise erfolgen.

These 10: Das Thema „Bevölkerungspolitik“ muss neu auf die Agenda kommen und zwar in einer Weise, die mit den Menschenrechten vereinbar ist. Insbesondere muss die Zahl der Menschen mit einem großen ökologischen Fußabdruck abnehmen. Der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ist keine „demographische Katastrophe“ sondern eine positive und fördernswerte Entwicklung.

D) Alternativen

These 11: Elemente einer möglichen neuen Wirtschaftsordnung existieren bereits, z.B. als Unternehmen und Projekte der „Solidarischen Ökonomie“. Ihre Prinzipien könnten eine fortschreitende demokratische Transformation zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform begründen, die letztlich ohne ein Wachstum im Sinne des BIPs auskäme.

E) Ausblick

These 12: Wenn die oben geforderten Maßnahmen nicht konsequent ergriffen werden – und alle Anzeichen deuten darauf hin – dann werden nicht nur die westlich geprägten Industrie-Gesellschaften kollabieren.

Adèle Bouvattier und Andrea Vetter

Prozesse anstoßen

Feministische Perspektiven auf die Debatte um Postwachstum

Wie müsste eine Postwachstumsgesellschaft aussehen, die gleiche Chancen für alle Geschlechter weltweit bietet? Wachstumskritik ist nicht notwendigerweise emanzipatorisch: sie ist durchaus vereinbar mit konservativer Kritik an individuellem Konsum, der Forderung nach einem Zurück zu traditionellen Rollenbildern oder einer feudalen Ökokratie. Unter einem feministischen Gesichtspunkt sind daher drei Denkbewegungen zentral: Erstens das Wissen feministischer Autor_innen in die neu entfachte Debatte um Postwachstum einzubeziehen, zweitens die konkreten Alternativvorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft unter einer Gender-Perspektive zu bewerten, und drittens Wachstumskritik immer auch als Herrschaftskritik in einem breiten Sinne zu denken.

Sorgarbeit taucht im BIP nicht auf

Viele Feminist_innen halten es seit Jahrzehnten für zentral, Wirtschaft als eingebettet in die Dimensionen Geschlecht und Ökologie zu denken. Eine der ersten Kritiken am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – dem zentralen Messinstrument von Wirtschaftswachstum – als Wohlstandsindikator kam von feministischen Ökonom_innen. Sie bemängelten, dass jegliche unbezahlte Arbeit – und damit insbesondere Erziehungs- und Hausarbeit von Frauen – im BIP unsichtbar gemacht wird. Die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin hat kürzlich gezeigt, dass der Umfang der informellen Arbeit in zahlreichen Volkswirtschaften den Umfang der im BIP ausgewiesenen Lohnarbeit sogar übersteigt. Das heißt, große Teile der weltweit immer noch vor allem von Frauen geleisteten Arbeit sind im BIP gänzlich unberücksichtigt, ein Wachstum des BIP (und damit eine Zunahme des Volkseinkommens) wirkt sich auf diese Menschen gar nicht direkt – d.h. in Form von Löhnen – aus. Aber auch die zunehmende Tendenz im Neoliberalismus, Sorgearbeit zu ökonomisieren, wie dies beispielsweise in der Pflege geschieht, löst diese Problematik nicht gänzlich auf, auch darauf weist Madörin hin.(1) Denn die Sorgearbeit unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Produktivität grundsätzlich von der bei der Produktion von Gütern. Ein einer Industriegesellschaft vergleichbares Wirtschaftswachstum durch immer größere Effizienzsteigerungen ist von diesem Standpunkt aus in einer Dienstleistungsgesellschaft ausgeschlossen.

Abschied vom homo oeconomicus

Eng verbunden mit dieser Kritik am BIP und dem Fokus auf Care Economy ist eine Kritik an den Grundlagen des aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens und dessen Subjekt, dem „homo oeconomicus“. So macht beispielsweise die Politikwissenschaftlerin Friederike Haberman deutlich, dass die Orientierung am „homo oeconomicus“ als unabhängigem rational denkenden Menschen stets implizit den „weißen“ heterosexuellen gesunden nicht-migrantischen Mann im besten Alter zum Vorbild hat.(2) Die Ökonomin Adelheid Biesecker betont, dass ein derart ausgerichtetes wirtschaftswissenschaftliches Denken notwendigerweise die sozialen und ökologischen Voraussetzungen der Produktion nicht berücksichtig.(3) So gerät nicht nur die zentrale Wichtigkeit der kostenlosen Bereitstellung von Sorgearbeit durch meistens Frauen aus dem Blick, sondern eng damit verbunden ist auch das Ignorieren der Natur. Sie wird höchstens als „Rohstoff“ oder „Senke“ betrachtet, aber menschliches Wirtschaften wird nicht als grundlegend eingebettet in auch ökologische Kreisläufe gesehen. Daher schlägt das Netzwerk *Vorsorgendes Wirtschaften* vor, das Prinzip der Produktion durch das der *(Re-)*Produktion zu ersetzen. Damit rückten die Voraussetzungen und Folgen der Produktion von Gütern – die sozusagen nur die Spitze des Eisbergs des Wirtschaftens darstellt – in die Mitte ökonomischen Denkens.

Die Debatte gendern

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die aktuell im Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zu 100 Prozent aus männlichen „Experten“ besteht. In alternativen Bewegungen sieht es nicht besser aus: auch in der in Frankreich prominenteren Décroissance-Debatte melden sich hauptsächlich Männer zu Wort. Eine gender-sensible Betrachtungsweise der Frage, wie eine Ökonomie jenseits des Wachstumszwanges aussehen könnte, wird dabei nicht geliefert. Im Gegenteil propagieren sogar manche Denker der Bewegung ein anti-feministisches Bild von einer Rückkehr zu einer Familie mit klaren Geschlechterrollen. Diese Gefahr zeigt sich auch in der beginnenden deutschen Debatte um eine Postwachstumsgesellschaft, insbesondere bei den konservativen Wachstumskritiker_innen um Meinhard Miegel und das *Denkwerk Zukunft*, die sich nicht scheuen, öffentlich die Frauenbewegung als Quelle allen gesellschaftlichen Übels auszumachen.(4)

Anders arbeiten

Konkrete Vorschläge zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft jenseits des Wachstums beziehen sich vor allem auf den Bereich der Arbeit. Eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit – beispielsweise auf 20 Stunden pro Woche für alle – wie sie Frigga Haug fordert, wird von vielen als unverzichtbare Bedingung für ein Wirtschaften jenseits des Wachstums gesehen. (5) Entscheidend ist für feministische Wissenschaftler_innen aber nicht nur die Dauer der Erwerbsarbeit. Die Soziologin Gisela Notz weist beispielsweise darauf hin, dass die Qualität der insgesamt geleisteten Arbeit - ob bezahlt oder nicht – stärker in den Fokus rücken muss. Arbeit ist in diesem Sinne kein Selbstzweck, sondern muss sich am gesellschaftlich Notwendigen orientieren; das bedeutet weniger rohstoff- und abfallintensive Produktion und mehr kulturelle und soziale Tätigkeiten. Außerdem geht mit einer anderen Verteilung der Erwerbsarbeit – die für viele Frauen in Deutschland im Rahmen von Teilzeitarbeitsstellen ohnehin bereits die Normalität darstellt – aus feministischer Sicht notwendig der Kampf um eine geschlechtergerechte Umverteilung auch aller anderen Arbeiten, wie Sorgetätigkeiten und Haushaltsarbeit, einher. Frigga Haug weist im Übrigen darauf hin, dass eine gerechte Verteilung der Tätigkeiten auch Zeit und Raum für jeden Menschen eröffnen würde, sich an demokratischen Debatten und politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Subsistenz und Gemeingüter stärken

Ökofeministische Autorinnen wie Maria Mies oder Veronika Bennholdt-Thomsen mit einem stärkeren Fokus auf den globalen Süden verweisen auf die Notwendigkeit eines Erhalts und Ausbaus der Subsistenzwirtschaft für eine wirtschaftliche Perspektive jenseits des Wachstums. Dies berührt eine zentrale Frage der Décroissance-Bewegung: die nach einer Lebensmittelproduktion jen-

seits von Agrobusiness und weltweitem Handel, mit dem Ziel einer lokalen partiellen Ernährungssouveränität. Obwohl die Frage nach dem Erhalt und Wiederaufbau von Subsistenzwirtschaft häufig in Zusammenhang mit dem globalen Süden thematisiert wird, stellt sich die Herausforderung ebenso für die Länder des Nordens. Viele konkrete Projekte wie *CSA* (*Community Supported Agriculture*) oder *AMAP* in Frankreich (*Associations pour le Maintien d'une Agriculture Paysanne*), Food-Coops oder Stadtgärten gehen in diese Richtung. Die Politikwissenschaftlerin Friederike Habermann nennt das „Ecommony" – eine Wirtschaftsweise, die auf Kooperation beruht und die Commons und die peer-basierte Produktion in den Mittelpunkt des Wirtschaftens rückt. Gemeingüter und Subsistenz sind auch für die lateinamerikanische Bewegung des *Buen Vivir* zentral, die hauptsächlich von indigenen Bewegungen getragen wird. Nicht nur die kapitalistische Ökonomie ist für die Buen Vivir-Bewegung Ursache des Wachstumswahns, sondern die gesamte patriarchale und imperialistische Zivilisation. Dem versuchen sie mit einem Konzept der „Pacha Mama" („Mutter Erde") entgegen zu treten – die Natur wird dabei selbst zum Rechtssubjekt und ihr werden Rechte zuerkannt, die sie vor Ausbeutung schützen.

Veränderung üben

Unabhängig von ihren Differenzen betonen alle diese Vorschläge die Notwendigkeit einer prozesshaften Veränderung des Bestehenden: weil die existierenden Normen und Beschränkungen einer Gesellschaft das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen mitbestimmen, muss ein Wandel der Strukturen notwendig in Wechselwirkung mit persönlichen Veränderung stehen. In der Umwelt- und Alternativbewegung wurden so seit den 1970er Jahren zahlreiche Projekte entwickelt, die durch praktisches „Entwachsen" konkrete Alternativen ausprobierten.(6) Solche Formen gemeinsamen Wohnens und Wirtschaftens können ökologischere, solidarischere und vielfältigere Lebensweisen ermöglichen –jenseits von Kernfamilie, Heteronormativität und festgelegten Geschlechterbildern. Das Erlernen und Verlernen von alltäglichen Routinen und Fähigkeiten wird so zu einem zentralen Bestandteil der Idee von Décroissance. Der Aufbau alternativer Strukturen im Kleinen – seine Nahrungsmittel über eine Food-Coop zu beziehen, Kleidung mit Freund_innen zu tauschen statt neu zu kaufen, die Mitfahrgelegenheit zu nutzen statt zu fliegen und die anfallende Hausarbeit gerecht zu teilen, sind in diesem Sinne nicht der einzige Schlüssel zu einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft – aber sie können ein Anfang sein, um die notwendige geistige Freiheit zu üben, die für den Weg dorthin immer wieder von Nöten sein wird.

Selbstbestimmung stärken

Frauen sind weltweit in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels und von Armut betroffen. Doch auch wenn sie in den sichtbaren politischen Debatten – sowohl in Regierungen, Parlamenten und Parteien als auch in Bewegungen wie Attac (7) – unterrepräsentiert sind, so stellen sie doch überall dort einen beachtlichen Teil der Akteurinnen dar, wo es um ganz konkrete politische Projekte geht; wie Bürgerinitiativen gegen sinnlose Großinfrastrukturprojekte, den Kampf um den Erhalt der eigenen Böden und kleinlandwirtschaftliche Strukturen oder gegen schädliche Großtechnologien wie Gentechnik oder Atomkraft. Die Diskussion um eine Postwachstumsgesellschaft bietet eine Möglichkeit, diese lokalen Projekte durch eine gemeinsame Perspektive zu verbinden.

(1)Mascha Madörin: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care Ökonomie Zu finden unter: http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Madorin.pdf [Zugriff 25.03.2011]
(2)Friederike Habermann: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipati-on. Nomos Verlag, 2008.
(3)Biesecker, Adelheid / Mathes, Maite / Schön, Susanne / Scurrell, Babette (Hg.) (2000) Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Kleine Verlag, Bielefeld.
(4)Vgl. die Podiumsdiskussion bei der 2. Konferenz des Denkwerks vom 15.01.2011 und die Aussage von Herfried Münkler am Ende der Podiumsdiskussion «Wege zu zukunftsfähigen Denk- und Lebensweisen» mit Peter Sloterdijk, Herfried Münkler, Harald Welzer und Michael von Brück, nachzuhören unter: http://www.denkwerkzukunft.de/konferenz/2011/diskussion3/ [Zugriff 25.02.2011]
(5)Frigga Haug: Die Vier-in-einem Perspektive. Argument Verlag, 2009.
(6)Siehe zB die 2. Degrowth-Konferenz in Barcelona 2009 – Dick Urban Vestbro: «Saving by Sharing – Collective Housing for Sustainable Lifestyles»
(7) Der Frauenanteil der Mitglieder bei Attac liegt seit Jahren bei etwa 30 Prozent, Tendenz fallend.

Werner Rätz, AG „genug für alle"
Wachstumskritik und Grundeinkommen

Es gibt vielfältige Verbindungen zwischen der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und derjenigen nach einer ökologischen Schrumpfungswirtschaft. Den drei wichtigsten soll im Folgenden kurz nachgegangen werden. Sie lauten:
a) Nur wer weiß, woher Einkommen und materielle Sicherheit für ihn/sie selbst zukünftig kommen sollen, wird bereit sein, sich auf das Experiment einer Wirtschaftsschrumpfung einzulassen.
b) Öffentliche Infrastruktur ist ökologisch effektiver als Marktlösungen; sie nimmt darüber hinaus positionellen Gütern ihren Reiz, ein Effekt, der durch materielle Gleichheit nochmals verstärkt wird.
c) Umverteilung aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds reduziert die ökologisch schädlichen Wirkungen von Geld.

a)
Heute hängt das Einkommen der Menschen von Arbeitsplätzen ab, die keineswegs für alle zur Verfügung stehen. So wichtig auch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und der öffentlichen Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen wäre, auch damit bliebe deren Zahl systematisch hinter der Zahl derer zurück, die einen solchen benötigten, wenn alle nur durch Erwerbsarbeit Einkommen erzielen könnten. Das hat mit vielen Gründen zu tun, vor allem damit, dass heute die notwendigen Güter mit extrem wenig Arbeitszeit hergestellt werden können. Jede Lösung dieses Problems muss auf eine Trennung von Einkommen und Erwerbsarbeit setzen. Das führt ökologisch gesehen dann auch zu einer Verringerung der Produktion, wenn das Grundeinkommen hoch genug dafür ist, dass Leute etwas anderes tun als erwerbsarbeiten.
Noch wichtiger allerdings ist es, dass die Beschäftigten jeden Arbeitsplatz verteidigen werden, selbst den beschissensten und ökologisch und sonst wie unsinnigsten, wenn sie nicht wissen, wovon sie denn ohne einen solchen sicher leben sollen. Wer will, wer kann von den Menschen verlangen, dass sie

unter solchen Umständen über ökologisch und sozial dringend notwendige Alternativen nachdenken? Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller not-wendig sind, die also die Not wenden würden? Was wir produzieren wollen und wie müsste dringend in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden.
Auch die Beschäftigten von Opel oder VW wissen, dass es intelligentere Möglichkeiten gibt, von A nach B zu kommen, als dass jedeR im eigenen Auto im Stau steht. Aber wie sollte nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird zuerst dafür sorgen müssen, dass die Menschen sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen. Und dazu brauchen alle ein bedingungsloses Grundeinkommen.

b)
Das bedingungslose Grundeinkommen wird von vielen linken BefürworterInnen als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge in einer bedarfsorientierten Ökonomie gedacht. Es geht im oben skizzierten Sinne darum, dass den Menschen die notwendigen Güter und Dienstleistungen verfügbar sind. Das wird in sehr vielen Fällen in unserer heutigen Gesellschaft nur möglich sein, wenn ein Einkommen zur Verfügung steht. Aber einiges wird auch als öffentliche Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos angeboten werden können. Und das betrifft nicht nur öffentlichen Nahverkehr, Bildung, Verkehrswege und Versorgungsleitungen. Man könnte die gesamte Mobilität als Infrastruktur organisieren, das Wohnen von der Planung über den Bau bis zur Verwaltung ebenfalls, die Kommunikation, Energieversorgung und vieles mehr. Was gesellschaftlich finanziert zur Verfügung steht, braucht nicht eingekauft zu werden. Damit reduziert sich die notwendige Einkommenshöhe. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird Ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen.
In einem solchen System öffentlicher Güter verlieren viele Dinge die spezielle Eigenschaft sogenannter positioneller Güter. Vieles wird gekauft oder gemacht, weil andere es kaufen und machen, weil man dazugehören will oder muss. Vieles wird auch gekauft oder gemacht, weilandere es sich nicht leisten können, weil man sich unterscheiden, herausheben will, zeigen, wer man ist. All das ist nicht möglich mit Gütern und Dienstleistungen, die allen kostenlos zur Verfügung stehen.
Es gibt ein weiteres ganz einfaches Gegenmittel. Eine jüngste umfassende Untersuchung britischer EpidemiogInnen belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in der Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt usw. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Die Herstellung von weitgehender materieller Gleichheit würde einen wesentlichen Teil des Konsums unterbinden, der lediglich dem Prestige gilt, und wäre damit eine Kernforderung auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Stoff- und Energieverbrauch reduziert. Das zentrale Instrument für einen solchen Schritt wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen.

c)
Ein bge würde nicht nur Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe sichern und wäre allein schon deshalb eine menschenrechtlich unverzichtbare Maßnahme. Je nach Ausgestaltung und Finanzierungsmodalitäten trüge es auch zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe bei. Zwar würde ein hohes, also tatsächlich finanzielle Umverteilung organisierendes Grundeinkommen seinen Begünstigen einen erhöhten Konsum ermöglichen. Das könnte auch nicht etwa mittels einer Finanzierung durch Ökosteuern kompensiert werden. Um nämlich eine große Umverteilung zu gewährleisten, müssten die Steuern ein hohes Aufkommen erbringen, dann aber haben sie keine ökologische Steuerungswirkung mehr.
Allerdings bedeutet Umverteilung ja, dass die Mittel woanders hergenommen werden. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminderung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand – dann ist absehbar, dass der Schrumpfungs- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen wird. Das wird nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel oder Urlaubsausgaben der bge-Begünstigten zurück zu den Verkäufern fließen und dort in neue Produktion gesteckt werden, haben die FinanzinvestorInenn in der Regel schon mehrere Geschäfte mit ihrem Kapital getätigt.

Diese wachstumsmindernde Wirkung des bge umso größer, je höher es ist. Die Attac-AG genug für alle hat schon vor Jahren den Vorschlag entwickelt, ein bge als Teil einer umfassenden Bürgerversicherung zu organisieren. In ihr würden Gesetzliche Krankenversicherung (incl. Pflege), Gesetzliche Rentenversicherung und das Grundeinkommen zusammengefasst. Die Finanzierung sollte im Umlagesystem erfolgten, indem jeder Euro Einkommen, den Personen in Deutschland erzielen, zur Beitragsberechnung herangezogen wird. Dabei spielt weder die Art des Einkommens (Lohn oder Gehalt, Honorare, Kapitaleinkommen, Mieten, etc.) eine Rolle noch ihre Höhe. Bestehende Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen würden abgeschafft, eine Versicherungspflicht für alle Personen eingeführt. Eine solche Finanzierung würde eine deutliche Umverteilung von den hohen zu den niedrigen Einkommen bedeuten. Dazu käme eine weitere starke Umverteilung von den Gewinnen zu den Einkommen, indem die Hälfte der Kosten beider Systeme wird von den Arbeitgebern aufgebracht („paritätische Finanzierung“) werden sollte. Sie würden entsprechend der in Deutschland erzielten Bruttowertschöpfung auf alle hier tätigen Unternehmen umgelegt, auch wenn ihr Firmensitz sich im Ausland befindet. In einer solchen Bürgerversicherung wäre je nach konkreter Ausstattung etwa die Hälfte des bisherigen BIP gebunden und den Kapitalkreisläufen entzogen.

In dieser Perspektive kommen ökologische, soziale, finanzmarktkritische und auf freie Tätigkeit orientierte Wirkungen zusammen und wir befinden uns in einem Schnittpunkt aller Dimensionen des Attac-Engagements. Zentral dafür ist das bedingungslose Grundeinkommen.

Alexis J. Passadakis & Matthias Schmelzer
Postwachstum - 12 Fluchtlinien einer solidarischen Ökonomie jenseits des Wachstums

1.) Unser Ziel: Soziale Rechte global und konkret

Was ist das Ziel unserer Wachstumskritik, und warum halten wir es grundsätzlich für notwendig jetzt Fluchtlinien einer Postwachstumsökonomie zu skizzieren? Unser Ziel ist, soziale Rechte global durchzusetzen, die ein gutes Leben für alle möglich machen. Unsere Alternative einer solidarischen Postwachstumsökonomie hat nicht wie viele Spielarten der Wachstumskritik nur abstrakt „das Überleben der Menschheit“ oder „die Rettung der Natur“ vor Augen. Denn eine solche Perspektive droht konkrete soziale Rechte von Individuen und Gruppen auszublenden. Sie soll stattdessen den Anspruch sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im hier und jetzt und in der Zukunft einlösen. Schon als die englischen Bauern von dem Landadel von den Allmenden vertrieben wurden, konnte die soziale Frage nicht getrennt von der ökologischen betrachtet werden - auch wenn dies in der Vergangenheit häufig getan wurde. Nach Jahren des immer stärkeren Zugriffs transnationaler Konzerne auf natürliche Ressourcen und angesichts der weltweiten Zuspitzung der Biokrise (d.h. Klimakrise, Peak Oil, Verlust der Artenvielfalt, Degradation von Böden etc.), welche die Überlebensbedingungen von hunderten von Millionen Menschen dramatisch gefährdet, kann (globale) Gerechtigkeit nur sozial-ökologische Gerechtigkeit sein. Eine zentrale Fluchtlinie dahin ist die solidarische Postwachstumsökonomie.

2.) Die Natur ist begrenzt und widerständig

Es gibt kein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten. Neo-Klassische Ökonomen blenden die Existenz der Natur und ihre Widerständigkeit aus. Materie, Raum und Zeit als Dimensionen dessen, was wir als Realität bezeichnen würden, kommen in ihren Textbüchern nicht vor. Natur erscheint lediglich in Form von Ressourcen, die bei Knappheit durch höheren Kapitaleinsatz substituiert werden können. Produktion- und Reproduktion basieren jedoch grundlegend auf der Natur: sie wird genutzt (saubere Luft, Ackerland etc.) und Rohstoffe entnommen und umgewandelt. Die Natur ist begrenzt und lässt sich nur unzureichend durch Kapital kompensieren. Natürlich ließe sich ausrechnen, wie teuer es wäre, punktuell künstliche Bestäubungsmaschinen für eine Obstplantage in Kalifornien einzusetzen, aber wenn es keine Bienen mehr gibt, dann haben wir ein ernstes Problem.
Die globale Biokrise, vor allem die Klimakrise und das Erreichen des Fördermaximums von Erdöl (Peak Oil), setzen dem Wachstum äußere Grenzen. Insbesondere der Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der energetisch höchst dichten fossilen Energieträger und dem kapitalistischen Wachstumsregime macht Peak Oil (Prognosen reichen von 2005 bis 2020) zu einem einschneidenden Phänomen – die Frage ist nur, wie chaotisch und gewaltsam, oder demokratisch geplant und kooperativ. Tödliche Wetterextreme und Ressourcenkriege werfen ihre Schatten voraus. Die Bedingungen für emanzipatorische Auseinandersetzungen weltweit werden dadurch nicht besser.

3.) Entkopplung ist nicht möglich

Konzepte „nachhaltigen“ oder „grünen“ Wachstums, Green New Deal und andere Varianten eines „grünen“ Kapitalismus erleben seit ein paar Jahren eine Renaissance. Think Tanks entwickeln neue Konzepte, PolitikerInnen versuchen damit neue Mehrheitsblöcke zu schaffen. All diesen programmatischen Ansätzen ist die Vorstellung gemeinsam, dass eine umfassende Entkopplung von Wirtschaftswachstum auf der einen und Ressourcenverbrauch und Verschmutzung der Umwelt auf der anderen Seite möglich ist. Technische Innovationen, erneuerbare Energien, Ressourceneffektivitätssteigerungen und die saubere Dienstleistungsgesellschaft – so das proklamierte Ziel des dematerialisierten Wachstums – würden es möglich machen, dass das Bruttoinlandsprodukt weiter wächst, die Ökonomie jedoch immer weniger fossile Energieträger und andere begrenzte Ressourcen verbraucht. Doch eine derartige Entkopplung – in dem notwendigen absoluten Maße – ist eine Illusion. Die notwendige Reduktion von CO_2 in den frühindustrialisierten Ländern des Nordens macht bei gleichzeitigem anhaltenden Wirtschaftswachstum Steigerungen der Ressourcenproduktivität und neue Technologien notwendig, die jenseits des technisch und politisch möglichen liegen – auch angesichts der Funktionsweise unserer Ökonomie, des historisch zu beobachtenden Falls der Innovationsraten, und des bisherigen Scheiterns von Entkopplungsstrategien.[(1)] Herauswachsen aus der Biokrise ist daher keine Option. Zudem ist ein Gesundschrumpfen der Ökonomien im Norden auch notwendig, da armen Regionen im Süden mittelfristig gewisse Wachstumsoptionen zugestanden werden müssen.

4.) „Leur *récession n'est pas notre décroissance!“*

...lautete ein Slogan bei den Krisenprotesten 2009 in Frankreich („Ihre Rezession ist nicht unsere Décroissance!“). Denn eines ist klar: Unsere Vorstellung von Postwachstumsökonomie ist nicht, die Ökonomien innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen – dies führt zu Sozialkahlschlag, Verarmung und den anderen Begleiterscheinungen kapitalistischer Krisen, wie wir sie derzeit erleben. Innerhalb der bestehenden wachstumsabhängigen Strukturen bedeutet ein Schrumpfen der Ökonomie, dass die Produktivitätszuwächse nicht durch Wachstum aufgefangen werden können und dadurch Arbeitslosigkeit rapide zunimmt. Die zahlungskräftige Nachfrage sinkt, die Krise verschärft sich, zur Rezession kommt die Deflation. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand, die Sozialsysteme kommen unter Druck, Verschuldung explodiert. Beides führt zu einer gefährlichen Spirale aus Rezession und Verarmung. Im auf permanentes Wachstum basierenden Kapitalismus gilt: Schrumpfung = Rezession = soziale Krise.

5.) ...und eure Austerität ist nicht unser Postwachstum!

Bei der Transformation zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie geht es darum, eine neue ökonomische Grammatik zu erkämpfen, die soziale Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle weltweit überhaupt erst möglich macht, und als Konsequenz zu einer Reduzierung des BIP führen würde. Ein alleiniger Fokus auf einen Schrumpfungsimperativ ist allerdings verkürzt und gefährlich. Dies zeigen nicht zuletzt neoliberale und konservativ-neofeudalistische Spielarten von Wachstumskritik insbesondere in der Bundesrepublik, die mit ihren ökologisch motivierten wachstumskritischen Argumenten in den reaktionären Chor des „Wir haben über unsere Verhältnisse

gelebt“ oder „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ einstimmen und Wachstumskritik zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Austerität und Sozialabbau machen.[2] Im Gegensatz dazu zielt das Konzept einer solidarischem Postwachstumsökonomie der Décroissance auf eine demokratisch ausgehandelte Schrumpfung von Produktion und Konsum, um soziale Rechte für alle zu ermöglichen, weltweit, jetzt und in Zukunft.

6.) Es gibt kein gutes Wachstum, sondern nur ein gutes Leben!

Postwachstum zielt nicht auf abstraktes und utopisches Spekulieren über eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus, sondern es geht um die Anerkennung von oft ausgeblendeten sozio-ökonomischen, sowie ökologischen Dynamiken und die Neuausrichtung emanzipatorischer Strategien. Regierungen und transnationale Konzerne stehen dem entgegen. Aber auch wer in der jetzigen Krise wie die Brüsseler Bürokraten des Europäische Gewerkschaftsbundes mit dem Slogan „No cuts, more growth!“ agiert, sitzt - bei aller drängenden Notwendigkeit sich gegen die Sozialkürzungen zu stemmen – der Illusion auf, die gesellschaftlichen Probleme ließen sich durch mehr Wachstum lösen. Doch seit Jahrzehnten gehen die Wachstumsraten in den Industrieländern zurück, ein Prozess, dessen Ursachen nicht nur in den äußeren Grenzen des Wachstums liegen (Verteuerung der Ressourcen, Zerstörung des Klimas etc.), sondern auch in den inneren Schranken kapitalistischer Entwicklung (relative Sättigung). Wachstum reicht schon seit langem nicht mehr, um die strukturelle Arbeitslosigkeit effektiv zu lindern (jobless growth), Wachstum steigert nicht die Wohlfahrt, und die steigende Flut hebt nicht alle Boote.[3] Peak Oil ist eine ernste Herausforderung auch für traditionell-linke Wachstumsstrategien. Kriege zur Absicherung der Rohstoffe, katastrophale Tiefseebohrungen und Millionen von Flüchtlinge gehören untrennbar zum fossilistischen Wachstumsmodell. Wachstum steht dem Ziel globaler sozialen Rechten entgegen. Denn was da wächst sind abstrakte Tauschwerte, Akkumulations-möglichkeiten für wenige, die ein gutes Leben für alle unmöglich machen.

7.) Goodbye, Keynes - good morning Keynes and beyond...

Keynesianische Politik scheiterte in den 1970/80er Jahren, als sie die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht mehr gewährleisten konnte. Sprich: das keynesianische Wachstumsmodell stieß an seine Grenzen. Die Antwort war die neoliberale Konterrevolution, wie sie ihr Vordenker Milton Friedmann nannte. Inzwischen ist auch das neoliberale Wachstumsmodell, der finanzmarktgetriebene Kapitalismus, in einer Krise. Angesichts des Scheiterns des Keynesianismus – vor allem im globalen Kontext – und der ökologischen Grenzen, sind allerdings Hoffnungen auf eine neue keynesianische Phase, die Hoffnung auf ein öko-keynesianisches Wachstumsregime jenseits des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus verfehlt. Viele der in der emanzipatorischen Linken diskutierte – auch keynesianische – Konzepte sind jedoch weiterhin zentral, besonders zur Dämpfung von sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung: radikale Umverteilung, Arbeitszeitverkürzung, Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle von Kapital und Investitionen. Diese gilt es mit darüber hinausgehenden Konzepten wie (Wieder)Aneignung der Gemeingüter, Deglobalisierung, neuen Formen der Arbeit, Ernährungssouveränität[4] und Energiedemokratie neu zusammen zu denken, und zwar unter den Vorzeichen einer Wirtschaft, die nicht wächst, sondern bis zu einem Stabilisierungspunkt schrumpft. Dabei geht es auch darum, den verborgenen Keynes, den Stagnationstheoretiker zu entdecken, der eine Gesellschaft befreit von Arbeitszwang und Profitstreben skizzierte. Letztlich müssen wir durch Keynes hindurch und über ihn hinaus, um zu unserer solidarischen Postwachstumsökonomie zu gelangen.

8.) Weniger Produzieren, Arbeitszeit verkürzen, Reichtum umverteilen, Investitionen kontrollieren

Postwachstum ist der Bruch mit der Scheinlogik des verteilungspolitischen Positivsummenspiels und der Illusion der Knappheitsökonomie, in der nur umverteilt wird, wenn die Wirtschaft wächst. Die Politik des „Trickle-down“ ist nicht nur fundamental gescheitert – Wachstum geht real mit der Produktion von Unterentwicklung und zunehmender Ungleichverteilung einher. Doch es ist genug für alle da. Der bestehende Reichtum muss gerecht verteilt werden, und nicht weiter wachsen. Dafür brauchen wir nicht nur ein Minimaleinkommen, sondern auch ein Maximaleinkommen, wie in der französischen Décroissance-Bewegung gefordert wird.
Postwachstum verabschiedet sich auch von der Illusion der wachstumsbasierten Vollbeschäftigungsgesellschaft. Schon lange reichen die realen Wachstumsraten nicht mehr aus, um die durch Produktivitätssteigerung und Ökonomisierung freigesetzten Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Alternative zu Hartz-IV, Verarmung und dem „überflüssig“-machen großer Teile der Gesellschaft ist die Arbeitszeitverkürzung für alle. Zudem ist eine Absenkung der absolut geleisteten Zahl von Lohnarbeitsstunden nötig, um das BIP tatsächlich dauerhaft abzusenken. 20 Stunden sind genug – für's erste![5]
Nicht zu vergessen: es gibt ein Leben jenseits von Lohnarbeit, in dem – wie feministische Ökonominnen immer betonen – die notwendige Arbeit getan wird, die die Gesellschaft zusammenhält. Und auch diese muss umverteilt werden – auf alle.
Arbeitszeitverkürzung ist Sand ins Getriebe der Wachstumsökonomie und schafft neue strategisch notwendige Spielräume, allein reicht sie allerdings nicht. Schließlich würde weitere massive „Rationalisierung“ die Antwort der Unternehmen sein, und ihr Imperativ Profite zu erzielen, also zu wachsen, würde nicht ausgehebelt. Neue Formen entmonetarisierten Wirtschaftens, der Solidarischen Ökonomie und der Bewirtschaftung von Commons/Allmenden sind notwendig. Gleichzeitig muss es darum gehen, in den real-existierenden Finanzmarktkapitalismus einzugreifen und Investitionen demokratisch zu kontrollieren und umzulenken – weg von fossilistischen Hochwachstumssektoren hin zu Sorgeökonomie, gebrauchswertorientierten Basisdienstleistungen und sozial-ökologischem Umbau. Und statt (öffentliche) Schulden zu bedienen, kämpfen wir für Schuldenerlass. Drop the debt![6]

9.) Jenseits des Kapitalismus

Alle, die ernsthaft versuchen, über Wachstumskritik hinaus zu gehen und eine Schrumpfung und darauf folgend eine stabile Ökonomie anzupeilen, stehen vor immensen Herausforderungen, denn es geht um eine grundlegende soziale Transformation, die an die Wurzeln geht. Plausible technokratische Konzepte für eine solidarische Postwachstumsökonomie, aber auch beispielhafte Insellösungen solidarischer Ökonomie, sind unverzichtbar – sie reichen jedoch nicht, wenn der Akkumulationsprozess des Kapitals weitergeht. Wachstum wird angetrieben durch die blinde Selbstverwertung des Kapitals: Geld wird in die Produktion investiert, um mehr Geld zu werden, was die Zunahme der Produktion von Werten voraussetzt. Postwachstum heißt daher, dass die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals abnehmen und die durch die Finanzmärkte aufgeblähten fiktiven Vermögensansprüche nicht realisiert werden können. Darüber hinaus müs-

sen, um zu einer solidarisch-ökologischen Ökonomie zu kommen, viele Produktionsstätten – vor allem in den fossilistischen Sektoren – im Zuge der Transformation in eine Postwachstumsökonomie stillgelegt werden (Disinvestment). Beides bedeutet die Vernichtung von Kapital. Um globale soziale Rechte zu verwirklichen, führt kein Weg an diesem Kern der politischen Ökonomie und damit an dieser Machtfrage vorbei. Das Problem: das neoliberale Globalisierungsprojekt mit seiner Liberalisierung der Märkte (WTO, IWF), Privatisierung, Deregulierung und Angriffen auf kollektive soziale Akteure hat die Macht des transnational agierenden Kapitals enorm gesteigert. FAQ: Welche sozialen Akteurskonstellationen mit welchen Interessen, Mitteln und Strategien wollen und können eine solidarische Postwachstumsökonomie und die notwendige Dekommodifizierung und Entmonetarisierung von (Re)Produktionsräumen durchsetzen?

10.) Buen vivir jenseits von Tradition und Moderne

Die Idee von ewigem Wachstum verbunden mit der Idee des *homo oeconomicus*, ist integraler Bestandteil des Konzepts der Moderne. Von diesen gilt es hier und jetzt zu desertieren. Aber die gute Nachricht ist: „Wir sind nie modern gewesen!“, wie Bruno Latour entdeckte und Donna Haraway bekräftigte.(7) Und wir sind auch nicht die „Dromomaniacs“ (Geschwindigkeitsfanatiker) zu denen der französische Urbanist Paul Virilio uns ernannte.(8) Aber auch wenn wir uns vom Wachstum verabschieden – farewell, farewell! – beanspruchen wir natürlich weiterhin die modernen Konzepte wie Menschenrechte und Demokratie, die das Ergebnis von Kämpfen um Emanzipation sind. Postwachstum heißt nicht, die Idee der Möglichkeit von Fortschritt aufzugeben – sondern eine Loslösung der Fortschrittsidee vom Glauben an Güteranhäufung und Wirtschaftswachstum. Postwachstum heißt damit eben nicht zurück zur Tradition, zur Steinzeit, oder sich einer anything-goes-Postmoderne zu ergeben. Postwachstum nimmt die postkoloniale Situation und die seit dem Aufstieg der Schwellenländer multipolare Konstellation ernst – und damit die Frage nach globaler Gerechtigkeit und Gleichheit. Die konkrete Utopie des guten Lebens (buen vivir) in einer egalitären Gesellschaft ohne Wachstum konstituiert eine neue Fluchtlinie jenseits von Tradition und Moderne. Die Idee der solidarischen Postwachstumsökonomie wiedereröffnet den Horizont der Möglichkeiten jenseits der Dominanz der herrschenden ökonomischen Vorstellungen und Zwänge. Es geht um die Dekolonialisierung der Imagination, um die Demystifizierung von allzu oft fetischisierten Konzepten wie Wirtschaftswachstum, Fortschritt, Lohnarbeit, Effizienz und BIP. Fragend schreiten wir voran...

11.) Transkommunalismus statt Postdemokratie

Die Demokratie erlebt/e schwere Attacken durch das neoliberale Roll-back seit den 1970/80ern. Spätestens unter dem Ausnahmezustand der Weltwirtschaftskrise und den über Nacht geschnürten exzessiven „Rettungspaketen“ für die Banken sind wir in einer Postdemokratie angekommen. Die sozialen Auswirkungen der Krise und die sozialen Folgen der Biokrise erhöhen den Druck auf demokratische Strukturen. Eine solidarische Postwachstumsökonomie erfordert daher neue demokratische Institutionen, eine Rekonstituierung von lokaler und nationaler Demokratie. Eine europäische und globale Demokratie sind noch ein weiter Weg. Und die Restrukturierung von Produktion zielt auf Deglobalisierung (9) eine neue Artikulation der lokalen Ebene mit der nationalen und globalen auf Basis neuer demokratischer Verfahren. Dazu gehören die Kontrolle von Finanzmärkten und insbesondere Investitionen. In die Falle eines kurzsichtigen Lokalismus werden wir nicht tappen. Ebenso rassistischen Chauvinismus angesichts von Migrationsströmen und absehbar 9 Mrd. Menschen auf diesem Planeten. Stattdessen gilt es demokratische transkommunale Strategien zu erfinden.

12.) Der Postwachstumshorizont

Abwehrkämpfe gegen Austeritätspolitik werden die zweite Krisenphase, die mit der Eurozonen-Krise begann, prägen. Diese Kämpfe gegen Sozialkahlschlag sind und bleiben absehbar defensiv. Ein offensives Projekt, welches tatsächlich über den (neoliberalen finanzmarktgetriebenen) Kapitalismus hinaus weist, fehlt bisher. Aber wir brauchen einen neuen Horizont, um unsere Energien zu fokussieren. Eine der Fluchtlinien, die diesen neuen Horizont zeichnen, ist die solidarische Postwachstumsökonomie. Die globalisierungskritische Bewegung - oder auch altermondialistische oder „global justice“-Bewegung – (aus GewerkschafterInnen, politischen Gruppen, Netzwerken und Organisationen) spielte mit ihrer anti-neoliberalen Positionierung eine wichtige Rolle dabei, die soziale Frage nach den langen Jahren des neoliberalen „pensé unique“ der 90er Jahre zu rekonstituieren. Seit etwa 2007/08 – symbolisiert durch die Gründung von Climate Justice Now! beim Klimagipfel in Bali, der ersten Degrowth-Konferenz in Paris und vor allem Dank indigener Bewegungen beim Weltsozialforum im amazonischen Belem(10) etc. – beginnt eine Rekonstituierung des Feldes kritischer politischer Ökologie, von Umwelt- und Klimagerechtigkeit.
Uns erscheint es zwingend, dass ökologische Gerechtigkeit integraler Bestandteil eines möglichen zweiten Zyklus der „global-justice“-Bewegung wird. Der Postwachstumshorizont verbindet die soziale und ökologische (Verteilungs-)Frage, und er verknüpft Mikro-Praktiken und makro-ökonomische Konzepte und verbindet transkommunal das Lokale mit dem Nationalen und Globalen. Die solidarische Postwachstumsökonomie ist eine Perspektive für eine offensive Bewegung, die Alt und völlig Neu zu einem kommenden Horizont verknüpft.

(1) Sustainable Development Commission (2009), *Prosperity without growth*?, http://www.sd-commission.org.uk/pages/redefining-prosperity.html; NEF (2010), *Growth Isn't Possible,* http://www.neweconomics.org/publications/growth-isnt-possible.
(2) Siehe www.denkwerkzukunft.de. Vgl. aber auch die Ideen von Zac Goldsmith, Abgeordneter der Konservativen im Unterhaus, „The Constant Economy“.
(3) Dieses Sprichwort geht ursprünglich auf J.F. Kennedy zurück und besagt, Wachstum steigere die Einkommen der Ärmsten. Vgl. z.B. die Rede des Managing Director des IMF, Rodrigo de Rato, A Rising Tide Lifts All Boats: How Europe, by Promoting Growth, Can Help Itself and Help the World, http://www.imf.org/external/np/speeches/2006/052206.htm; und die Studie des NEF (2006), Growth Isn't Working, http://www.neweconomics.org/publications/growth-isn%E2%80%99t-working.
(4) Vgl. http://viacampesina.org.
(5) www.neweconomics.org/publications/21-hours.
(6) Vgl. www.cadtm.org
(7) Bruno Latour (2008), Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt a.M.; Donna Haraway (1991), Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature, Routledge, New York.
(8) Paul Virilio (1986), Speed and Politics: An Essay on Dromology, Autonomedia.
(9) Walden Bello (2002), Deglobalisation: Ideas for a new world economy, Zed Books.
(10) Vgl. www.movimientos.org/fsm2009.

Kontakt: postwachstum@gmx.de
www.postwachstum.net

Attac Marokko

Undemokratisches Verfahren bei der Verfassungsreform

Brief an den Präsidenten der Beratungskommission zur Revision der Verfassung
Betreff: Anhörung von ATTAC zur Verfassungsreform

Am 9.März hat der König in einer Rede eine Verfassungsreform angekündigt, die von einer von ihm (!!!!) ernannten Kommission erarbeitet werden soll (S. ausführlich in SiG 89). Damit hat die Bewegung des 20.Februar einen kleinen Sieg errungen: Nach und nach sehen sich die Regierung und die politische Elite wegen der Erfolge dieser Bewegung gezwungen, diese ernst zu nehmen. ABER: Das bleibt noch vollkommen unzureichend, da der König im Grunde auf keine seiner Vorrechte auf der politischen Ebene verzichtet hat. Noch schlimmer ist es auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene. Die „Partnerschaft EU-Marokko" ebnet außerdem den Weg für die politische und wirtschaftliche Kontrolle durch die EU.

21. April 2011

Bezug: Ihr Brief Nr. 157 vom 8. April 2011

Sehr geehrter Herr Präsident, unter Bezug auf Ihr o. g . Schreiben möchten wir Ihnen unsere Bemerkungen wie folgt zukommen lassen:

- Ihr Gremium wurde **ernannt und nicht gewählt**, was den demokratischen Prinzipien widerspricht und Ihrer Kommission die Anerkennung des Volkes entzieht, was unserer Meinung nach der einzige Garant für die Legitimität ihrer Arbeit wäre. Die Ernennung anstelle einer Wahl entspricht nicht der Forderung, die durch die Bewegung des 20. Februar sowie durch alle teilnehmenden Organisationen, darunter die unsere, gestellt wurde. Wir sind der Meinung, dass die Verfassungsreform keine verwaltungsrechtliche und technische Übung ist und auch nicht als solche behandelt werden darf.
- Ihre Kommission wurde ernannt, um die im Jahr 1996 **erlassene Verfassung zu überprüfen**. Dieses „Werk" von Hassan II wurde unrechtmäßig in Abwesenheit der Volksvertreter eingeführt. Das Ergebnis ist eine undemokratische Verfassung im Dienste der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Machthaber. Die Bewegung vom 20. Februar und alle in ihr zusammengeschlossenen Organisationen fordern eine neue Verfassung, mit einer neuen Art der Abfassung und im Sinne der Demokratie. Diese Methode äußert sich in einer verfassungsgebenden Versammlung, in der die politischen und rechtlichen Bedingungen vorbereitet werden. Das Ziel dieser Struktur ist es, **eine neue Verfassung** zu erstellen, die mit den Prinzipien von „Heiligkeit" und „Untertanen" bricht. Einen Text also, der auf der Volkssouveränität beruht, auf Wahlen als Mittel, an Staatsposten mit hoher Verantwortung zu gelangen und auf der Verpflichtung für ausnahmslos jeden, alle Vorgänge offenzulegen.
- Ihre Kommission ist **beratend**, was bedeutet, dass die Vorschläge Ihres Gremiums durch die Herrschenden angenommen wie abgelehnt werden können, - für die Vorschläge der von Ihnen konsultierten Organisationen gilt das Gleiche.

Schließlich möchten wir Ihnen noch einmal die rechtliche Lage unserer Organisation in Erinnerung rufen. ATTAC Marokko wurde im Juli 2001 gegründet und seit der offiziellen Anerkennung ein Jahr später haben wir von Dezember 2005 bis heute keine weitere rechtliche Zulassung erhalten. Während dieser Zeit haben einige unserer lokalen Gruppen eine Zulassung erhalten! Ist es Ihnen nicht unangenehm, eine Organisation anzuhören, die „de facto" von der Regierung - durch das Innenministerium – als „illegal" betrachtet wird?

Sehr geehrter Präsident der Beratungskommission zur Revision der Verfassung,

Wir sind eine engagierte Vereinigung, die die Seite der unterdrückten und verarmten Klassen gewählt hat, die gegen neoliberale Wirtschaftspolitik kämpft. Teil dieser Politik ist die schrittweise Privatisierung unserer besten öffentlichen Dienste und Einrichtungen. Es ist eine Strategie, die die Entmündigung unserer Dienste zum Vorteil multinationaler Gesellschaften betrieben hat, deren einziges Ziel ihr Gewinn ist (Lydec, Redal, Amendis…).

Wir hätten gern an der Erstellung einer neuen Verfassung für ein neu aufzubauendes Marokko mitgewirkt. Für ein neues Marokko, das wir für notwendig halten. Da uns jedoch bewusst ist, dass Ihre Kommission elementare Kriterien einer Demokratie Rücksicht nicht erfüllt, werden wir bedauerlicherweise Ihrer Aufforderung, unsere Vision in Bezug auf die Verfassungsreform vorzutragen, nicht nachkommen können.

Mit freundlichen Grüßen,
In Namen des nationalen Sekretariats von Attac, Mohamed Abboud, Generalsekretär

Erster Mai in Ägypten: „Soziale Gerechtigkeit!"
http://egyptesolidarite.wordpress.com

Mehr über Ägypten: **Dossier: Ägyptens unvollendete Revolution**
http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/160

Auf der ENA werden mehrere Vertreter der Attac Verbände in Afrika über die sozialen Bewegungen und über die zerstörerische EU-Politik referieren (2 Großveranstaltungen am Mi 10.8.; mehrere Workshops)

Manlio Dinucci (Il Manifesto)
Die Invasion in Libyen

Hinter den Angriffen von USA und NATO stehen Strategien ökonomischer Kriegsführung

Das Ziel des Krieges gegen Libyen sind nicht nur die Ölreserven (die jetzt auf 60 Mrd. Barrel geschätzt werden), die größten Afrikas und deren Gewinnung die niedrigsten Kosten in der Welt verursacht, und auch nicht nur die geschätzten 1500 Mrd. Kubikmeter Naturgas. Im Visier der „Willigen" der Operation „Vereinte Beschützer" stehen die Souveränen Vermögensfonds, ein Kapital, das der libysche Staat im Ausland investiert hat.

Öl !!!

Obwohl uns die Nachrichten das Gegenteil suggerieren, hat die Invasion Libyens bereits begonnen. Einheiten, die seit geraumer Zeit auf libyschem Gebiet operieren, haben den Krieg vorbereitet und führen den Überfall aus. Es handelt sich um die mächtigen Ölkonzerne und amerikanische und europäische Investment-Banken.

Welche Interessen hier im Spiel sind, kam in einem Artikel im Wall Street Journal, der einflußreichen Tageszeitung der Wirtschafts- und Finanzwelt, zum Ausdruck: „For West's Oil Firms, No Love Lost in Libya" (Die Liebe der westlichen Ölfirmen zu Libyen ist nicht vergeblich).
Nachdem die Sanktionen gegen Libyen im Jahr 2003 aufgehoben wurden, drängten die westlichen Ölkonzerne mit großen Erwartungen nach Libyen, doch die Ergebnisse blieben enttäuschend für sie. Die libysche Regierung vergab Lizenzen an die ausländischen Konzerne nach einem System namens EPSA-4, wonach der staatlichen libyschen Ölfirma NOC (National Oil Corporation of Libya) der höchste Anteil des geförderten Öls gesichert blieb. Angesichts des starken Wettbewerbs lief das auf einen Anteil von ungefähr ungefähr 90 Prozent hinaus. "*Die EPSA-4-Verträge hatten die härtesten Bedingungen der Welt,*" sagt Bob Frylund, früherer Präsident der libyschen Niederlassung des US-amerikanischen Unternehmens ConocoPhillips. (WSJ)
Das muß wohl so sein, denn gemäß einer Entscheidung, die nicht in Bengasi sondern in Washington, London und Paris getroffen wurde, hat der „National Transitional Council" (Nationaler Übergangsrat) die „Libyan Oil Company" gegründet.
Diese ist nur eine leere Hülle, ähnlich solchen Unternehmen, wie sie Investoren in Steuerparadiesen schlüsselfertig angeboten werden. Die Absicht ist, die staatliche libysche National Oil Company (NOC) zu ersetzen, sobald die „Willigen" der frisch geschmiedeten Allianz gegen Gaddafis Libyen die Kontrolle über die Ölfelder des Landes übernommen haben. Ihre Aufgabe wird es sein, Lizenzen zu überaus günstigen Bedingungen an amerikanische, britische und französische Unternehmen zu vergeben.

Konkurrenten ausschalten
Außerdem wird diese Firma jene Unternehmen benachteiligen, die vor dem Krieg die Hauptproduzenten des libyschen Öls waren, allen voran das italienische Unternehmen ENI, das im Jahr 2007 eine Milliarde Dollar zahlte, um sich Konzessionen bis ins Jahr 2047 zu sichern, sowie das deutsche Unternehmen Wintershall, das an zweiter Stelle der ausländischen Förderunternehmen steht. Noch stärker würden chinesische und russische Firmen von der neuen Firma benachteiligt werden, jene Unternehmen, denen Gaddafi am 14. März versprach, die bestehenden Konzessionen von europäischen und US-amerikanischen Unternehmen auf sie zu transferieren.

Privatisieren
Die Pläne der „Willigen" beinhalten außerdem die Privatisierung der staatseigenen NOC als Gegenleistung für die „Hilfe" des Internationalen Währungsfonds für den Wiederaufbau von Industrie und Infrastruktur, die durch die Bombardements durch eben jene „willigen" Länder zerstört wurden.

Angriff auf die libyschen Souveränen Vermögensfonds

Die Libyan Investment Authority (LIA = libysche Investitionsbehörde) managt die auf 70 Mrd. US $ geschätzten Souveränen Vermögensfonds, und wenn man die Auslandsinvestitionen der Zentralbank und anderer Körperschaften dazurechnet kommt man auf 150 Mrd. $. Aber es kann auch mehr sein. Auch wenn sie niedriger sind als die von Saudiarabien oder Kuweit, so sind die libyschen Souveränen Vermögensfonds durch ihre rapides Wachstum charakterisiert. Als die LIA 2006 gegründet wurde, hatte sie 40 Mrd. $ zu ihrer Verfügung. In nur fünf Jahren hat die LIA in über hundert Unternehmen in Nordafrika, Asien, Europa, den USA und Südamerika investiert: in Holdings, Banken, Grundstücken, Industrien, Erdölgesellschaften und anderen.

In Italien wurden die Hauptinvestitionen in der UniCredit Bank (wo die LIA und die libysche Zentralbank 7.5% halten), der Finmeccanica (2 und ENI (1%) getätigt; diese und andere Investitionen (etwa 7.5% im Juventus Fußballclub) haben nicht so sehr ökonomische Bedeutung (sie belaufen sich auf etwa 5.4 Mrd. $) als viel mehr politische.

Libyen, nachdem es von Washington von der schwarzen Liste der „Schurkenstaaten" entfernt wurde, hat versucht, sich einen Freiraum auf internationaler Ebene durch Konzentrierung auf die „Diplomatie der Souveränen Vermögensfonds" zu schaffen. Sobald die USA und die EU 2004 das Embargo aufgehoben hatten und die großen

Ölgesellschaften ins Land zurückkehrten, konnte Tripolis einen Handelsüberschuss von ca. 30 Mrd. $ jährlich aufrechterhalten, was hauptsächlich für ausländische Investitionen benutzt wurde. Das Management der Souveränen Fonds hat jedoch einen neuen Mechanismus von Macht und Korruption in den Händen von Ministern und hohen Beamten geschaffen, der wahrscheinlich teilweise der Kontrolle von Gaddafi selbst entzogen war. Das wird durch die Tatsache bestätigt, dass er 2009 vorschlug, die 30 Mrd. an Öleinnahmen „direkt an das libysche Volk“ zu verteilen. Dies vertiefte den Riss innerhalb der libyschen Regierung.

Die amerikanischen und europäischen herrschenden Kreise haben diese Fonds fixiert, so dass sie, noch bevor die militärische Attacke auf Libyen einsetzte, um seinen Energiereichtum in die Hand zu bekommen, die libyschen Souveränen Vermögensfonds übernahmen.
Erleichtert wurde diese Operation von dem Vertreter der LIA, Mohamed Layas persönlich, wie in einem von Wikileaks enthüllten Kabel ans Licht kam. Am 20. Januar informierte Layas den US-Botschafter in Tripolis, dass die LIA 32 Mrd. $ in US-Banken deponiert hatte.
Fünf Wochen später, am 28. Februar, hat der US- Bundesrechnungshof diese Konten „eingefroren“. Laut offiziellen Angaben ist „dies die größte jemals in den USA blockierte Summe“, die von den USA „treuhänderisch für die Zukunft Libyens“ verwaltet wird. Sie wird in Wirklichkeit als eine Kapitalspritze in die US-Wirtschaft dienen, die immer mehr in Schulden versinkt. Wenige Tage später hat die EU rund 45 Mrd. Euros an libyschen Fonds „eingefroren“.

Harte Auswirkung in Afrika
Der Angriff auf die libyschen Souveränen Vermögensfonds wird eine besonders harte Auswirkung in Afrika haben. Dort hat die Libysch-Arabisch-Afrikanische Investitions-Gesellschaft in über 25 Ländern investiert, 22 davon südlich der Sahara, und plante, sie in den nächsten fünf Jahren zu erhöhen, besonders im Bergbau, in der Fertigung, dem Tourismus und Telekommunikation. Die libyschen Investitionen sind entscheidend für die Einrichtung des ersten Telekommunikations-Satelliten Rascom (Regionale Afrikanische Satelliten-Kommunikation) gewesen, der im August 2010 in den Orbit gestellt wurde, was es den afrikanischen Ländern erlaubte, allmählich unabhängig von den US- und europäischen Satelliten-Netzwerken zu werden und dadurch hunderte Millionen von Dollars zu sparen.

„Zentralbank Libyens“- eine leere Hülle
Es ist außerdem offensichtlich, warum zur selben Zeit die „Zentralbank Libyens“ in Bengasi gegründet wurde: es handelt sich um eine weitere leere Hülle, deren wesentliche künftige Aufgabe es sein wird, den libyschen Staatsfonds - über 150 Milliarden Dollar, die der libysche Staat im Ausland investiert hat - formell zu verwalten, sobald sie von den USA und den europäischen Mächten freigegeben werden. Die britische Großbank HSBC demonstrierte, wer die tatsächliche Kontrolle über diese Gelder haben wird. HSBC ist der „oberste Wächter“ über libysche Investitionen in Großbritannien (ungefähr 25 Milliarden Euro): Ein Team von hochrangigen Managern der Bank ist schon jetzt in Bengasi am Werk, um die neugegründete „Zentralbank Libyens“ auf den Weg zu bringen. Für die HSBC und andere große Investment-Banken wird es ein Leichtes sein, libysche Gelder im Sinne ihrer eigenen Strategien zu lenken.

Sabotage der finanziellen Institutionen der Afrikanischen Union – IWF soll weiter herrschen.
Eines ihrer Ziele ist es, die finanziellen Institutionen der Afrikanischen Union zu sabotieren, deren Entstehung zu einem großen Teil durch libysche Investitionen möglich gemacht wurde. Unter diesen befinden sich die Afrikanische Investment Bank mit Sitz in Tripolis in Libyen, die Afrikanische Zentralbank in Abuja in Nigeria, der Afrikanische Währungsfonds mit Sitz in Yaoundé, Kamerun. Letztere ist mit einem operativen Kapital von mehr als 40 Milliarden Dollar ausgestattet, könnte den Internationalen Währungsfonds in Afrika ersetzen. Bis jetzt hat der IWF die afrikanische Wirtschaft gesteuert und den Weg für multinationale Konzerne und Investment-Banken in Amerika und den USA geebnet. Indem sie Libyen attackieren, versuchen die „Willigen“ genau diejenigen Körperschaften zu zerstören, die eines Tages die finanzielle Unabhängigkeit Afrikas ermöglichen könnten.

Il Manifesto vom 22.4.2011 und 02.05.2011, http://www.ilmanifesto.it/archivi/fuoripagina/anno/2011/mese/05/articolo/4553/
Übersetzt von Hergen Matussik / Einar Schlereth, in Tlaxcala veröffentlicht: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4686
Und http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4664

S. auch:
Mehrere Artikel über Libyen in SiG 89

Joachim Guilliard

Zerstörung eines Landes

Droht Libyen der gleiche Absturz wie dem Irak? Überlegungen über den drohenden »Preis der Freiheit«

Seit sieben Wochen führen --NATO-Staaten Krieg gegen Libyen. Ein Ende der Angriffe ist nicht abzusehen. Immer wieder wird die Hauptstadt Tripolis von schweren Explosionen erschüttert. Man wolle den »Druck« auf das Regime von Muammar Al-Ghaddafi so lange aufrechterhalten, bis die Gewalt beendet ist, lautet die verquere Logik des westlichen Militärpakts. Bei den Protesten der Friedensbewegungen, etwa bei den Ostermärschen im vergangenen Monat, wird der neue Krieg der -NATO meist mit keinem Wort erwähnt. Gingen nach den US-Angriffen auf Tripolis und Bengasi 1986 noch Tausende Menschen voller Empörung über die willkürlichen Bombardierungen auf die Straße, so bleiben die Proteste heute sehr verhalten. Viele scheuen sich, Stellung gegen den Krieg zu beziehen, avancierte Libyen doch im Westen, im Zuge der Kriegsvorbereitungen, in kurzer Zeit zur übelsten Diktatur. Auch viele Kriegsgegner übernehmen das von Politik und Medien gezeichnete Bild eines Kampfes des »Volkes« gegen den »Tyrannen Ghaddafi«. Doch hat der Revolutionsführer weiterhin viele Anhänger und treffen die Zerstörungen des Krieges weite Teile der Bevölkerung, die ihn – unabhängig davon, wie sie zu Ghaddafi stehen – mit Sicherheit nicht wollte.

Leichtfertig wird übersehen, welch einen fürchterlichen Preis Bürgerkrieg und -NATO-Intervention von den Libyern fordern kann. Schließlich hatte Libyen bis jetzt den höchsten Lebensstandard in Afrika, und das »Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen« (UNDP) bescheinigte dem nord-afrikanischen Land beste Aussichten, die Entwicklungsziele der UNO bis 2015 zu erreichen. Diese Hoffnungen dürfte der -NATO-Krieg bereits zerstört haben. Dem Land droht nun ein Absturz vergleichbar dem im Irak.

Wenig hat man in den vergangenen Jahren über Libyen gehört, das Verhältnis zum Westen hatte sich entspannt, europäische Regierungschefs trafen sich nun oft mit ihrem libyschen Kollegen Ghaddafi, die Geschäfte blühten. Im Zuge der Kriegsvor-

bereitung wurde das Land plötzlich zur übelsten Diktatur. Auch viele Kriegsgegner übernehmen die Charakterisierung und wünschen den Sturz des »Despoten«. Doch läßt sich das libysche Gesellschaftssystem tatsächlich auf Ghaddafi reduzieren, sind die Verhältnisse in Libyen tatsächlich schlimmer als in hundert anderen Ländern und gibt es nicht wesentlich mehr Faktoren, die die Lebensverhältnisse eines Landes bestimmen, als die bürgerlichen Freiheiten?

Für Richard Falk, den UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in Palästina, ist »der »Grad der Unterdrückung« in Libyen nicht »durchdringender und schwerer« als in anderen autoritär regierten Ländern. Auch nach den Länderberichten von Amnesty International unterscheidet sich die Menschenrechtssituation Libyens kaum von unzähligen anderen Staaten, bei arabischen Verbündeten in der -NATO-Kriegsallianz wie Saudi-Ara-bien ist sie sogar wesentlich schlimmer. Der UN-Menschenrechtsrat hat das Land im Bericht zur jüngsten »allgemeinen regelmäßigen Überprüfung« Libyens, die Ende letzten Jahres vorgenommenen wurde, sogar für seine Fortschritte bei den Menschenrechten gelobt. Zahlreiche Länder – darunter Venezuela und Kuba, aber auch Australien und Kanada – hoben in ihren Erklärungen einzelne Aspekte noch besonders hervor.

Für westliche Medien ist dieser Bericht, dessen abschließende Diskussion nun kurzfristig von März auf Juni verschoben wurde, ein Skandal – für sie eine Folge der vielen, selbst noch »wenig zivilisierten« Mitglieder des Menschenrechtsrats aus dem Süden. Doch betrachtet dieser die Lebensverhältnisse nur unter einem anderen Blickwinkel und legt sehr großes Gewicht auf die Verwirklichung sozialer Rechte, d.h. auf das, was für die meisten Menschen die größte Bedeutung hat: die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse, ausreichendes Einkommen, Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung.

Auch in dieser Hinsicht ist die Situation in Libyen, angesichts von Korruption oder hoher Jugendarbeitslosigkeit, durchaus nicht befriedigend. Im Vergleich mit anderen Ländern stehen die Libyer aber dennoch recht gut da, und sie haben sehr viel durch die -NATO-Intervention zu verlieren. Der relativ hohe Lebensstandard erklärt auch, warum Ghaddafi durchaus noch Rückhalt im Land hat – besonders, so der Libyen-Experte Andreas Dittmann von der Universität Gießen, unter den älteren Generationen, die sich noch an die früheren Zeiten erinnern.

Entwicklung gebremst

Als 1969 der von den USA und den Briten eingesetzte König Idris gestürzt wurde, war Libyen trotz der 1961 angelaufenen Erdölexporte noch ein armes, vom Kolonialismus schwer gezeichnetes, unterentwickeltes Land. Die schrittweise Nationalisierung der Ölproduktion ermöglichte eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung und rasche Verbesserungen der Lebensbedingungen. Mit dem drastischen Einbruch des Ölpreises zwischen 1985 und 2001 geriet diese Entwicklung ins Stocken. Die 1993 verhängten UN-Sanktionen verschärften die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch enorm. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank von 6600 Dollar pro Kopf im Jahr 1990 auf 3600 Dollar in 2002 und wuchs erst nach der Aufhebung der UN-Sanktionen im September 2003 wieder deutlich.

2008 erreichte das in Kaufkraftparität ausgedrückte BIP laut UNDP pro Kopf 16200 Dollar. Zum Vergleich: Das BIP von Ägypten betrug im selben Jahr 5900 Dollar, das Algeriens und Tunesiens ca. 8000 Dollar. Saudi-Arabien hatte ein BIP von zirka 24000, Kuwait von 51500 und Katar von 72000 Dollar.

Soziale Erfolge

Die Wirtschaftssanktionen blockierten eine Modernisierung der Infrastruktur und brachten insbesondere alle Pläne, neben dem Erdöl auch andere Industriezweige zu entwickeln, praktisch zum Erliegen. Der wirtschaftliche Niedergang bremste natürlich auch die Entwicklung in sozialen Bereichen. Libyen sackte beim »Human Development Index« (HDI), der anhand einiger Basisindikatoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Alphabetisierung das Entwicklungs- und Lebensniveau eines Landes zu messen sucht, Mitte der 90er Jahre vom 67. auf den 73. Platz ab.

Nachdem die Staatseinnahmen, unterstützt durch den Anstieg des Ölpreises, reichlicher flossen, verbesserten sich auch die Lebensbedingungen wieder deutlich. Das Land liegt mittlerweile auf HDI-Rang 53, vor allen anderen afrikanischen Ländern und auch vor dem reicheren und vom Westen unterstützten Saudi-Arabien. Mit »Regierungssubventionen in Gesundheit, Landwirtschaft und Nahrungsimport«, bei »gleichzeitiger Steigerung der Haushaltseinkommen«, konnte nun die »extreme Armut« praktisch beseitigt werden, stellt die UNDP in ihrem Monitor der UN-Millenniumentwicklungsziele fest. Die Lebenserwartung stieg auf 74,5 Jahre und ist damit die höchste in Afrika. Die Kindersterblichkeit sank auf 17 Tote pro 1000 Geburten und ist damit nicht halb so hoch wie in Algerien (41) und auch geringer als in Saudi-Arabien (21). Libyen liegt auch bei der Versorgung von Schwangeren und der Reduzierung der Müttersterblichkeit vorne. Die Malaria wurde vollständig ausgerottet.

Die Analphabetenrate sank in Libyen auf 11,6 Prozent und liegt deutlich unter der von Ägypten (33,6), Algerien (27,4), Tunesien (22) und Saudi-Arabien (14,5). Der vom UNDP ebenfalls berechnete Bildungsindex, in den neben der Alphabetisierung auch die Zahl von Schülern in höheren Schulen und Studenten eingeht, liegt sogar über dem der kleinen superreichen Scheichtümer Kuwait und Katar, die man an sich kaum mit den arabischen Flächenstaaten vergleichen kann.

Auch der Irak hatte in den 1980er Jahren einen relativ hohen Lebensstandard, höher noch als der Libyens. Dieser brach bereits unter dem mörderischen UN-Embargo massiv ein. Ihre »Befreiung« von Saddam Hussein stürzte die irakische Gesellschaft dann vollends in den Abgrund. Der Zerfall schreitet noch immer fort. Millionen Iraker hungern, und der Nahrungsmangel weitet sich sogar noch aus. Die Hälfte der knapp 30 Millionen Einwohner lebt in äußerster Armut. 55 Prozent haben kein sauberes Trinkwasser, 80 Prozent sind nicht an das Abwassersystem angeschlossen. Strom gibt es nur stundenweise, die einst vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssysteme liegen am Boden.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass ein von den -NATO-Staaten durchgesetzter »Regime Change« in Libyen viel besser für das Land ausgehen würde, von einem langem Bürgerkrieg und einer Teilung des Landes ganz zu schweigen. Schließlich sind die angreifenden Mächte und ihre Agenda nahezu identisch und ähnelt auch die Führung der Aufständischen in vielem der der Iraker, die die USA im Zweistromland an die Regierung brachten – radikale islamische Organisationen und prowestliche, neoliberale Verfechter einer vollständigen Öffnung und Privatisierung der Wirtschaft des Landes.

Eine ausführlichere Fassung und Quellenhinweise finden sich im Internet: www.jghd.twoday.net

http://www.inamo.de, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

Frühjahr 2011: «Game Over» : Tunesien, Ägypten, Marokko, Algerien, Jordanien, Syrien, Jemen, Libyen
Heft Nr. 65: Libyen

Horst Bethge

Militär in der Mitte der Gesellschaft verankern?

Aktuelle Anmerkungen, nicht nur zur Diskussion Bundeswehr und Schule

Unser Freund und Mitstreiter Horst Bethge ist tot.
Sein lebenslanges Engagement für eine bessere Welt ist uns Vorbild. Horst kämpfte unermüdlich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität. Beim „Krefelder Appell", bei den Ostermärschen oder den großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten, im Widerstand gegen Antikommunismus, Berufsverbote und Neonazismus waren wir zusammen. Gleiche Bildungschancen und eine Erziehung zum Frieden lagen ihm als Pädagogen besonders am Herzen. Im Gedenken an ihn werden wir weitermachen.
AG Friedensforschung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Kasseler Friedensforum, 16.5.2011.

Die Bundeswehr (BW) steht im größten Umbauprozess ihrer Geschichte: Sie soll zu einer **„Armee im Einsatz",** einer Interventionsarmee ohne Wehrpflicht, umgebaut werden. Verteidigungsarmee ist nicht mehr. Verteidigungsminister von Guttenberg hat das gerade wieder am 18. 10. 10 auf einer Konferenz der ZEIT in Hamburg bekräftigt. Und das in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und rapide schwindender Wehrmotivation in der Gesellschaft, die mit jedem weiteren aus Afghanistan heimkehrendem Zinksarg noch weiter schwindet. Wie in einem Brennglas bündelt die Frage der Beendigung des Afghanistan-Einsatzes dabei die Probleme. Es geht nicht nur um seine Beendigung, die Aufgabe der BW insgesamt steht in Frage.

Seit der ersten deutschen Kriegsbeteiligung nach 1945 - Jugoslawien 1999-, seit der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und dem Weißbuch von 2006 setzen alle Bundesregierungen gleich welcher Couleur auf eine Außenpolitik, die primär die Interessen der deutschen Wirtschaft sichert. Das sind Sicherung der Ressourcen und Rohstoffe, Offenhaltung der Transportwege, Sicherung der Auslandsinvestitionen. (…)
Landesverteidigung, noch immer der grundgesetzliche Auftrag der BW, ist out, die „Armee im Einsatz" ist gefragt. Dem dazu nötigen Umbau der BW stehen jedoch vier gravierende Probleme im Weg:

1. Die neue Aufgabenstellung der BW setzt einen erst herzustellen gesellschaftlichen Konsens über die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik voraus. (…)

2. Eine „Armee im Einsatz" braucht eine andere Ausrüstung als eine Armee zur Landesverteidigung, die sich auf die „Bedrohung aus dem Osten" einstellt. (…) Gefragt sind weltweit einsetzbare Korvetten und Fregatten, die von den Küsten aus ins Landesinnere Raketen abfeuern, leichte, wüstentaugliche gepanzerte Fahrzeuge, eine eigene Lufttransportkapazität (A 400 M) und eigene Spionagesatelliten (Galileo-Satelliten). Das alles ist „sauteuer". (…) Die geforderte „Priorisierung der Rüstungsprojekte" 3) dürfte angesichts der durch die Krise verknappten Haushaltsmittel ebenfalls auf geringe Akzeptanz stoßen. Schon jetzt gibt es das Transparent auf Demos: *„Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz."*

3. Eine „Armee im Einsatz", und dann weltweit, kann keine Wehrpflichtigen gebrauchen. Spezialisten in einer Berufsarmee dürften für die BW angesichts des schon jetzt herrschenden Fachkräftemangels aber schwer zu bekommen sein. Also: Freiwillige, gut bezahlte Berufssoldaten als Ausweg anwerben! Allerdings entfällt dann die allgemeine Wehrpflicht als Instrument, große Teile der Jugend in die Wehrbereitschaft zu integrieren.

4. So stellt sich als Schlüsselfrage, wie diese umgebaute BW akzeptiert wird, ob ein Wehrmotiv aktiv unterstützt wird und ob bereitwillig die enormen Umbau- und Umrüstungskosten von der Bevölkerung mitgetragen werden.
(…) Deshalb ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen angelaufen, massiv wie noch nie vorher seit Etablierung der BW. Zustatten kommt ihr dabei ihre große Erfahrung, die Integration des Militärs in die Gesellschaft zu bewerkstelligen, schlug ihr doch seit Anbeginn 1955 massenhafte Wehrunwilligkeit entgegen (Ohne mich, Kampf um die Remilitarisierung).

1. An erster Stelle dieses Maßnahmebündels ist hier das **Bemühen um die institutionelle Verankerung des Militärischen im Bildungswesen zu nennen**. (…)

Die Krise des Wehrmotivs hat erneut zu verstärkten Bemühungen um die Schulen geführt. Die z. Zt. 394 hauptamtlichen Jugendoffiziere, die 2009 auf 7245 Veranstaltungen 182 522 Teilnehmer erreichten 15), wurden von Schulen/LehrerInnen eingeladen oder luden selber Klassen in BW-Standorte ein. 6500 Schulen wurden angeschrieben - ihnen wurde angeboten, in den Unterricht zu kommen, zu unterrichten, „intensive Abiturvorbereitungen in Seminarform" 16) durchzuführen, die Klassen in die Kasernen einzuladen „und aus erster Hand" aus Afghanistan zu berichten.
Seit 2008 hat die BW nun bereits mit sechs Landesregierungen regelrechte Kooperationsabkommen abgeschlossen 17): NRW, Baden –Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern. Damit werden die BW- Auftritte im Rahmen des Politikunterrichts in den Schulen, Beteiligung an der Aus- und Weiterbildung der PädagogInnen und Referendare, die Einbeziehung in die Lehrplanarbeit, die Nutzung der Online-Plattformen der Schulämter durch die BW und die Beteiligung der Schulen an Werbeveranstaltungen geregelt. So kamen 2009 allein 281 000 Jugendliche in Kontakt mit den Nachwuchswerbern, einer zweiten Kategorie von Offizieren („Wehrdienstberater"). 18) Grundsätzlich ist dabei festgehalten, dass der Unterricht- also auch die Auftritte der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater- in der Verantwortung der Schule, des Lehrers verbleiben. Die Schulen laden ein. Nur ganz selten findet der Auftritt der BW- Offiziere zusammen mit einem Vertreter der Friedensbewegung statt, oder es wird parallel dazu deren Auftritt organisiert.
So bin ich im Jahre 2009 zu einer solchen Veranstaltung vor Berufsschülern (Maler, Lackierer, Polsterer, Raumausstatter) eingeladen worden, zusammen mit einem CDU MdB, einem erfahrenen Entwicklungshelfer aus Afghanistan und dem für Hamburg zuständigen Jugendoffizier, der eine 15 minütige Einführung als Power-Point- Präsentation lieferte. Er referierte locker, humorvoll, rhetorisch sehr geschickt. Die Präsentation bestand fast nur aus Fotos aus Afghanistan und folgte dem Konzept der „vernetzten Sicherheit" (CIMIC) 19). So sah ich nur lachende Kinder, fröhlich dreinblickende Afghanen, Mädchen, die zur Schule gehen sowie Jeeps, BW-Lastwagen mit Hilfsgütern oder Brückenbauteilen. BW Soldaten fuhren immer Autos, bohrten Brunnen und reparieren Brücken. Außerdem plauderten sie mit malerischen Stammesfürsten oder örtlichen Autoritäten. Selbst die gezeigten BW-Camps sahen zivil aus. Ich sah keine gepanzerten Fahrzeuge, keine schweren Waffen, Gefangene, Verwundete oder gar Tote. Allerdings zerstörte Häuser und Straßen. Das fröhliche Szenario wurde erst gestört, als der Entwicklungshelfer berichtete und meine Aussage bestätigte,

dass er im Land nur akzeptiert wurde, wenn er sich in die Dörfer ohne Bundeswehr hineinbegab., und als Migrantinnen unter den Berufsschülern auf meine Argumente eingingen, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei, im Gegenteil: Militär mache alles nur noch schlimmer. Von einer sachlichen Information durch den Jugendoffizier konnte keine Rede sein, geschweige denn, dass er nach dem didaktischen Prinzip des „kontroversen Denkens" auftrat. Er redete den BW-Einsatz schön, warb für den militärisch-zivil-integrierten Einsatz, betonte den Straßen- und Brunnenbau. Erst durch meine alternative Argumentation ergaben sich die Kontroversen.
Und das ist kein Wunder: Zwar sind die Jugendoffiziere auf den so genannten „Beutelsbacher-Konsens" 20) verpflichtet- aber sie können das durch ihren Propagandaauftrag gar nicht erfüllen, dem sie sich im Übrigen unter soldatischem Befehl und Gehorsam stehend auch gar nicht entziehen können. So ist es denn auch kein Wunder, dass es an verschiedenen Orten zu heftigen **Protesten und Kontroversen** wegen der neuen BW-Offensive gekommen ist. (…)
In Todendorf (Schleswig-Holstein) hat eine Klasse einen Schießplatz der BW besucht. Mehrere Lokal-Zeitungen berichten davon, dass die Schüler in einem Schießsimulator üben konnten. *„Habt ihr eine Playstation zu Hause? Das macht bestimmt Spaß, oder? Das hier ist 1000 Mal besser*", fragt ein Oberstabsfeldwebel die Schüler am Schießsimulator. *„Das schockt richtig, so einen besorg ich mir*", sagt ein Junge. *„Das ist ja noch viel toller als jedes Ballerspiel am PC*", ein anderer. *„Wir brauchen ständig gut ausgebildete Leute, vor allem im Bereich Technik, Elektronik, Elektrotechnik*", so der Oberstabsfeldwebel. 22) Daraufhin kam es im Landtag zu einer kontroversen Debatte, in der die CDU/FDP-Koalition sich mit ihrem unterstützenden Antrag durchsetzte, die von SPD und LINKEN fanden keine Mehrheit. 23)
In Mecklenburg-Vorpommern wandte sich Ministerpräsident Sellering (SPD) gegen den Vertragsentwurf der BW, bis die Garantie kontroversen Denkens darin festgeschrieben wurde.

Auf Bundesebene haben **IPPNW, Terres des Hommes** (die in den Abkommen BW-Schule einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtkonvention sieht) und die **GEW** (Beschluss vom 31. 3. 10 „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen") ablehnende Stellungnahmen beschlossen. 24) Im Frühjahr 2010 wurde in Berlin am Paulsen-Gymnasium eine Bundeswehrveranstaltung von Protesten begleitet, am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium wurde der Besuch eines Jugendoffiziers nach Gründung einer „AG Militärfreie Schule" abgesagt. In Dresden musste eine Bundeswehrveranstaltung durch massiven Polizeieinsatz vor Friedensdemonstranten geschützt werden. 25) Viele dieser Schülerproteste fordern, dass die BW gar nicht in den Schulen auftreten sollte. Die Thematik könnten die Lehrkräfte besser behandeln.

2. Zweites und bevorzugtes Mittel der BW ist das **Simulationsspiel POL&IS,** das für SchülerInnen ab Kl. 10, aber auch StudentInnen und ReferendarInnen eingesetzt wird. Immer unter der Leitung eines Jugendoffiziers wird zwei bis fünf Tage lang von 37 bis 55 Spielern wahlweise mit den Modulen Politik, Wirtschaft und Umwelt interaktiv gespielt. Ursprünglich in den 80ger Jahren von Hochschullehrern entwickelt, um im Bereich Ökonomie weltpolitische Zusammenhänge zu veranschaulichen, kaufte die BW 1989 die Rechte und entwickelte es für ihre Zwecke weiter. An dem großen Spielbrett der Weltkarte, die in 11 Regionen unterteilt ist, schlüpfen die Spieler in verschiedene Rollen (Regierungschef, Staatsminister (fürs Militär zuständig), Wirtschaftsminister, Oppositionsführer, UN-Generalsekretär, Weltbank, Weltpresse, NGOs). Jede Region hat spezifische Eigenschaften wie Energie, Rohstoffe, Militär, Industrie, Agrarsektor, Bevölkerung. Nun kann gehandelt, verhandelt, gestreikt, bekriegt werden. Der Jugendoffizier als Spielleiter kann durch Grundbausteine (Politik, Wirtschaft, Streiks, Hungersnöte, Guerilla, Infanterie, Panzer, Luftwaffe, Marine, Raketen, Bomber, Atom-U-Boote, atomare und chemische Waffen) das Spiel steuern. Auch gibt es Konferenzen, UN-Vollversammlungen, Naturkatastrophen. 26) 2008 gab es 360 Simulationen mit 17 500 SchülerInnen, 2000 Seminartage für StudentInnen und ReferendarInnen. 27) Im Wintersemester 2007/2008 kam es zu 24 Simulationen mit 900 Teilnehmern an Hochschulen, und in der FH Karlsruhe können StudentInnen damit sogar für Prüfungen ECTS-Punkte (Europäische Credit Points) bekommen. (…) Da POL&IS kein reines Kriegsspiel ist, aber sehr wohl das Militär und sogar Atomwaffen wie selbstverständlich neben Diplomatie und Handel einsetzt, ist es für die Verbreitung der aktuellen BW-Konzeption bestens geeignet. Gleichwohl ist der Propagandaeffekt offensichtlich und der Beutelbacher Konsens nicht gegeben. Denn der Jugendoffizier ist Spielleiter, und die im Spiel angelegten Möglichkeiten geben den Handlungsrahmen vor. So ist es z. B. nicht vorgesehen, dass ein Land aus der NATO austritt.

3. Drittwichtigste Möglichkeit der BW ist **die aktive Nachwuchswerbung**, für den Umbau der BW besonders wichtig, will sie weg von der Wehrpflichtarmee. 29) Ihr geht der Nachwuchs nämlich aus, *„weil den Jugendlichen immer mehr bewusst wird, dass es sich bei der BW um eine Armee im Einsatz handelt und der Beruf des Soldaten erhebliche Risiken mit sich bringt."* 30) Die BW ist im Wettbewerb um Arbeitskräfte, vor allem bei den Spezialisten: 31) Bei den Transportgeschwadern ist schon jetzt ein Viertel der Stellen vakant, 9 % im Sanitätsdienst, die Hälfte im Kommando Spezialkräfte (KSK). Das wird noch verschärft durch die schwindende Zustimmung für die Auslandseinsätze, vor allem bei denen, die daraus zurückkehren, und berichten, wie der Krieg heute wirklich aussieht. Ich bekam z. B. bei einer Podiumsdiskussion 2009 mit 180 StudentInnen der H. Schmidt-Universität (Universität der BW in Hamburg) den größten Beifall für den Satz: *„Der Krieg in Afghanistan ist militärisch nicht zu gewinnen, und also ist es verbrecherisch, junge Soldaten und Zivilisten aus Afghanistan dem Krieg auszusetzen."* Was Wunder, da die Mehrheit der vor mir sitzenden StudentInnen einen Auslandseinsatz bereits hinter sich hatte. So ist die persönliche wirtschaftliche Lage- Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel- für die meisten das Motiv, sich auf Zeit zu verpflichten. *„Doch mit der Arbeitslosigkeit kamen immer mehr junge Menschen, die sich freiwillig melden. Die BW profitiert von der schlechten Wirtschaftslage….Und das nutzen wir auch aus"*, so ein Sprecher des Zentrums für Nachwuchswerbung. 32) Und wie? So wirbt die BW inzwischen offen in Anzeigen mit *„Studieren ohne Gebühren - studieren mit Gehalt*", oder: *„Du suchst Zukunft, wir bieten sie*", oder *„Berufsgarantie bei der BW*". Vermehrt finden sich BW-Ausstellungen und Stände bei allen Messen, vielen Volksfesten, wo die Technikfaszination als Kontaktanbahnung ausgenutzt wird. Die Einsätze von *„Wehrdienstberatern*", die Berufe in Uniform vorstellen und die Girls-Days mehren sich. Bei Letzteren sollen *„SchülerInnen für den Arbeitgeber Bundeswehr interessiert werden*". 33) Inzwischen hat die BW die Deutsche Bahn und die Post als größter deutscher „Ausbildungsbetrieb" abgelöst. Mit acht „Karrieretrucks" zieht die BW durch die Republik, ausgestattet mit Kino, Kletterwand, Info-Material, Wehrberater und Ausstellungen. (…) Sowohl für die Nachwuchswerbung wie den Einsatz der Jugendoffiziere geht die BW vermehrt den Weg, die Schulen direkt anzuschreiben bzw. anzusprechen (2009: 6500 Schulen direkt angeschrieben, 35)). (…)

Außerdem veranstaltet die BW selber spezielle Preisausschreiben für Jugendliche, Musik-, Talent- und Sportwettbewerbe, wie z. B. BW-Olympix, BW-Beaches, BW-Adventure-Games. 36) Aus regelmäßig veranstalteten Jugendpressekongressen und Schülerzeitungsseminaren erwachsen bezahlte Anzeigen der BW für Schüler- und Jugendzeitungen (2008 in über 170 Schülerzeitungen und im SPIESSER (Auflage 1 Mill. Exemplare, erscheint bundesweit an über 1800 Schulen) sowie in BRAVO). (…) Seit 2003 wird, ständig erweitert, vermehrt die „Yes4You-Toolbox" von den BW-Standorten eingesetzt, die nicht nur im

Dienst der Nachwuchswerbung steht, sondern allgemein der Sympathiewerbung der BW gewidmet ist. Sie hat jugendgerechte Veranstaltungselemente für regionale Events handlich modularisiert. So können sehr flexibel Module wie Tag der offenen Tür, richtige Biwaks, Beach-Volleyball-Turniere, Crossbiking, Kartfahren, Bungee-Springen, Graffiti-Malen eingesetzt werden- insgesamt 15 Module. 37) Alles Aktivitäten, die nicht zur BW gehören, sondern in die außerschulische Jugendarbeit. Aber die wird mangels Kommunalfinanzen überall heruntergefahren.

Der Gipfel aber ist die durch Kooperationsabkommen abgesicherte Zusammenarbeit BW-ARGEN für jugendliche HARTZ IV-Empfänger, die z. T. auch auf die Berufsinformationszentren (BIZ) ausgedehnt sind. (…) 2008 unterhält die BW bereits in 11 ARGEN dauerhaft Büros zur Anwerbung und hält in 204 ARGEN regelmäßig Anwerbe-Beratungen ab. (38)- Schwerpunkt sind die neuen Bundesländer, da hier die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist. Das Perfide daran ist, dass die Beratungsteilnahme für die Arbeitslosengeld II-Empfänger zumeist nicht freiwillig ist. Eine Weigerung ist mit Zuschuss-Entzug sanktionierbar. Kein Wunder, dass es vielfach öffentliche Proteste dagegen gab, wogegen sogar Feldjäger der BW (Militärpolizei) eingesetzt wurde (Köln, Berlin, Rostock, Bielefeld, Wuppertal, Brühl, Dresden) 39) Dann werden diese Drangsalierungsmaßnahmen für einige Zeit eingestellt, nach Beruhigung der Öffentlichkeit aber wieder aufgenommen. (…)

4. So setzt denn auch die Propaganda für die BW seit Neuestem weit im Vorfeld an- und wird rasch ausgebaut: In den **Massenmedien, vor allem dem Fernsehen,** und dem **Internet**, ohne dass auf „klassische" Propagandainstrumente wie das Bundesweh-Magazin "Y", oder „aktuell-Zeitung der BW" und die Bundeswehr-Fan-Post, das Schülerpreisausschreiben, Poster und Flyer verzichtet wird. Auch die Unterrichtsmaterialien „Frieden + Sicherheit" (für Lehrkräfte), ein Schülermagazin, spezielle Lernhefte (für ältere SchülerInnen) und Arbeitsblätter erscheinen regelmäßig auflagenstark weiter. Neu ist jetzt eine dazugehörige Website. Die herausgebende „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung" im Eigentum der FDP beliefert alle 32 000 deutschen Schulen, deren Adressen sie speichert, und die gesammelten Adressen von 100 000 Lehrkräften. 40) Wie tendenziös das Material ist, illustriert das Schülermagazin 2007: *„In Afghanistan sind UN-(jetzt NATO-) geführte Truppen- auch viele deutsche Soldaten- stationiert, um den friedlichen Aufbauprozess des Landes abzuschirmen. Auf dem Balkan wird unter Beteiligung deutscher Soldaten ein Frieden gesichert, den die zerstrittenen Volks- und Glaubensgruppen des ehemaligen Jugoslawien zu brechen drohen. Der Irak hat die Chance, sich nach fast 30 Jahren dauernder Diktatur eine demokratische Regierung zu geben, und Deutschland hilft dabei, irakische Sicherheitskräfte auszubilden."*41)

Neuerdings wird der Auftritt der BW im Internet und im Fernsehen erheblich ausgeweitet. Auf den Websites vieler Schulen sind schon Werbebanner der BW geschaltet. Jugendoffiziere treten auf den Bildungsservern div. Bundesländer auf, z. B. in Hessen, NRW, Sachsen-Anhalt. 42). Die TV-Serie „Sonja wird eingezogen" (RTL) entstand unter Federführung der BW, ebenso wie die ARD-Reihe „Die Rettungsflieger", unterstützt durch eine werbende gemeinsame Internetseite. Der Kino-Spielfilm „Mörderischer Friede", der während des Jugoslawien- Krieges spielt, wurde von der BW unterstützt. Konzipiert und operativ durchgeführt wird diese umfassende neue Corporate-Identity-Kampagne von der „Akademie für Information und Kommunikation" (AIK) der BW in Strausberg, die eine „Truppe für Operative Informationen" (OpInfo) gebildet hat (NATO-Bezeichnung „Psychological Operations"). 43) (…)
Auch werden sendefähige und sendefertige Sequenzen von den Agenturen „EuroRS ABC" in Hamburg und „Atkon TV Services GmbH", gemeinsam mit der BW entwickelt, geliefert. 45)

Damit bewegen sich die verstärkten Bemühungen der BW an der Nahtstelle von politischer Bildung, Nachwuchswerbung und Public-Relation. Sofern sie als politische Bildung daherkommt, ruft die BW-Offensive erneut eine grundsätzliche Frage auf, und zwar verschärft: Seit 1974 (Generalkonferenz der UNESCO) hat die UNESCO als eine Definition aller Erziehung und Bildung (verstanden als ein von all denen in Gang gesetzter Prozess, die Gedanken produzieren, interpretieren oder verbreiten) formuliert- und Ähnliches immer wieder bekräftigt, näher ausgearbeitet und zum Konzept einer Erziehung zu einer Kultur des Friedens verdichtet. „Die Erziehung soll auf die Unzulässigkeit der Kriegsführung zum Zwecke der Eroberung, des Angriffs oder der Beherrschung sowie der Gewaltanwendung zum Zwecke der Unterdrückung hinweisen und jedermann dazu bringen, seine Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu erkennen und auf sich zu nehmen. Sie soll beitragen zu internationaler Verständigung, zur Festigung des Weltfriedens und zum Kampf gegen jeden wie auch immer gearteten oder geäußerten Kolonialismus und Neokolonialismus und gegen jede Art und Form von Rassenhass, Faschismus und Rassentrennung sowie sonstige Ideologien, die völkischen oder Rassenhass erzeugen und den Zielen dieser Empfehlung zuwiderlaufen". 46) Wenn das das Ziel aller Erziehung und Bildung sein soll, kann sie nicht „neutral" sein. Ist in diesem Sinne nicht jegliche Erziehung und Bildung „parteilich" (nicht im Sinne von „parteipolitisch ausgerichtet")? Auch die, die neutral sein will oder sich für neutral hält? Macht sich nicht jeder Pädagoge zum „pädagogischen Kollaborateur"? 47) Zumindest in den Fragen Militäreinsatz, Krieg und Frieden ist doch angesichts der seit 1945 vorhandenen gattungsgefährdenden Möglichkeit der atomaren Vernichtung der ganzen Menschheit eine Parteilichkeit für die Sache des Friedens notwendig. Und zwar als konstitutiv für jegliches pädagogische Bemühen, gleichsam als „kategorischer Imperativ" oder Hippokratischer Eid für PädagogInnen. Parteilichkeit, definiert als Wesenszug aller Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins. Das Kennenlernen und Analysieren von Handlungsstrukturen sowohl im militärischen Denken wie in dem der Friedensbewegung gehört wohl ebenso dazu wie die Aneignung und Entwicklung von Ideen, Anschauungen, Gewissen, Normensystemen und sozialen Verhaltensweisen (und methodisch durch Erkennen, Bewerten und Erleben). Wo SchülerInnen am realen Schießsimulator einmal üben, Ballerspiele auf Playstations spielen und im Simulationsspiel POL&IS Atomwaffen einsetzen können und zudem in der täglichen Tagesschau von dem Einsatz militärischer Gewalt erfahren, ist die Frage der Kontroversität und Ausgewogenheit eklatant aufgeworfen. Das ist nur dadurch herstellbar, dass durch systematisches pädagogisches Bemühen in der Schule (oder anderer institutionalisierter Erziehung, z. B. durch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) parteilich für eine Kultur des Friedens hingearbeitet wird (Friedensbildung). Nur so wird den Grundsätzen des „Beutelsbacher Konsenses" entsprochen und in kontroverses Denken eingeführt. Das aber kann niemand von der BW leisten, da deren Öffentlichkeitsarbeit ja gerade einen anderen Auftrag hat. Eine solche „Parteinahme ist radikale Behauptung eines richtenden Standortes, von dem aus es nicht länger möglich ist, Verhältnisse zu tolerieren, nur weil sie bestehen." 48)

Was tun?

Bedenkt man Anlass und Ursache der neuerlichen BW- Offensive, dann ergibt sich:

1. Am wichtigsten ist zur Zeit, **Öffentlichkeit herzustellen**. Informationen zu verbreiten. Auch in der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, der Linken, der liberalen Öffentlichkeit. Denn das Hineinwirken der BW in die Schulen und vor allem in die weiteren Institutionen und die Öffentlichkeit ist zu wenig bekannt, vor allem aber als zusammenhängende Kampagne der BW. Jeder nimmt nur einzelne Aspekte oder einzelne Vorkommnisse wahr. Und wenn in der Öffentlichkeit von der BW die Rede ist, denkt man gleich an Wehrpflicht oder Af-

ghanistan- Einsatz. Das gilt auch für die einzelnen Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen, der BW bei Volksfesten. Der Protest selbst von kleinen Gruppen oder Einzelnen, ein Flugblatt, eine Pressemitteilung wirken schon Wunder.

2. **Bei den Schulen** bzw. den einzelnen LehrerInnen liegt die Verantwortung für die Auftritte der Jugendoffiziere, was auch (bisher) nicht durch die Abkommen mit den Kultusministerien ausgehebelt wurde. Sie und die Nachwuchswerber können nur auf Einladung der Schulen dort auftreten. Auch Schulleiter können LehrerInnen nicht dazu verpflichten. Auch zu Tagen der offenen Tür oder anderen Kasernenbesuchen muss niemand gehen. In allen diesen Fällen sollten sich die LehrerInnen verweigern und GEW, Elternräte, Personalräte und die örtliche Öffentlichkeit diejenigen bestärken, die das tun.

3. **Auch Eltern** können, empfehlenswerterweise schon im Vorfeld, so bald ihnen bekannt wird, dass ein Auftritt der BW geplant ist oder ein Kasernenbesuch vorbereitet wird, Protest anmelden. Denn wenn das Bestandteil des Unterrichts ist, ist Anwesenheitspflicht der Schüler gegeben. Aber selbst dann wirken elternrätliche und öffentliche Proteste und führen ggf. zu Absagen.

4. Dass jeder öffentliche Auftritt der BW Anlass für die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, die LINKE ist, **öffentlich tätig zu werden**, versteht sich nach dem oben Gesagten von selbst. Anfragen im Stadtrat, im Landesparlament und ggf. im Bundestag helfen, eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.

5. Auch Interventionen bei der örtlichen und ggf. überörtlichen **Presse** und den Sendeanstalten sollten nicht unterschätzt werden. Noch ist die Mehrheit der Bundesbürger wehrkritisch eingestellt, was sich auch bei Journalisten herumgesprochen hat.

6. Viel zu wenig bekannt, aber erprobt vorhanden, sind verschiedene, vor allem **für den Unterricht und die Jugendarbeit geeignete Alternativen.** Hier sind vor allem zu nennen:

1. Das Periodikum „etcetera ppf“, der friedenspädagogische Rundbrief der Initiative PädagogInnen für den Frieden. Vor allem Heft 1/2010- Materialien zur Friedenserziehung- mit zahlreichen Beispielen, die vorgestellt und beschrieben werden. Adressen und Bezugsquellen aller Art sind enthalten (Bezug: www.friedenskultur.de; info@zfk-siegen.net) 49)

2. SPUN- Schülerplanspiel United Nations, außerschulisch gespielt, von der UN und dem Außenministerium anerkannt und mit vielen Kooperationspartnern entwickelt. Alternative zu POL&IS. Ab 2 Personen können mitspielen (www.spun.de; projektleitung@spun.de)

3. Theater: Berliner Compagnie „Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“, dokumentarisches Theater der erfolgreichen Berliner Theatergruppe. 50) (www.berlinerCompagnie.de ; karin-fries@berlinercompagnie.de)

4. Schultour der Nonviolent Peaceforce: Im Ausland tätig gewesene Friedensfachkräfte berichten davon im Unterricht (2. Std.) oder in einer Abendveranstaltung, u. a. auch mit Filmen und Ausstellungen, 51) (www.nonviolent-peaceforce.de ; buchbar über: info@soziale-verteidigung.de)

5. Neue Wege zum Frieden: 45 Konfliktfelder zur Weltpolitik sind nach der Methode J. Galtungs schülergerecht aufgearbeitet. Dazu liegen ausgearbeitete Materialsätze vor (info@zfk-siegen.net) 52)

6. Friedensbox „Frieden erlebbar machen“: ausleihbar oder käuflich zu erwerben (95.- €). Box mit 30 Materialien wie Ausstellungen, DVDs, CDs, Organisationsanregungen wie z. B. Friedenläufen, Weltkarten, Fotos, Lernhefte, Filmen, Material zum Gestalten, Folien, Literaturlisten, methodische Hinweise. Am Orientierungsrahmen der KMK „Globale Entwicklung“ ausgerichtet (www.bildung-trifft-entwicklung.de; info@act4transformation.net) 53)

Kurz: Da der militärisch-publizistisch-industrielle Komplex der BRD, um Großmachtsansprüche des deutschen Großkapitals realisieren zu können, aktuell wegen der geschwundenen und weiter schwindenden Wehrbereitschaft in der Bevölkerung mit einer Mischung aus genereller Offensive und defensivem Herangehen operiert, lohnt es sich allemal, gegenan zu gehen, Widerstand zu leisten, Öffentlichkeit zu suchen. Und da ist jeder gefordert.

Anmerkungen, Quellen

3. Policy Brief 2/10 „Die Bundeswehr der Zukunft“ (Stiftung Neue Verantwortung), S. 2
15. Referat M. Lotze (IPPNW HH) auf der attac-Sommerschule, 27. 7. 10
16. aus einem Brief eines Freiburger Jugendoffiziers, zitiert nach IMI-Studie 2/2010, S. 2
17. M. Lotze, a. a. O., S. 2
18. M. Lotze, a. a. O., S. 3, vgl. auch IMI-Standpunkt vom 15. 7. 2010
19. Vernetzte Sicherheit (CIMIC) heißt das Konzept, nach dem in der Theorie der Afghanistan-Einsatz ablaufen soll: Zivile Kräfte und BW wirken zusammen, den Aufbau Afghanistans abzusichern: „Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Internationale Einsätze…und Heimatverteidigung sowie Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind deshalb zwei Seiten ein und derselben Medaille“ (Angela Merkel, 2005)
20. Der Beutelsbacher Konsens ist seit 1976 das formulierte und allseits akzeptierte Grundprinzip der politischen Bildung in der BRD: 1. Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot) durch die Lehrenden, dass die Unterrichteten sich eine eigene Meinung bilden können, 2. das Gebot der Kontroversität (auch Ausgewogenheit) als didaktisches Prinzip, in kontroverses Denken einzuführen (vor allem bei Fragen, die in der Öffentlichkeit auch kontrovers sind), 3. die Schülerorientierung, nämlich Schüler in die Lage zu versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position analysieren und sich aktiv am politischen Prozess beteiligen können, indem sie nach Mitteln und Wegen suchen, die gegebene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.
22. zitiert aus Lübecker Nachrichten, Ostholsteiner Anzeiger, Kieler Nachrichten 9.3.2010
23. http://landtag.ltsh-de/infothek/wahl17/drucks/0500/drucksache-17-0551.pdf (CDU/FDP), von der SPD:...../0400/drucksache-17-0455.pdf, von der LINKEN:..../0500/drucksache-17-0508.pdf; weitere Informationen: Gerhard Reth: greth@onlinehome.de
24. ND 22.10.10
25. M. Lotze, a. a. O., S. 11
26. IMI-Studie 2/2010, S. 9; DIE ZEIT 30. 4. 2003; S. Lichte POL&IS- Politik interaktiv lernen, in www.bmvg.de
27. IMI-Studie 2 /2010, S. 8
29. J. Schürkes, H. Humburg, J. Wagner Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr-Dossier 58 in „Wissenschaft + Frieden“, 3. 2008
30. T. Bulmahn Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr, Sozialwiss. Institut der Bundeswehr (SOWI), Forschungsbericht 81 (2007)
31. Bundeswehr im Wettbewerb, FAZ, 29. 4. 2008
32. Wir sind lieber Soldaten als arbeitslos, Hamb. Abendblatt, 6. 2. 07
33. Girls`Day bei der Luftwaffe, 24. 4. 08:http://tinyurl.com/62w3gp, zitiert nach H. Humburg in Schürkes, a. a. O., S. 9
35. Bundestagsdrucksache 16/12038
36. T. Bulmahn, a. a. O., S. 69
37. IMI-Studie 2/2010, a. a. O., S. 3
38. Anfragen und Antworten der Linksfraktion im Bundestag (Bundestagsdrucksachen 16/8285 und 8842), vgl. auch Wissenschaft + Frieden (W+F), Dossier 58, a. a. O., S. 7
39. vgl. Kein Frieden mit der Bundeswehr in W+F Dossier 58. a. a. O., S. 15 f und unter www.bundeswehr-wegtreten.org
40. IMI-Studie 2/2010, S. 6 (dort auch eine Analyse der Unterrichtsmaterialien) und: www.jugend-und-bildung.de
41. IMI-Studie, a. a. O., S. 7
42. Bundestagsdrucksache 16/14094
43. H. Humburg, W+F-Dossier 58, a. a. O., S. 13
45. H. Humburg, a. a. O. S. 12 und 13
46. L. v. Dick (Hrsg.) Lernen in der Friedensbewegung, Weinheim, 1984, S. 76, vgl. auch: B. Nolz, W. Popp Miteinander leben, voneinander lernen, Münster, 1999
47. H. J. Gamm Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik, München, 1972, S. 61 und: H. Bethge Parteilich für den Frieden, in L. v. Dick, a. a. O., S. 74 ff
48. H. J. Gamm, a. a. O., Abschnitt: Parteilichkeit als Bildungsprinzip, S. 60
49. etcetera ppf 1/2010, Siegen, S. 19, hier ausführliche Beschreibung
50. etcetera ppf, a. a. O., Beschreibung, S. 20/21
51. Beschreibung in etcetera ppf, a. a. O., 22/23
52. Beschreibung in etcetera ppf, a. a. O., S. 24
53. ausführlich beschrieben in etcetera ppf, a. a. O., S. 27-29

Vollständiger Text und weitere Veröffentlichungen zu „Militär in den Schulen“ unter:
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/bethge.html

Noam Chomsky: Eine Reaktion auf Bin Ladens Tod

6. Mai 2011

Wir mögen uns selbst fragen, wie wir reagieren würden falls irakische Kämpfer auf George W. Bushs Grundstück landeten, ihn töten und seine Leiche im Atlantik entsorgen würden.

Zunehmend wird klar, dass die Operation ein geplanter Mord war, gleich mehrfach die elementaren Normen des internationalen Rechtes verletzend. Es scheint so, dass sie nicht einmal versucht haben, das unbewaffnete Opfer festzunehmen, was wahrscheinlich von 80 Soldaten erwartet werden könnte, die sich keiner Gegenwehr gegenüber sahen, ausgenommen, wie sie behaupten, von Osama Bin Ladens Frau, die sich auf sie gestürzt haben soll. In Gesellschaften, die sich zum Respekt vor dem Recht bekennen, sind Verdächtige festzunehmen und einem fairen Verfahren zuzuführen.

Ich betone „Verdächtige". Im April 2002 informierte, nach den aufwändigsten Ermittlungen der Geschichte, der FBI-Chef Robert Mueller die Presse, das FBI könne nicht mehr sagen, als es „glaube", dass das Ganze in Afghanistan ausgebrütet wurde, allerdings realisiert in den VAE und Deutschland. Was die im April 2002 glaubten, wussten sie offensichtlich 8 Monate vorher nicht, als Washington zaghafte Angebote der Taliban zurückwies (wie ernsthaft wissen wir nicht, weil die immer zurückgewiesen wurden), Bin Laden auszuliefern, falls man ihnen Beweise liefern könnte - welche, wie wir kürzlich erfuhren, Washington nicht hat. Deshalb lügt Obama einfach, wenn er in der Erklärung des Weißen Hauses sagt, dass „wir schnell erfuhren, dass die Anschläge vom 11. September von Al Kaida ausgeführt wurden."

Nichts unterstützt das seitdem ernsthaft. Es gibt viel Gerede über Bin Ladens „Bekenntnis", doch das ist als ob ich bekenne, den Boston Marathon gewonnen zu haben. Er rühmte sich etwas was er als großen Erfolg ansah.

Es gibt auch viel Diskussion in den Medien über Washingtons Wut, dass Pakistan Bin Laden nicht übergab, obwohl Teilen des Militärs und der Sicherheitskräfte seine Anwesenheit in Abbottabad bekannt war. Weniger wird berichtet über den pakistanischen Ärger darüber, dass die USA in deren Territorium eingedrungen sind, um einen politischen Mord auszuführen.

Antiamerikanische Ressentiments sind bereits sehr stark in Pakistan und dieses Vorkommnis wird das wahrscheinlich noch verstärken. Die Entscheidung, die Leiche im Meer zu entsorgen, rief - wie vorherzusehen war - Zorn und Skepsis in weiten Teilen der muslimischen Welt hervor.

Wir mögen uns selbst fragen, wie wir reagieren würden falls irakische Kämpfer auf George W. Bushs Grundstück landeten, ihn töten und seine Leiche im Atlantik entsorgen würden.

Unstrittig, seine Verbrechen übertreffen die Bin Ladens bei weitem, und er ist kein „Verdächtiger" sondern unbestritten der „Entscheider", der die Befehle gab für „schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft." (Zitat Nürnberger Kriegsverbrechertribunal*), für die Nazi-Verbrecher gehängt wurden; für Hunderttausende Tote, für Millionen von Flüchtlingen, die Zerstörung des Großteils des Landes, den bitteren sektiererischen Konflikt, der nun den Rest der Region überzogen hat.

Es gibt mehr zu sagen über (den Cuban Airline Bomber Orlando*) Bosch, der friedlich in Florida starb, einschließlich zum Hinweis auf die „Bush Doktrin", dass Gesellschaften die Terroristen Unterschlupf gewähren genauso schuldig sind wie die Terroristen selbst und entsprechend behandelt werden sollten. Niemand scheint zur Kenntnis zu nehmen, dass Bush damit zu einem Einmarsch in die USA und zur Ermordung seines kriminellen Präsidenten aufrief.

Genauso ist es mit dem Namen Geronimo. Die imperiale Einstellung geht so tief durch die ganze westliche Gesellschaft, dass niemand erkennen kann, dass sie Bin Laden glorifizieren indem sie ihn mit dem großartigen Widerstand gegen völkermordende Invasoren gleichsetzen.

Das ist als ob wir unsere Mordwaffen nach Opfern unserer Verbrechen nennen: Apache, Tomahawk … Das ist als wenn die deutsche Luftwaffe ihre Kampfflugzeuge "Jude" oder "Zigeuner" genannt hätte.

Es gibt noch viel mehr zu sagen, doch die offensichtlichsten und elementarsten Fakten sollten ausreichen, uns zu denken zu geben.

Copyright 2011 Noam Chomsky

Übersetzung: http://hinter-der-fichte.blogspot.com

Fidel Castro Die Ermordung Osama bin Ladens

Die Tötung eines unbewaffneten Menschen ist eine abscheuliche Tat

Wer sich mit diesen Themen beschäftigt, weiß, dass sich unser Volk am 11. September 2001 mit dem der Vereinigten Staaten solidarisiert und die bescheidene Zusammenarbeit geleistet hat, die wir im Bereich der Gesundheitsversorgung den Opfern des brutalen Attentats auf die Zwillingstürme in New York anbieten konnten. (…)

Die historische Haltung der Kubanischen Revolution, die sich immer Aktionen widersetzt hat, die das Leben von Zivilisten gefährden konnten, ist bekannt. Als entschiedene Anhänger des bewaffneten Kampfes gegen die Batista-Tyrannei waren wir doch prinzipiell gegen jeden Terrorakt, der zum Tod unschuldiger Menschen führen konnte. Diese über mehr als ein halbes Jahrhundert beibehaltene Haltung gibt uns das Recht, eine Ansicht über das heikle Thema auszudrücken.

Bei einer Massenveranstaltung in der Sportstadt habe ich an jenem Tag die Überzeugung ausgedrückt, dass man den internationalen Terrorismus niemals mit Gewalt und Krieg beseitigen kann.

Er war zwar jahrelang ein Freund der Vereinigten Staaten, die ihn militärisch ausgebildet haben, und ein Gegner der UdSSR und des Sozialismus, aber was man auch immer über bin Laden sagen kann: Die Ermordung eines unbewaffneten und von Familienangehörigen umringten Menschen stellt eine abscheuliche Tat dar. Offensichtlich ist dies das, was die Regierung der mächtigsten jemals existierenden Nation getan hat.

In der von Obama sorgfältig ausgearbeiteten Rede, um den Tod bin Ladens zu verkünden, heißt es: »Wir wissen, dass die schlimmsten Bilder die waren, die für die Welt unsichtbar waren. Der leere Stuhl am Tisch. Die Kinder, die ohne ihre Mutter oder ihren Vater aufwachsen mussten. Die Eltern, die niemals wieder die Umarmung eines Sohnes spüren würden. Fast 3000 Bürger wurden uns genommen und hinterließen eine große Lücke in unseren Herzen.«

Dieser Absatz enthält eine dramatische Wahrheit, aber er kann nicht verhindern, dass sich die ehrlichen Menschen an die von den USA entfesselten ungerechten Kriege im Irak und Afghanistan erinnern, an die Hunderttausenden Kinder, die ohne ihre Mutter oder ihren Vater aufwachsen mussten, und an die Eltern, die niemals wieder die Umarmung eines Sohns spüren würden. Millionen Bürger wurden ihren Völkern im Irak, Afghanistan, Vietnam, Laos, Kambodscha, Kuba und vielen anderen Ländern der Welt entrissen.

Aus den Gedanken Hunderter Millionen Menschen sind auch nicht die schrecklichen Bilder der Reihen schweigender Menschen verschwunden, die in Guantánamo, dem besetzten Gebiet von Kuba, über Monate und sogar Jahre hinweg unerträglichen und wahnsinnigmachenden Folterungen unterworfen sind. Das sind mit der verlogenen Komplizenschaft angeblich zivilisierter Gesellschaften entführte und in Geheimgefängnisse verbrachte Menschen.

Obama hat keine Möglichkeit zu verschleiern, daß Osama in Gegenwart seiner Kinder und Ehefrauen hingerichtet wurde, die nun in der Macht der Behörden Pakistans sind, einem muslimischen Land von fast 200 Millionen Einwohnern, dessen Gesetze verletzt, dessen nationale Würde beleidigt und dessen religiöse Traditionen geschmäht wurden.

Wie wird er nun verhindern, dass die Frauen und Kinder der ohne Gesetz oder Prozess hingerichteten Person über das Geschehene berichten und die Bilder davon in die Welt übertragen werden?

(…)Osama bin Laden zu ermorden und ihn den Tiefen des Meeres zu übergeben, zeigt Angst und Unsicherheit, es macht ihn zu einer noch gefährlicheren Persönlichkeit. Die öffentliche Meinung der USA selbst wird nach der ersten Euphorie die Methoden kritisieren, die weit davon entfernt sind, die Bürger zu schützen, und die eher die Haß- und Rachegefühle gegen sie vervielfachen werden.

(Übersetzung: André Scheer)
http://www.jungewelt.de/2011/05-06/012.php?sstr=castrozuobama

ATTAC Gabun

Imperialistischer Kreuzzug

in der Elfenbeinküste und Libyen

9. April 2011
ATTAC Gabun verfolgt mit Erstaunen die aktuellen internationalen Entwicklungen, insbesondere die Krisen in Libyen und der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire). Die Elfenbeinküste wurde zum x-ten Mal Opfer eines imperialistischen Angriffs, von der französischen Regierung unter dem Dach der Vereinten Nationen angestiftet. Diese Regierung, die – daran sei erinnert – am Ausbruch dieser Krise 2002 beteiligt war, hat nicht gezögert, aktiv an der Seite der Aufständischen der Forces Nouvelles, der jetzigen FRCI (Forces Républicaines de Côte d'Ivoire), am äußerst gewalttätigen Sturz des »scheidenden« Präsidenten Laurent Gbagbo teilzunehmen, um Alassane Ouattara an die Macht zu bringen. Frankreich hat sich durch seine Handlungen zum Mittäter aller Kriegsverbrechen und Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung gemacht, die diese Kräfte während ihrer ganzen Kampagne begangen haben. Frankreich ist so weit gegangen, selbst an den Kämpfen teilzunehmen, indem es wiederholt strategische Stellen in Abidjan bombardiert hat, einschließlich einiger Militärstützpunkte, in denen zahlreiche Familien wohnten.
Tausende von Kilometern weiter nördlich, in Libyen, gibt es einen anderen Angriff, auch von Frankreich angezettelt, in den schnell andere imperialistischen Mächte verwickelt wurden, auch wieder mit dem Wohlwollen der Vereinten Nationen.

In der Elfenbeinküste wie in Libyen beklagen wir die neokolonialistischen Manöver, deren Ziel im Wesentlichen die Bewahrung und Stärkung von imperialistischen Interessen ist, unter dem Deckmantel einer humanitären Hilfe.
Wie soll man verstehen, dass auf die militärische Option zurückgegriffen wurde, obwohl man noch friedliche Lösungen hätte finden können? Der venezolanische Vorschlag, eine internationale humanitäre Kommission zu bilden, um Frieden und die Einheit von Libyen zu unterstützen, war vom Regime Ghadhafi angenommen worden. Für die Elfenbeinküste hatte die Afrikanische Union die Ernennung eines hohen Beauftragten vorgeschlagen, um die Verhandlungen zur Beendigung der Krise fortzusetzen, ein Vorschlag, der vom Regime Gbagbo und den Vereinten Nationen positiv aufgenommen, aber von Ouattara ignoriert wurde, der im Vertrauen auf seine westliche Unterstützung Kampfhandlungen ausgelöst hat.
Wie soll man erklären, dass Frankreich und die so genannte »internationale Gemeinschaft« sich plötzlich für demokratische Werte interessieren und sich um das Schicksal gewisser Völker Sorgen machen, während sie gleich nebenan andere Diktaturen unterstützen, die seit langem von deren Völkern abgelehnt werden?
Welche Art von Demokratie wollen die französische Regierung und Nicolas Sarkozy angeblich in der Elfenbeinküste und anderswo in Afrika mit Bombardierungen fördern, um den Preis von Tausenden von Menschenleben, wenn man weiß, wie Frankreich selbst regiert wird (umstrittene Rentenreform, Vertreibung der Roma, Ratifizierung des Europavertrags trotz der Ablehnung der Franzosen in einer Volksabstimmung; das Fehlen jeglicher parlamentarischen Überwachung der Staatsgeschäfte...). Man weiß auch, wie eben dieses Frankreich blutige Diktaturen auf unserem Kontinent einsetzt und unterhält.

(Graphik auf der Seite von attac Gabun)

ATTAC Gabun stellt wieder einmal die Zweideutigkeit der Vereinten Nationen fest, und fragt sich, welche Rolle tatsächlich von dieser Organisation gespielt wird.

Wir beklagen auch die schädliche Rolle, die von den herrschenden internationalen Medien in der Behandlung dieser zwei Krisen gespielt wird – Medien, die eine wahrhaftige Kampagne der Desinformation und Irreführung der öffentlichen Meinung durchführen.

Auch die Untätigkeit der Afrikanischen Union ist zu bedauern, denn sie hat große Schwierigkeiten, mit einer Stimme zu sprechen und ihr Gewicht auf der weltweiten Bühne bei der Behandlung von afrikanischen Fragen zur Geltung zu bringen.

Wir verurteilen unter anderem die Unterdrückung von Kundgebungen - in Frankreich und anderswo - gegen die Kriege der imperialistischen Mächte in Afrika, sowie die darauf folgenden Übergriffe der Polizei, wie die Verhaftung von Vertretern der DIAGAU (Diaspora Gabonaise Unie) nach friedlichen Kundgebungen in Paris, und die Verhaftungen in Kamerun.

ATTAC Gabun fordert:
- Einen sofortigen Stopp aller militärischen Angriffe, um einen ernsten Dialog zwischen den verschiedenen Seiten aufzunehmen,
- Den sofortigen Rückzug aller französischen Kräfte, die in der Elfenbeinküste beteiligt sind,
- Den Rücktritt des Vertreters des Generalsekretärs der UNO, Young Yin Choï, und seine Ersetzung durch einen neutralen Diplomaten, der die Streitkräfte des ONUCI zu ihrer eigentlichen Mission, wie sie in der Resolution 1975 festgelegt ist, zurückführen muss,
- Die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission, mit Beteiligung der Zivilgesellschaft, um die an Zivilisten begangenen Übergriffe zu untersuchen, die internationalen Verantwortlichkeiten und Beteiligungen festzustellen, und eine Strafverfolgung in Betracht zu ziehen,
- Eine tiefgehende Reform der Vereinten Nation für mehr Konsens bei den Entscheidungen und eine lautere Stimme der »schwachen« Länder. Wir legen verschiedenen Staaten ans Herz, die Auflösung dieser Organisation in Betracht zu ziehen, wenn sie weiterhin das Instrument zur Legitimierung von imperialistischen Kriegszügen bleibt.

Wir rufen dazu auf, vor allem sich über die internationale Lage Klarheit zu verschaffen und Solidarität zwischen der Völkern der Welt auszuüben, die alle in einem System gefangen sind, das von Menschen ohne ethische noch moralische Werte gelenkt wird; diese zögern nicht, alle Mittel einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen.

http://gattac.org/

Übersetzung: Timothy Slater, coorditrad / SiG-Redaktion

S. auch (auf Französisch)
Tierno Monénembo: Die UNO betreibt eine erneute Kolonisierung Afrikas“
http://gattac.org/index.php?option=com_content&view=article&id=27:lonu-recolonise-lafrique&catid=8:actualitee&Itemid=20